



# Einladung

**Stadt Erlangen**

## Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77

10. Sitzung • Dienstag, 19.10.2010 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

### Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

### Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

#### **Werkausschuss EB 77:**

#### 3. Werkausschuss EB 77

#### 3.1. Mitteilungen zur Kenntnis Werkausschuss EB77

3.1.1. Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77): 771/001/2010  
Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2010 Kenntnisnahme

3.1.2. Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77): 771/002/2010  
Kurzbericht zum Jahresabschluss 2009 Kenntnisnahme

3.1.3. Entnahme von Birken an der Hartmannstraße 773/017/2010  
Kenntnisnahme

#### 3.2. Anfragen Werkausschuss EB77

#### **Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss:**

#### 4. Mitteilungen zur Kenntnis

4.1. Verleihung der Bayerischen Umweltmedaille an Prof. Dr. Werner 31/066/2010  
Nezadal Kenntnisnahme

4.2. Dechsendorfer Weiher Sachstand 31/071/2010  
Kenntnisnahme

4.3. Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 25.08.2010 bis 321/022/2010  
01.10.2010 Kenntnisnahme

- |      |   |                                 |
|------|---|---------------------------------|
| 4.4. | Niederschrift über die 5. Sitzung des Baukunstbeirates am 16.09.2010  | 611/047/2010<br>Kenntnisnahme   |
| 4.5. | Innenstadtentwicklung Erlangen - Vorstellung des Jahresberichts 2008/2009   | 610.3/006/2010<br>Kenntnisnahme |
| 4.6. | Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 096/2010 vom 28.09.2010 Beteiligung am neuen Förderschwerpunkt des Bundesumweltministeriums:<br>"Energieeffiziente Abwasseranlagen"  | EBE-2/012/2010<br>Kenntnisnahme |
| 5.   | Änderung der Satzung über die Hausnummerierung; Erlass einer Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung  | 30-R/011/2010<br>Gutachten      |
| 6.   | Erlanger Wochenmarkt; hier: Neuregelung durch Marktfestsetzung und -satzung (Fraktionsanträge der SPD Nrn. 144/2009 vom 28.04.2009 und 061/2010 vom 22.06.2010)   | 322/004/2010<br>Gutachten       |
| 7.   | Luftreinhalteplan, geplanter Abbau der Messstation Pfarrstraße durch das Landesamt für Umwelt Bayern  | 31/049/2010<br>Beschluss        |
| 8.   | Energie- und Klimaschutzbericht 2009 / Erlanger Allianz zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz  | 31/067/2010<br>Beschluss        |
| 9.   | Energiebericht für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009  | 24/017/2010<br>Gutachten        |
| 10.  | Arbeitsgruppe Fahrradfreundliche Kommunen<br><b>Unterlagen werden nachgereicht.</b>   | III/009/2010<br>Beschluss       |
| 11.  | Fortschreibung der Prioritätenliste "Radverkehrsverbesserungen"   | 613/031/2010<br>Beschluss       |
| 12.  | Leiteinrichtung Drausnick-/Wilhelminenstraße;<br>Anfrage von Herrn StR Jarosch in der 8. Sitzung des HFPA vom 28.07.2010<br>hier: Beschlussfassung zum Protokollvermerk aus der Sitzung des HFPA vom 22.09.2010 | 66/072/2010<br>Beschluss        |
| 13.  | Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen<br>hier: Leitfaden zur Aufnahme von Benennungsvorschlägen in die Vorschlagsliste und zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen                                      | 612/010/2010<br>Beschluss       |
| 14.  | Bebauungsplan Nr. D 463 der Stadt Erlangen<br>- Geh- und Radweg Dechsendorf-Röttenbach (Teilstrecke Süd) -<br>mit integriertem Grünordnungsplan<br>hier: Aufstellungsbeschluss                                  | 611/048/2010<br>Beschluss       |

- |     |  |                           |
|-----|--|---------------------------|
| 15. | 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 339 der Stadt Erlangen<br>- Am Brucker Bahnhof - mit integriertem Grünordnungsplan<br>hier: Zustimmung Bebauungsvorschlag | 611/050/2010<br>Beschluss |
| 16. | Anfragen   |                           |

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 12. Oktober 2010

**STADT ERLANGEN**  
gez. Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

**Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.**

**Mitteilung zur Kenntnis**

Geschäftszeichen:  
III/EB77-1

Verantwortliche/r:  
Herr Meyer-Wanke

Vorlagennummer:  
771/001/2010

**Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77):  
Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2010**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

**Beteiligte Dienststellen**

**I. Kenntnisnahme**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

**II. Sachbericht**

Gemäß § 8 Abs. 1 der Betriebssatzung für den Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung vom 25.10.2001 i.V.m. §19 der Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV) hat die Werkleitung den Werkausschuss, den Oberbürgermeister und das Finanzreferat über den Geschäftsgang, insbesondere über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Finanzplanes zu unterrichten.

Dies erfolgt anhand der Gewinn- und Verlustrechnung und der Übersicht über die Entwicklung des Vermögensplans für den Zeitraum 01.01.2010 bis 30.06.2010.

**1 Entwicklung des Erfolgsplans - Gewinn- und Verlustrechnung zum 30.06.2010**

Insgesamt weist das Ergebnis zum 30.06.2010 ein Defizit i.H.v. 96 T€ aus.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis zum 30.06.2010	Planansatz 2010
1.	Umsatzerlöse	8.104.178	16.800.000
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	5.006	10.000
3.	Sonstige betriebliche Erträge	3.375.100	7.132.000
	darin Pauschalabgeltung für Dienstleistungen Stadtgrün, Winterdienst u.a. (Summe):	3.246.933	6.761.600
4.	Materialaufwand	-4.132.394	-8.830.000
	darin a) Aufwendg. für Roh-, Hilfs- u. Betriebsst.	-1.115.220	-2.000.000
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.017.174	-6.830.000
5.	Personalaufwand:	-5.520.624	-11.500.000
	darin a) Löhne, Bezüge, Gehälter	-4.232.530	-8.380.000
	b) soziale Abgaben u. Aufw. für Altersv. / Unterst.	-1.288.094	-2.590.000
6.	Abschreibungen	-595.301	-1.208.000
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.007.839	-1.760.000
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.527	6.000
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-297.488	-620.000
	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-67.835</b>	<b>30.000</b>
10.	Sonstige Steuern (Kfz-Steuern)	-27.928	-27.000
	<b>Gewinn/Verlust im Berichtszeitraum</b>	<b>-95.763</b>	<b>3.000</b>

z.T. geschätzt

Belastungen bestehen für das Jahresergebnis durch den starken Winterdienstanfall im ersten Quartal des Jahres, der zu einer Überschreitung des dafür vorgesehenen Zuschussanteils führen wird. Das geplante Jahresergebnis kann daher voraussichtlich nicht ganz eingehalten werden.

Ein Schwerpunkt des laufenden Jahres ist der Abschluss der ÖPP-Erneuerungsmaßnahme des Bauhofs, die in Kürze in einem gesonderten Bericht den Mitgliedern der Gremien erläutert wird.

## 2 Vermögensplan für den Zeitraum 01.01.2010 bis 30.06.2010

Der Vermögensplan liegt zum 30.06.2010 unter dem Planansatz.

Bezeichnung	Ergebnis am 30.06.2010	Planansatz 2010 in EUR
<b>Einnahmen / Finanzierung des Bedarfs</b>		
Zuführung zu Rückstellungen (für Versorg.- und ähnl. Verpflicht.)		80.000
Auflösung von Rücklagen aus AW-Gebührenüberschüssen d. Vorjahre		150.000
Abschreibung auf Sachanlagen	595.301	1.208.000
Abgänge aus dem Anlagevermögen		20.000
Gewinnvortrag		0
Jahresgewinn/-verlust		3.000
Kreditaufnahme	1.000.000	1.095.000
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>1.595.301</b>	<b>2.556.000</b>
<b>Ausgaben / Finanzbedarf</b>		
<b>Ausgaben für Sachanlagen</b>	497.089	1.600.000
EDV-Programme / Software	1.970	50.000
Grundstücke / Grundstücksgleiche Rechte / Gebäude	12.317	50.000
Technische Anlagen und Maschinen	211.741	835.000
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	271.061	665.000
<b>Tilgung von Krediten</b>	386.359	745.000
<b>Tilgung PPP</b>	201.204	201.000
<b>Aktivierete Eigenleistungen</b>	5.006	10.000
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>1.089.658</b>	<b>2.556.000</b>

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/EB77-1

Verantwortliche/r:  
Herr Meyer-Wanke

Vorlagennummer:  
771/002/2010

### Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77): Kurzbericht zum Jahresabschluss 2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Der Jahresabschluss 2009 des EB77 wurde von der Werkleitung gem. § 25 EBV in Absprache mit dem Wirtschaftsprüfer im Juni/Juli 2010 erstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2009 war wie das Vorjahr maßgeblich geprägt von der am 25. Oktober 2007 erfolgten Entscheidung des Erlanger Stadtrats zur Erneuerung des Erlanger Bauhofs im Rahmen eines ÖPP-Projekts (Vertragslaufzeit bis 2037).

Nach Vertragsabschluss am 8. Mai 2008 erfolgte unmittelbar im Anschluss der Baubeginn; das Projekt wurde in 18 Bauphasen Ende 2009 weitgehend abgeschlossen.

Die neuen Räumlichkeiten wurden der Öffentlichkeit beim Tag der Offenen Tür am 25. September 2010 vorgestellt.

##### **Jahresergebnis 2009:**

Das Jahresergebnis 2009 liegt aufgrund der Rückerstattung von Biomüll-Entsorgungskosten mit +436 T€ erneut deutlich im positiven Bereich.

Während die Segmente Stadtgrün und Werkstätten/Lager mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis abschließen, liegt die Sparte Winterdienst aufgrund des starken Winters im 1. Quartal 2009 im negativen Bereich (-109 T€). Die entsprechend geringeren Aufwendungen bei der Straßenreinigung und die o.g. Rückerstattung führen dagegen in den beiden Gebührenbereichen zu einem deutlich positiven Jahresergebnis (Abfallwirtschaft +248 T€, Straßenreinigung +282 T€).

Das Bilanzvolumen des Betriebs hat sich aufgrund des ÖPP-Projekts auf rund 20,7 Mio EUR mehr als verdoppelt.

Alle weiteren Informationen sind im detaillierten Prüfbericht der Erlanger Treuhand Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten, der den Mitgliedern der Gremien in Kürze zugeleitet wird. Nach Abschluss der ergänzenden Prüfung durch Amt 14 wird der Jahresabschluss gem. § 25 EBV (Eigenbetriebsverordnung) dem Werkausschuss und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt (November)..

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/773/CMA

Verantwortliche/r:  
Cassens, Michael Tel. 86-2059

Vorlagennummer:  
**773/017/2010**

### Entnahme von Birken an der Hartmannstraße

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 31

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Im Bereich Hartmannstraße, zwischen Einmündung Lupinenweg und Einmündung Ginsterweg, müssen aus der unregelmäßigen Birkenallee fünf alte Birken entnommen werden. Hintergrund ist, dass vier dieser Birken mitten im dortigen Gehweg stehen und aufgrund ihrer Stammstärke inzwischen die Benutzbarkeit des Gehsteiges stark beeinträchtigen. Einer der Bäume ist zudem durch Baumschadpilze geschwächt, ein weiterer weist akute statische Probleme auf, welche die Reststandzeit negativ beeinflussen.

Die fünfte Birke im benachbarten Grünstreifen, muss aufgrund einer drei Meter langen Radialrissbildung entnommen werden. Diese Rissbildung aus jüngster Zeit hat zu einer akuten Bruchgefahr geführt.

Die Entnahme der Bäume soll in den Monaten November/Dezember erfolgen.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/31/JRB-2518

Verantwortliche/r:  
Herr Ralf Jähnert

Vorlagennummer:  
**31/066/2010**

### Verleihung der Bayerischen Umweltmedaille an Prof. Dr. Werner Nezadal

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Personen oder Vereinigungen, die sich besondere Verdienste um den Umweltschutz und/oder der Landesentwicklung erworben haben, werden vom Bayerischen Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen alljährlich mit einer Dankesurkunde oder der Bayerischen Umweltmedaille geehrt.

Mit der **Umweltmedaille** 2010 ausgezeichnet wurde Herr **Prof. Dr. Werner Nezadal** aus Herzogenaurach. Er war etwa 40 Jahre an der Universität Erlangen-Nürnberg im Fachbereich Geobotanik tätig. Beruflich und ehrenamtlich hat er umfassende Arten- und Lebensraumkenntnisse und damit Wissen und Kompetenz im Bereich Biodiversität vermittelt. Herr Prof. Dr. Nezadal ist seit vielen Jahren im Naturschutzbeirat der Stadt Erlangen tätig. Auch der in der Sitzung des Gremiums am 04.10.2010 aktuell vorgestellte Naturführer „Natur in Erlangen“ ist unter federführender Mitwirkung von Herrn Prof. Nezadal entstanden.

**Anlagen:** keine

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/31/BRA

Verantwortliche/r:  
Reiner Baum

Vorlagennummer:  
31/071/2010

### Dechsendorfer Weiher Sachstand

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

##### Nährstoffe, Makrophyten u. Reduktion pflanzenfressender Fische

Der Phosphorgehalt im Wasser ist nach wie vor der limitierende Faktor für das Algenwachstum und hier insbesondere für das Blaualgenwachstum im Weiher.

Der Überwachungswert für Phosphor-gesamt im Ablauf der Kläranlage Röttenbach beträgt derzeit 2,0 mg/l. Es ist vorgesehen den Überwachungswert neu ab 01.01.2011 auf 1,5 mg/l festzulegen.

Unabhängig hiervon, wurde an der seit nunmehr schon über drei Jahren praktizierten Vorgehensweise, einen Wert für Phosphor-gesamt von 1,0 mg/l auf freiwilliger Basis sicher einzuhalten, auch im Jahr 2010 festgehalten. Die Mehrkosten teilen sich auch in diesem Jahr die Stadt Erlangen und die Gemeinden Röttenbach und Hemhofen.

Ausgehend von den aktuellen Steuerungsmöglichkeiten beschränken sich mögliche Pflanzungen derzeit auf Schilf im Uferbereich und hier bevorzugt am Nordufer.

Auf Initialpflanzungen von Makrophyten wurde bislang verzichtet, da die Nachhaltigkeit von Pflanzungen durch den einjährigen Ablassrhythmus nicht gegeben ist.

Ein Nutzer oder Pächter der dem Ziel „Reduktion pflanzenfressender Fische“ Rechnung tragen würde, konnte für das Jahr 2010 nicht gefunden werden. Der Dechsendorfer Weiher ist daher in diesem Jahr nicht mit Fischen besetzt worden.

##### Monitoring / Badeverbot

Das Monitoring im und am Dechsendorfer Weiher wurde im Jahr 2010 in modifizierter Form fortgesetzt. Träger waren wieder das Gesundheitsamt Erlangen, das Wasserwirtschaftsamt Nürnberg und die Stadt Erlangen. Die Beprobung erfolgte generell im 14-tägigen Rhythmus.

Die Ergebnisse der letzten Untersuchungen stellen sich wie folgt dar:

- deutlicher Anstieg der Phosphorkonzentrationen ab Anfang August (ortho-P bis auf 30-fach erhöhte Werte; gesamt-P bis auf 5-fach erhöhte Werte)
- immer noch stark erhöhte Konzentrationen am 20.09.2010 (ortho-P mit 0,102 mg/l ca. 20-fach und gesamt-P mit 0,189 mg/l ca. 3-fach erhöht gegenüber Werte im 1. Halbjahr 2010)
- deutliche Zunahme des Chlorophyll-a-Gehaltes ab Ende Juli mit Rückgang im September auf „Normalwerte“
- Stickstoffparameter seit Mitte Mai unverändert im Bereich der Nachweisgrenze

**Sowohl im Kleinen Bischofsweiher im Oberlauf des Dechsendorfer Weihers als auch in der Weiherkette im Unterlauf des Weihers war im zeitlichen Verlauf des Jahres eine analog ausgeprägte Belastung des Wassers mit Blaualgen festzustellen. Die Beprobung des Wasserchemismus im Kleinen Bischofsweiher Ende Juli und Anfang August 2010 ergab auffällig hohe Konzentrationen an Ammonium-Stickstoff, ortho-P und gesamt-P mit Werten jeweils > 2 mg/l, d.h. gegenüber den aktuell hohen Werten im Dechsendorfer Weiher nochmals 10-fach bzw. 20-fach erhöht.**

In der Badesaison 2010 musste ein Badeverbot im Zeitraum vom 27.05. bis 28.06. und nochmals vorübergehend im Zeitraum vom 06.08. bis 09.08. ausgesprochen werden.

Im Vergleich zum Jahr 2009 lagen laut Gesundheitsamt Erlangen in diesem Jahr zwei Arten von Blaualgen zu etwa gleichen Anteilen im Wasser vor. Beide Algenarten können einen Giftstoff bilden. Die Wirkung der Stoffe im Organismus ist sehr unterschiedlich, so dass eine Verstärkung des einen durch den anderen nicht stattfinden kann. In der gegebenen Konstellation mit deutlich sichtbarem Wachstum von Blaualgen, aber ohne Überschreitung gefährlicher Mengen einer Algenart, empfiehlt auch das Umweltbundesamt auf die Blaualgen hinzuweisen und davon abzuraten in Bereichen mit sichtbarer dichterem Ansammlung zu baden.

#### Ablassen u. Wiederbefüllen des DW

Der Dechsendorfer Weiher wird seit 02.10.2010 abgelassen. Der Weiher soll auch in diesem Jahr nicht mit ablaufendem Wasser aus dem Kleinen Bischofsweiher (s. vorstehende Ergebnisse der Beprobung des Wasserchemismus) befüllt werden. Auch soll das ablaufende Wasser weiterer oberliegender Weiher nicht genutzt werden. Dieses soll, wie das Wasser aus dem Kleinen Bischofsweiher, durch den Dechsendorfer Weiher ins Unterwasser abgeleitet werden.

Angestrebt wird wiederum eine deutlich niedrigere Grundbelastung des Weiherwassers mit Phosphor im nächsten Jahr. Wie im vergangenen Winter praktiziert, soll der Dechsendorfer Weiher erst wieder mit den Niederschlägen in diesem Winter und ggfls. auch erst mit weiteren Niederschlägen im Frühjahr 2011 befüllt werden.

Dies kann durchaus eingeschränkte Freizeitnutzungen im Winter und Frühjahr zur Folge haben.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/32/LHC/SCO

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
321/022/2010

### Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 25.08.2010 bis 01.10.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

In der Zeit vom 25.08.2010 bis 01.10.2010 wurden die folgenden verkehrsrechtlichen Anordnungen nach der StVO erlassen; für den Vollzug der Verkehrsanordnung Nr. 2 steht ein Kostenträger zur Verfügung.

1. **Verkehrsanordnung Nr. 118/2010 Hartmannstraße vom 25.08.2010**  
Hinweis auf das Ende des Hochbordgehweges auf der Westseite der Hartmannstraße in Höhe der nördlichen Röthelheimbachüberquerung am Ende der Brüxer Straße.
2. **Verkehrsanordnung Nr. 119/2010 Ulmenweg vom 01.09.2010**  
Auflassung von einem der vier vorhandenen allgemeinen Behindertenparkplätzen an der Ostseite des Ulmenweges im Bereich Hs.Nr. 19.
3. **Verkehrsanordnung Nr. 120/2010 Maximiliansplatz vom 02.09.2010**  
Anbringen einer zusätzlichen Wegweisung zum neuen Besucherparkhaus des Universitätsklinikums im Bereich des Maximiliansplatzes.
4. **Verkehrsanordnung Nr. 121/2010 Ulmenweg – NOZ II vom 02.09.2010**  
Ausweisung des neu gebauten Vorplatzes vor dem Klinikneubau NOZ II am nördlichen Ende des Ulmenweges als Fußgängerbereich mit Ausnahmeregelung für den Radfahrverkehr.
5. **Verkehrsanordnung Nr. 122/2010 Ritzerstraße vom 02.09.2010**  
Schulwegsicherungsmaßnahmen in der Ritzerstraße (Pfostensetzung und Markierungen).
6. **Verkehrsanordnung Nr. 123/2010 Drausnickstraße vom 02.09.2010.**  
Schulwegsicherungsmaßnahmen in der Drausnickstraße (Pfostensetzungen und Markierungen).
7. **Verkehrsanordnung Nr. 124/2010 Krankenhausstraße vom 07.09.2010**  
Aufstellen des Verkehrszeichens „Vorgeschriebene Fahrtrichtung – geradeaus und links“ mit Ausnahme des Radverkehrs in der Universitätsstraße westlich der Einmündung Krankenhausstraße in Fahrtrichtung Osten.

- 8. Verkehrsordnung Nr. 125/2010 Harfenstraße vom 08.09.2010**
  1. Aufhebung einer Kurzparkzone mit Bewohnerparken (Mischregelung);
  2. Einrichtung eines zeitlich beschränkten eingeschränkten Haltverbotes (Mo. – Fr. 07:00 – 14:00 h) und
  3. zeitliche Beschränkung des Bewohnerparkens (Mo. – Fr. 14:00 – 07:00 h) sowie Samstag und Sonntag jeweils vor dem Herz-Jesu Kindergarten in der Harfenstraße.
  
- 9. Verkehrsordnung Nr. 126/2010 Schwabachanlage – Ost vom 07.09.2010**

Erlass von Haltverböten sowie Ausweisung von Feuerwehnanfahrtszonen im Bereich der neuen Zufahrt zum Besucherparkhaus des Klinikums bzw. der R¼ckseite des Tierzentrums der Universit¼t.
  
- 10. Verkehrsordnung Nr. 127/2010 Krankenhausstraße vom 07.09.2010**

Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in der Krankenhausstraße zwischen Oberer Karlstraße und Universit¼t.
  
- 11. Verkehrsordnung Nr. 128/2010 Gerberei vom 10.09.2010.**

Kennzeichnung des Br¼ckenbauwerks der A 73 mit beschr¼nkter Durchfahrthöhe in der Straße Gerberei.
  
- 12. Verkehrsordnung Nr. 129/2010 Äußere Nürnberger Straße (B4) vom 23.09.2010**

Anbringen einer Leitplatte an der Trenninselspitze der Ausfahrt von der Äußeren Nürnberger Straße (B4) zur Weinstraße Fahrtrichtung Süden.
  
- 13. Verkehrsordnung Nr. 130/2010 Österreicher Straße vom 28.09.2010**

Aufhebung eines eingeschr¼nkten Haltverbots an der West- und Ostseite der Österreicher Straße zwischen Memelstraße und Am Röthelheim.
  
- 14. Verkehrsordnung Nr. 131/2010 Österreicher Straße vom 27.09.2010**

Ausweisung von ca. 15 Bewohnerparkplätzen für das Lizenzgebiet Nr. 6 (Röthelheim) in der Österreicher Straße zwischen Badstraße und Am Röthelheim.
  
- 15. Verkehrsordnung Nr. 132/2010 Elsterweg vom 27.09.2010**

Zulassung des Radverkehrs im Elsterweg zwischen Krähenhorst und Membacher Weg auch in Fahrtrichtung Norden.
  
- 16. Verkehrsordnung Nr. 133/2010 Killingerstraße vom 27.09.2010**

Verlängerung des bis zur Zufahrt zu den Anwesen Killingerstraße Nummer 98 - 108 bestehenden eingeschr¼nkten Haltverbots entlang der Westseite der Killingerstraße um etwa 15 m.
  
- 17. Verkehrsordnung Nr. 137/2010 neue Haltestellen der Linie 293 vom 30.09.2010**

Festlegung von neuen Haltestellen der Linie 293 in der Sealdussiedlung, der Felix-Klein-Straße sowie der Henri-Dunant-Straße zum Fahrplanwechsel im Dezember 2010.
  
- 18. Verkehrsordnung Nr. 138/2010 Wiesenweg vom 30.09.2010**

Sperrung des öffentlichen Feld- und Waldweges Nr. 76 zwischen Wiesenweg und Alterlanger Straße für den Kfz-Verkehr, ausgenommen landwirtschaftlicher Verkehr.

**19. Verkehrsanordnung Nr. 140/2010 Adenauerring Ringschluss vom 01.10.2010**  
Anpassung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten im Bereich des Büchenbacher Damms und des Ringschlusses Adenauerring bis zur Häuslinger Straße.

**II. Sachbericht**

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
VI/611/T. 1335

Verantwortliche/r:  
Abteilung Stadtplanung

Vorlagennummer:  
**611/047/2010**

### Niederschrift über die 5. Sitzung des Baukunstbeirates am 16.09.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	09.11.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Beiliegende Niederschrift über die 5. Sitzung des Baukunstbeirates am 16.09.2010 hat in der heutigen Sitzung zur Kenntnis gedient.

#### II. Sachbericht

### Tagesordnung

#### TOP 1: Zahn-, Mund- und Kieferklinik

Ecke Glückstraße / Östl. Stadtmauerstraße

#### TOP 2: Errichtung einer Wohnanlage in der Jenaer Straße

#### TOP 3: Ergebnis Wettbewerb Thomas-Dehler-Straße

#### TOP 4: Mitteilungen zur Kenntnis/Anfragen/Sonstiges

# TOP 1: Zahn-, Mund- und Kieferklinik

## Ecke Glückstraße / Östl. Stadtmauerstraße

---

### Gutachten des Baukunstbeirates vom 16.09.2010

Das Gebäude der Zahn-, Mund- und Kieferklinik ist ein ausgesprochen plastischer Baukörper, der die typischen Architekturmerkmale der 70er-Jahre in sich trägt: ausgeprägte Horizontalität mit Sichtbetonbrüstungselementen, Bandfenster, zurückspringendes Erdgeschoss mit freigestellten Stützen, herausgestelltes Treppenhaus als markantes Gliederungselement im Zuge der Östlichen Stadtmauerstraße und ein zurückgesetztes, gestalterisch anders formuliertes oberstes Geschoss im Sinne einer klassischen Dreigliederung, welches durch eine geschosshohe „Schattenfuge“ vom zweigeschossigen Basiskörper auf Stützen abgesetzt ist.

Schäden durch mangelhaften Bauunterhalt und energetische Maßnahmen erfordern eine umfassende Sanierung bei laufendem Betrieb. Nun diesem Bau ein neues „Glitzerkleid“ mit Glaspaneelen in der Signetfarbe Ultramarinblau überzustülpen, ist nach Auffassung des BKB zu weit vom Charakter der originären Architektursprache entfernt. Auch wird es dem farblich eher zurückhaltend gestalteten Stadtraum nicht gerecht. Die bessere Strategie ist es ohnehin, dem ursprünglichen Architekturkonzept auf die Spur zu kommen und diesem zu einer besseren Erscheinung zu verhelfen als ihm eine Maske zu geben.

Auf die extrovertierte Farbigkeit der ersten Entwurfsfassung hat der Bauträger bereits reagiert: die Variante 2 mit einer Bänderung in Grau wird dem Ort und dem Bau deutlich gerechter.

Der BKB ist aber weitergehend der Auffassung, dass auch die Plastizität der Fassade erhalten werden sollte. Sie trägt entscheidend dazu bei, den fünfgeschossigen Baukörper in den Ort zu integrieren. In diesem Zug ist zu prüfen, ob nicht der Austausch der Sichtbetonelemente eine mindestens kostenneutrale Alternative ist. Die heutige Betontechnologie hält wesentlich dauerhaftere Elemente bereit.

Es ist dem BKB wichtig, dass sich die plastische Gliederung auch in der Farbigkeit widerspiegelt. Folgende Fassadenabschnitte sollten durch eigene Farben differenziert werden: das zurückgesetzte Erdgeschoss, die „Schattenfuge“ (3. OG), das oberste Geschoss und der Zwischenbaukörper („Gelenk“) zum östlichen Nachbargebäude.

Die Ecken der Fensterbänder sind transparent und nicht opak auszubilden, um den Charakter des umlaufenden „Bandes“ nicht aufzuheben. Glaspaneele sind nur im Zuge der Fensterbänder einzusetzen, ansonsten sind z.B. beschichtete Paneelbleche mit Struktur besser als stark reflektierende und spiegelnde Gläser. Das Liniennetz der Pressleisten ist unter gestalterischen Aspekten sorgfältig zu planen.

Die auf die derzeit dargestellte Pfosten-Riegel-Fassade aufgesetzten Kästen der Sonnenschutzanlagen sind grundsätzlich zu hinterfragen. Allerdings lässt sich hier durchaus eine bessere Integration der Anlagen finden, wenn die oben angeführte plastische Ausbildung bzw. ein Austausch der Betonfertigteilbrüstungen zur Ausführung kommen sollte.

Für die künftige Begutachtung der Farbigkeit sind Vor-Ort-Termine mit großflächigen Mustern unerlässlich. Außenfarben können nicht im Innenraum entschieden werden.

Der BKB bittet um Wiedervorlage.

**Der Vorsitzende:**  
gez. Prof. Niederwöhrmeier

**Der Berichterstatter:**  
gez. Willmann-Hohmann

## **TOP 2: Errichtung einer Wohnanlage in der Jenaer Straße**

### **Gutachten des Baukunstbeirates vom 16.09.2010**

Die viergeschossige Wohnanlage schließt die städtebauliche Neuordnung auf dem Gelände der ehem. Fa. Frieseke & Höpfner nördlich des Bachgrabens ab. Die Auflockerung der geschlossenen Blockbebauung – wie noch im Bebauungsplan dargestellt – in nunmehr 5 einzelne Baukörper wird als sinnvolle Weiterentwicklung erachtet. Offene Räume zwischen den Bauten verknüpfen Nachbarschaften und sorgen für Besonnung und Durchlüftung im gut gestalteten Binnenbereich.

An den Straßen werden in Höhe dieser Zwischenräume Nebenanlagen für Fahrräder und Müll angeordnet. Normalerweise liegen diese nicht so prominent, sondern eher an den Giebelwänden. Hier wird aber durch die Landschaftsarchitekten das Argument einer weiteren Raumschicht – auch soziale Kontrolle bewirkend - angeführt, was nachvollziehbar ist. Dies bedingt allerdings, dass die Nebenanlagen somit zur Straßenraum begleitenden „Visitenkarte“ werden und folglich in enger Abstimmung mit den Landschaftsarchitekten einer überzeugenden architektonischen Qualität hinsichtlich Konstruktion, Detail, Werkstoff und Farbe zugeführt werden müssen.

Die Bauten 1, 2 und 4 sind Laubengangtypen. Diese Planungsentscheidung verwundert und hält auch unter eingehender Abwägung aller Vor- und Nachteile nicht überzeugend stand. Gerade die Bauten 2 und 4 könnten durch eine Zweispänner- bzw. Dreispännerorganisation eine deutlichere Adressenbildung erfahren und vor allen Dingen der Wohnqualität eine höhere Stufe verleihen. Ost-West-Orientierungen der Wohnungen gestatten ein Durchwohnen, eine Durchsonnung und eine bessere natürliche Ausleuchtung der Räume. Gerade in Verbindung mit den durchlaufenden Balkonen bzw. Gängen ist aber bei der vorgelegten Lösung die natürliche Belichtung in den Kernzonen der Grundrisse stark eingeschränkt, was im täglichen Gebrauch zu einem relativ hohen Kunstlichtanteil und damit Energieverbrauch führt. Die Wohnungen in Bau 4 haben zudem keinen nennenswerten Bezug zum Binnenbereich.

Der BKB empfiehlt, die Planung gründlich zu überprüfen.

Die Fassaden werden durch die Balkonbänder und Laubengangbrüstungen wesentlich bestimmt. Die Leichtbauweise der Brüstungen mit bunten (weinroten und anthrazitfarbigen) Faserzementplatten ist grundsätzlich zu hinterfragen. Die oben bereits kritisierte Belichtung der Innenräume wird durch die unter den Brüstungen ansetzende Bekleidung der Stahlträger („Stürze“) weitergehend erheblich eingeschränkt. Auch das freie Spiel der Stützen kann nicht überzeugen. Die Konstruktion muss daher nach Auffassung des BKB einer Überarbeitung unterzogen werden. Der BKB empfiehlt, z.B. die Ausführung mit Sichtbetonfertigteilelementen zu erwägen.

Das Terrassengeschoss ist zu wenig ausgeprägt. Rücksprünge im Zentimeterbereich reichen nicht. Lediglich farbliche Differenzierungen bei durchgehenden Bauteilen (Wände, auch Fensterbänder) sind ebenfalls ein ungeeignetes Gestaltungsmittel. Richtiger wäre es, die Fassade in einer Ebene bis zum Pultdach zu führen. Gliederungen durch loggienartige Einschnitte sind denkbar.

Unter ähnlichen Gesichtspunkten sind die Seiten mit den Hauseingängen und den Laubengängen zu bewerten. Auch hier liegen verschiedene Bauelemente und Werkstoffe in einer Ebene. Solche Fügungen sind architektonisch nicht richtig. Es kann z.B. erwogen werden, die Brüstungen der Laubengänge in der Art der Wände – dann durchaus in einer Ebene mit den seitlichen Außenwänden bzw. dem Treppenhaus liegend – auszuführen.

Die Hauseingänge mit den zu kleinen Vordächern sind zu überdenken. Sie sollten eher in der Wohnungsaußenwandebene zurückversetzt liegen. Auf die schrägen Zugänge über Eck

vor den Treppenhäusern hin zu den Wohnungstüren im EG sollte unbedingt verzichtet werden. Eine direkte Zugänglichkeit zu den Erdgeschosswohnungen von der Straße aus ist zu überlegen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Entwässerungsrinne mit der Hecke unmittelbar vor der Hauswand sinnvoll ist. Die Eingangszone an der Ostseite von Haus 3 ist sogar äußerst kritisch zu beurteilen.

Die Laubengänge müssen – wenn sie trotz der oben angeratenen Überprüfung - zur Ausführung gelangen, auch sozialen und psychologischen Belangen Rechnung tragen. Die Wohnungseingangstüren sind räumlich zu differenzieren (z.B. halböffentliche Vorzonen etc.). Beim Haus 4 sind raumhohe optische Bezüge zum Binnenbereich bis hin zu kleinen, den Wohnungen gewidmeten Balkonen denkbar.

Die Wohnungsgrundrisse weisen zahlreiche unvorteilhaft proportionierte Räume auf. Die Nutzbarkeit muss über Regel-Möblierungen geprüft werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die innere Erschließung der Wohnungen hingewiesen. Verwinkelte Flure und ungünstige Lagen von Türen etc. sind zu vermeiden.

Der BKB bittet um Wiedervorlage.

**Der Vorsitzende:**

gez. Prof. Niederwörhmer

**Der Berichterstatter:**

gez. Willmann-Hohmann

## **TOP 3: Ergebnis Wettbewerb Thomas-Dehler-Straße**

---

### **Gutachten des Baukunstbeirates vom 16.09.2010**

Frau Willmann-Hohmann und Prof. Dr. Niederwöhrmeier als Vorsitzender des Preisgerichts berichten vor den Plänen der 4 Preisträger über das Verfahren, die Preisgerichtssitzung und das Ergebnis des Realisierungswettbewerbs Wohnquartier nördlich der Thomas Dehler Straße im Röthelheimpark. Frau Messmer von der ARGE Rößner, Waldmann, Franke, Messmer aus Erlangen/Emskirchen mit Landschaftsarchitekt Tautorat, Fürth, die den ersten Preis erhalten hat, erläutert die Überlegungen im Entwurfsprozess.

Der BKB begrüßt ausdrücklich dieses Wettbewerbsverfahren, zumal es in überzeugender Weise gezeigt hat, dass auch Investoren bzw. Investorengemeinschaften in alternativen Verfahren einen Gewinn sehen, der ihren Investitionen und geschäftlichen Erfolgen eine höhere Qualität und dem Objekt einen Mehrwert gibt.

**Der Vorsitzende:**  
gez. Prof. Niederwöhrmeier

**Der Berichterstatter:**  
gez. Willmann-Hohmann

## **TOP 4: Mitteilungen zur Kenntnis/Anfragen/Sonstiges**

---

### **Protokollvermerk des Baukunstbeirates vom 16.09.2010**

Nächste Sitzung des BKB: Donnerstag, 11.11.2010, „Museumswinkel“ Gebäude C 1, EG.

Folgende Sitzungstermine: 16.12.2010, 03.02.2011, 07.04.2011.

Die weiteren Termine 2011 werden im Sitzungskalender mitgeteilt werden.

**Der Vorsitzende:**  
gez. Prof. Niederwöhrmeier

**Der Berichterstatter:**  
gez. Willmann-Hohmann

### **Anlagen:**

- III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
VI/61/T. 1360

Verantwortliche/r:  
Sachgebiet Stadterneuerung

Vorlagennummer:  
**610.3/006/2010**

### Innenstadtentwicklung Erlangen - Vorstellung des Jahresberichts 2008/2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Jahresbericht 2008 / 2009 zur Innenstadtentwicklung Erlangen im Rahmen des Bundesländer-Städtebauförderungsprogramms II - „Soziale Stadt“ wird zur Kenntnis genommen.

#### II. Sachbericht

Der Jahresbericht 2008 / 2009 wird in der Sitzung gesondert verteilt und nach der Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses auf der Homepage der Stadt Erlangen ([www.erlangen.de/innenstadtentwicklung](http://www.erlangen.de/innenstadtentwicklung)) veröffentlicht.

#### Anlagen:

- III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- IV. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/EBE/2/ESA

Verantwortliche/r:  
Herr Stefan Engelhardt

Vorlagennummer:  
EBE-2/012/2010

**Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 096/2010 vom 28.09.2010  
Beteiligung am neuen Förderschwerpunkt des Bundesumweltministeriums:  
"Energieeffiziente Abwasseranlagen"**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	12.10.2010	öffentlich	Beschluss	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

-

#### I. Antrag

Der Sachbericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 096/2010 vom 28.09.2010 ist hiermit beantwortet.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Potential zur Senkung des Energieverbrauchs für den Betrieb von Abwasseranlagen sowie zur Steigerung der Eigenenergieerzeugung soll mit dem neuen Förderschwerpunkt „Energieeffiziente Abwasseranlagen“ gehoben werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Förderfähig ist die erstmalige großtechnische Umsetzung bislang nur im kleinen Maßstab eingesetzter Verfahren oder Neuentwicklungen in den Bereichen

- Abwassertransport in der Kanalisation
- Behandlung des Abwassers bis zur Einleitung in ein Gewässer sowie
- Klärschlammbehandlung und -verwertung im Zusammenhang mit der Abwasserbehandlung.

Förderanträge müssen spätestens bis zum 31. Mai 2011 bei der KfW Bankengruppe eingegangen sein.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit dem Fraktionsantrag Nr. 096/2010 wird beantragt zu prüfen, ob es in Erlangen bereits kommunale Projekte gibt, die den geforderten innovativen Charakter aufweisen und damit förderungswürdig sind. Weiterhin sollen neu in Angriff zu nehmende Projekte auf diesen Gedanken hin geprüft werden.

Die einzelnen Vorhaben des EBE werden grundsätzlich hinsichtlich ihrer Förderfähigkeit untersucht.

Voraussetzung für eine Förderung ist die Einhaltung der jeweiligen Förderkriterien. Für die Nachweise ist eine ausreichende Konkretisierung der Vorhaben notwendig.

Die derzeit geplanten und laufenden Vorhaben des EBE sind nach dem Förderschwerpunkt des Bundesumweltministeriums „Energieeffiziente Abwasseranlagen“ nicht förderfähig.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** - Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 096/2010 vom 28.09.2010

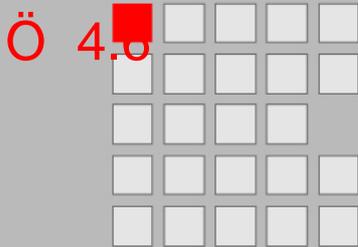
III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 28.09.2010**  
**Antragsnr.: 096/2010**  
**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**  
**Zust. Referat: VI/EBE/Hr. Bruse**  
**mit Referat: III/31**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

**Beteiligung am neuen Förderschwerpunkt des  
Bundesumweltministeriums: Energieeffiziente Abwasseranlagen  
Antrag für den nächsten UVPA**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Bundesumweltministerium hat Energieeffiziente Abwasseranlagen für den Klimaschutz zum neuen Förderschwerpunkt erklärt.  
„Durch innovative Vorhaben mit Demonstrationscharakter soll gezeigt werden, wie der Energieverbrauch von Abwasseranlagen optimiert, die Eigenenergieerzeugung erhöht und die Rückgewinnung von Abwasserinhaltsstoffen ermöglicht werden kann. Dafür stellt das Bundesumweltministerium bis zu 15 Millionen Euro bereit.“

Wir beantragen zu prüfen, ob es in Erlangen bereits kommunale Projekte gibt, die den geforderten innovativen Charakter aufweisen und damit förderungswürdig sind. Weiterhin sollen neu in Angriff zu nehmende Projekte auf diesen Gedanken hin geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Felizitas traub-Eichhorn  
Sprecherin für Umwelt

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

**Datum**  
28.09.2010

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
1 von 1

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/30

Verantwortliche/r:  
Rechtsabteilung

Vorlagennummer:  
30-R/011/2010

### Änderung der Satzung über die Hausnummerierung; Erlass einer Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.10.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	28.10.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 61

#### I. Antrag

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen (Entwurf vom 05.10.2010, Anlage 1) wird hiermit beschlossen.
2. Die Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen (Entwurf vom 05.10.2010, Anlage 2) wird hiermit beschlossen..

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Es soll der Vorschlag des KGSt-Gutachtens umgesetzt werden, die Gebühren für die Erteilung von Hausnummern von 51,00 EUR auf 75,00 EUR anzuheben. Außerdem soll die Gebührenpflicht wie bei anderen städtischen Satzungen in einer separaten Satzung geregelt werden. Durch die neueingeführte Möglichkeit, vorläufige Hausnummern für mobile Unterkünfte zu vergeben, soll in Zukunft ein unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Änderung der bereits bestehenden Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und die Hausnummerierung und Erlass einer neuen Gebührensatzung zur Hausnummerierung.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:

Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

**Haushaltsmittel**

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Anlage 1: Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen  
Anlage 2: Entwurf der Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## **Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen**

Die Stadt Erlangen erlässt auf Grund von § 126 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl I 2004, 2414) und Art. 52 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.10.1981 (BayRS 91-1-I), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 958), in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.07.2009 (GVBl. S. 400), folgende Satzung:

### **§ 1 Gebührenschuld**

- (1) Die Neuerteilung und die Wiedererteilung einer Hausnummer sind gebührenpflichtig.
- (2) Die Gebührenschuld entsteht mit Festsetzung der Hausnummer.

### **§ 2 Gebührenhöhe**

Die Gebühr für die Neuerteilung oder für die Wiedererteilung einer Hausnummer beträgt pro Hausnummer 75,00 €.

### **§ 3 Gebührenfreiheit**

Die Löschung einer Hausnummer und die Erteilung einer vorläufigen Hausnummer sind gebührenfrei.

### **§ 4 Gebührenschuldner**

Gebührensschuldner ist der Grundstückseigentümer bzw. der sonst dinglich Berechtigte. Mehrere Eigentümer und/oder dinglich Berechtigte haften gesamtschuldnerisch.

### **§ 5 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Satzung zur Änderung der Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen**

**Art. 1**

Die Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und über die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen vom 25.02.2004 in der Fassung vom 10.05.2005 wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 4 werden die Worte „zwischen der Abbruchsanzeige und der Baubeginnsanzeige“ durch die Worte „zwischen dem Abbruch und dem Baubeginn“ ersetzt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
  - a) Das Wort „oder“ wird durch ein Komma ersetzt.
  - b) Nach dem Wort „ist“ wird der Zusatz „oder mobile Unterkünfte (z. B. Bauwägen, Baucontainer) für einen begrenzten Zeitraum zu nummerieren sind“ eingefügt.
3. In der Überschrift zu § 6 werden die Worte „und Beschaffenheit“ gestrichen.
4. In § 7 wird folgender Absatz 3 neu hinzugefügt:
 

„Die Kosten für die Straßenbeschilderung trägt die Stadt Erlangen.“
5. § 8 wird wie folgt neu gefasst:
 

„§ 8 Gebühren  
Für die Erteilung einer Hausnummer sind Gebühren nach der Gebührensatzung zur Satzung über die Hausnummerierung in der Stadt Erlangen zu entrichten.“

**Art. 2**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/32/BMA

Verantwortliche/r:  
Herr Martin Busch

Vorlagennummer:  
322/004/2010

### **Erlanger Wochenmarkt; hier: Neuregelung durch Marktfestsetzung und -satzung (Fraktionsanträge der SPD Nrn. 144/2009 vom 28.04.2009 und 061/2010 vom 22.06.2010)**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.10.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	28.10.2010	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Ämter 30 und 61, Citymanagement

#### I. Antrag

1. Der Erlanger Wochenmarkt ist künftig unter Berücksichtigung folgender Punkte zu regeln:
  - a) Für den Erlanger Wochenmarkt werden als Markttage „Montag bis Samstag“ festgesetzt.
  - b) Der Verkauf auf dem Wochenmarkt kann in der Zeit zwischen 7.00 bis 20.00 Uhr stattfinden.
  - c) Als Veranstaltungsort des Erlanger Wochenmarktes wird der Marktplatz sowie zusätzlich die an die Achse Hauptstraße angrenzende Westseite des Schlossplatzes bestimmt. Auf dem Schlossplatz bleibt die Aufstellung von Marktständen auf die erste Reihe entlang der Hauptstraße beschränkt. Eine Belegung der Innenfläche des Schlossplatzes durch den Wochenmarkt findet nicht statt.
  - d) Der Wochenmarkt wird vorrangig mit Dauerstandplätzen belegt; für die Berücksichtigung von saisonal wechselnden Angeboten (insbesondere Direktvermarkter) sind in begrenztem Umfang Standflächen für Tagesplätze vorzuhalten. Bei der Vergabe von Dauerplätzen ist auch eine Mehrfachbelegung durch Zuweisung für einzelne Markttage möglich.
  - e) Das zulässige Warenangebot/Marktsortiment soll unter Beachtung der gewerberechlichen Vorgaben (§ 67 Gewerbeordnung) möglichst vielfältig und umfangreich sein. Regionale Erzeugnisse sind bevorzugt zu berücksichtigen.
  - f) Am Wochenmarkt soll dauerhaft ein Imbissstand mit fränkischen Bratwürsten als Angebotsschwerpunkt vertreten sein. Die Zulassung weiterer attraktiver Imbissstände ist möglich, soweit dies mit dem Charakter des Erlanger Wochenmarktes vereinbar und damit keine Beeinträchtigung des Angebotes an frischen Lebensmitteln verbunden ist.

- g) Um den regionalen Charakter zu unterstreichen, soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass das Erscheinungsbild des Erlanger Wochenmarktes dem eines typisch fränkischen Marktes entspricht. Bei der Gestaltung der Verkaufswagen, -anhänger und -stände sind daher bevorzugt die Farben rot / weiß zu verwenden.
2. Mittelfristig muss eine Ertüchtigung der technischen Infrastruktur (Elektro- und Trinkwasseranschlüsse) von Markt- und Schlossplatz erfolgen, um den lebensmittelrechtlichen Anforderungen sowie den marktbetrieblichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Zur Ermittlung des Investitionsbedarfes wird die Verwaltung mit den hierzu notwendigen Planungen beauftragt. Die erforderlichen Finanzmittel sind für den Haushalt 2012 anzumelden.
3. Die Fraktionsanträge Nr. 144/2009 und 061/2010 sind damit abschließend bearbeitet.

## II. Begründung

### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel des Markt-Konzeptes soll es sein, dass sich der Wochenmarkt als „Frischezentrum“ im Herzen der Altstadt zu einem lebendigen, attraktiven Ort des Handels, der Kommunikation und des Verweilens, aber noch mehr zu einem zentralen Ort für die Bedarfsdeckung der Verbraucher - und damit zu einem Magneten in der Innenstadt - entwickelt. Dazu soll die Attraktivität des Marktes gesteigert und dieser fester im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert werden.

### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit Fraktionsantrag Nr. 144/2009 vom 28.04.2009 hat die SPD-Fraktion die Erstellung eines Zukunftskonzeptes für den Erlanger Wochenmarkt beantragt. In Ergänzung dazu wurden mit SPD-Fraktionsantrag Nr. 061/2010 vom 22.06.2010 eine Reihe von entsprechenden Maßnahmen eingebracht.

In mehreren Gesprächsrunden wurden mit den Beteiligten (insbesondere Marktbesucher, Einzelhandel, Stadtratsfraktionen, Altstadtforum) die von der Verwaltung unter Einbeziehung der örtlichen Markthändler entwickelten Lösungsansätze diskutiert. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind in das im Antrag genannte Maßnahmenkonzept unter Ziffer 1 a) bis g) eingeflossen.

Die angeregte Zusammenführung des jeweils freitags auf dem Rathausplatz stattfindenden Bauernmarktes mit dem Erlanger Wochenmarkt wurde intensiv geprüft. Aufgrund der strikt ablehnenden Haltung sowohl der Besucher des Wochenmarktes als auch der Vertreter des Bauernmarktes ist dieser Vorschlag nach Auffassung der Verwaltung nicht weiterzuverfolgen.

Im Hinblick auf die erfahrungsgemäß immer relativ kurzfristig auftretenden Fragestellungen und Probleme der Marktbesucher ist nach Einschätzung der Verwaltung eine nur in größeren Abständen stattfindende „Marktversammlung“, wie sie im Fraktionsantrag gefordert wurde, nicht das geeignete Forum zur Lösung von Problemstellungen im Zusammenhang mit dem Marktbetrieb. Die Verwaltung steht in täglichem Kontakt mit den Markthändler und kann daher zeitnah auf entsprechende Anliegen reagieren. Zudem haben die Marktbesucher jederzeit die Möglichkeit, über ihren Sprecher allgemeine Themen des Marktbetriebes an die Stadt heranzutragen. Eine „Marktversammlung“ kann jedoch im Bedarfsfall grundsätzlich immer einberufen werden.

### **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zur Umsetzung des im Antrag aufgezeigten Konzeption wird in einem ersten Schritt die gemäß § 69 Gewerbeordnung erforderliche Marktfestsetzung angepasst. Nach verwaltungsinterner Abstimmung ist zur Bereinigung zwischenzeitlich überholter Bestimmungen eine weit umfänglicher Überarbeitung der Marktsatzung anzustreben, als es aufgrund der notwendigen Anpassungen hinsichtlich der o. g. Maßnahmen zwingend notwendig wäre. Um die Neukonzeption nunmehr zeitnah umsetzen zu können, wird daher zunächst kurzfristig die unbeschadet des Satzungsrechts mögliche gewerberechtliche Festsetzung der Erlanger Märkte neu gefasst.

Unabhängig von den erforderlichen rechtlichen Schritten wurden zwischenzeitlich eine Reihe von neuen Marktbesckern zugelassen.

Dabei wurde vor allem auf eine Erweiterung des Sortimentsspektrums geachtet. Zudem wurde eine Verdichtung des Marktangebots, insbesondere an nachfrageschwachen Wochentagen, durch zeitgesplittete Mehrfachvergabe von Standplätzen vorgenommen. Die aktuelle Beschickerliste ist nachfolgend beigefügt (Neuzulassungen sind durch Hinterlegung markiert).

## Belegung der Marktstände (Stand: 10/2010)

Platz- Nr.	Ware:	Markttage:					
		Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa
1	Obst und Gemüse Selbstanbau	x			x		x
2	<b>Bratwurststand</b>	x	x	x	x	x	x
3	Fleisch und Wurstwaren	x	x	x	x	x	x
4	<b>Fleisch und Wurstwaren</b>				x		x
5	<b>Brathähnchen</b>		x		x		
	Pferdefleisch und -wurst franz. Spezialitäten				x		x
6	<b>Süßer Imbiss</b>	x	x	x	x	x	x
7	landwirtschaftliche Erzeugnisse		x		x		x
8	Obst und Gemüse		x		x		x
9	landwirtschaftliche Erzeugnisse		x		x		x
10	Geflügel, Eier, Nudeln, Selbsterz.				x	x	x
11	Blumen						x
12	Obst und Gemüse		x	x	x	x	x
13	landwirtschaftliche Erzeugnisse						x
	<b>Allgäuer Spezialitäten</b>		x				
14	Obst und Gemüse						x
	<b>Ungarische Feinkost</b>				x		
15	landwirtschaftliche Erzeugnisse						x
16	<b>Küchle</b>			x			x
17	Pflanzen aus Selbstanbau		x		x		x
18	Obst und Gemüse	x	x	x	x	x	x
TPI 19	<b>Naturdekorationen und Gestecke</b>					x	x
20	Stauden und Pflanzen		x		x		x
21	Blumen	x	x	x	x	x	x
22	Trockenfrüchte	x	x	x	x	x	x
23	Blumen		x	x	x	x	x
24	Obst und Gemüse	x	x	x	x	x	x
25	Geflügel und Fisch					x	x
26	Oliven und Käse	x	x	x	x	x	x
27	Obst und Gemüse Selbstanbau				x		x
	<b>Räucherfisch</b>		x	x		x	
28	Fleisch und Wurstwaren						x
	<b>Tee und Gewürze</b>		x			x	
	<b>Frischer Fisch</b>				x		
29	Honig					x	x
30	Oliven und Antipasti	x	x	x	x	x	x
31	Ziegenkäse						x
	<b>Thüringer Wurstwaren</b>			x			
31	<b>Polnische und schlesische Spezialitäten</b>				x		
32	<b>Creperie</b>	x	x	x	x	x	x
33	Biokäse		x	x	x	x	x
34	Olivenöl				x	x	x
TPI bei 13	landwirtschaftliche Erzeugnisse		x		x		x
TPI auf Nr. 20	<b>Obst aus eigenem Anbau</b>					x	
TPI Schloßpl.	Rosen aus eigener Zucht und Anbau						x
TPI Schloßpl.	Spargel	x	x	x	x	x	x
<b>Anzahl Marktbesucher</b>		<b>12</b>	<b>24</b>	<b>17</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>37</b>

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

- 1.
2. Die für die Ertüchtigung der Infrastruktur (Ziffer 2 des Antrages) erforderlichen Investitionsmittel sind noch zu ermitteln.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

#### Anlagen:

Fraktionsanträge

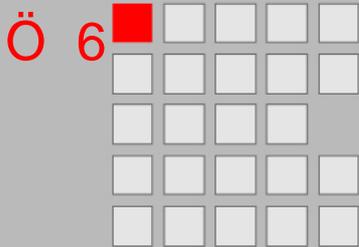
III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 28.04.2009**

**Antragsnr.: 144/2009**

**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**

**Zust. Referat: III/32-S/Hr. Busch**

**mit Referat: VI/610**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Antrag: Entwicklung eines Konzepts für den Marktplatz vor der  
Fertigstellung der Sanierung des Palais Stutterheim**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die Attraktivität der nördlichen Innenstadt - wie der Altstadt überhaupt - und für eine breite Akzeptanz der Einkaufsstadt Erlangen hat der Marktplatz mit seinen Ständen und seinem Verkaufsangebot eine zentrale Funktion. Abgesehen von den Wochenenden spiegeln jedoch weder Belegung und Gestaltung noch das Angebot diese wichtige Aufgabe wider. Der Marktplatz verliert mehr und mehr seine Funktion als Anziehungspunkt der Altstadt. Ein umfassendes Konzept für seine Gestaltung, für Angebot und Ordnung des Marktplatzes ist dringend geboten.

Bis zum Frühjahr 2010 wird mit der Fertigstellung der Sanierungsarbeiten am Palais Stutterheim gerechnet. Dieses Gebäude ist mit seiner eindrucksvollen Fassade – neben dem Schloss – prägend für die Physiognomie des Platzes und steigert nach der gelungenen Renovierung erheblich seine Attraktivität.

Um diesen Attraktivitätsgewinn auch sofort nach der Fertigstellung der Sanierungsarbeiten für die Bedeutung des Marktplatzes als zentralen innerstädtischen Ortes des Einkaufens und der Kommunikation/Begegnung rechtzeitig zu nutzen, muss umgehend (nicht erst im Herbst 2009) mit der Erstellung eines Marktplatzkonzeptes begonnen werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass zeitnah bauliche und vertragliche Regelungen angegangen werden.

**Datum**

28.04.2009

**AnsprechpartnerIn**

Saskia Coerlin

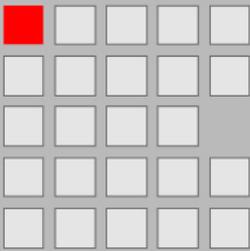
**Durchwahl**

09131 862225

**Seite**

1 von 2

Ziel des Konzepts ist ein lebendiger, attraktiver Marktplatz, der täglich dank seines breit gefächerten (v. a. regional orientierten) Angebots als „Frische-Zentrum“ und durch eine hohe Aufenthaltsqualität seinen Namen auch



verdient. Der Marktplatz muss wieder zu einem Anziehungspunkt in der Altstadt werden.

Daher beantragen wir:

1. Noch vor der Sommerpause wird der Prozess für die Entwicklung eines umfassenden Konzepts für den Marktplatz eingeleitet.
3. An der Konzeptentwicklung werden Vertreterinnen und Vertreter der Marktbesucher, des innerstädtischen Einzelhandels (umliegender Einzelhandel und/oder Einzelhandelsverband), des Heimatvereins, des Altstadtforums, Anwohner und die Fraktionen beteiligt.
4. Das neue Marktplatzkonzept wird im Zeitablauf so entwickelt, dass mit der Übergabe des sanierten Palais Stutterheim auch Umsetzung und Realisierung des Konzepts abgeschlossen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für City-Management

Wolfgang Vogel  
Sprecher für Wirtschaft

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

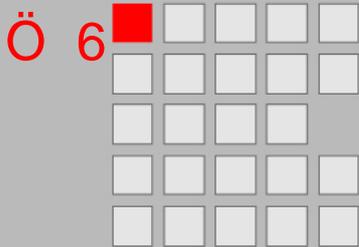
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Datum**  
28.04.2009

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
2 von 2



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 22.06.2010**

**Antragsnr.: 061/2010**

**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**

**Zust. Referat: III/322 Völklein**

**mit Referat:**

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,

1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)

[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

**Markt als „Frischezentrum der Stadt Erlangen“ beleben  
Antrag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach der Sommerpause soll die Neukonzeption des Wochenmarktes auf dem Marktplatz beraten und beschlossen werden. Nach den bisherigen Informationen aus der Verwaltung zeichnet sich eine wenig zufrieden stellende Fortschreibung des status quo ab (Neuzuweisungen in sehr begrenztem Maße, kleinere Veränderungen durch die Zulassung von Neubewerbern).

Der Wochenmarkt als „Frischezentrum der Stadt“, als Herz der Altstadt und als lebendiger, attraktiver Ort des Handels, der Kommunikation und des Verweilens sollte aber noch mehr zu einem zentralen Ort für die Bedarfsdeckung der Verbraucher – und damit zu einem Magneten in der Innenstadt – entwickelt werden.

Um die Attraktivität des Marktes zu steigern und ihn fester im Bewusstsein der BürgerInnen zu verankern, beantragen wir:

1. Der Wochenmarkt für die Innenstadt findet ausschließlich auf dem Marktplatz statt. Andere Standorte (z.B. der Bauernmarkt auf dem Rathausplatz) sollen in den Wochenmarkt am Marktplatz überführt werden. (Notfalls ist hierfür auch der Schlossplatz miteinzubeziehen.)
2. Die Marktstände sollen ein einheitlicheres Erscheinungsbild zeigen („Marke Marktplatz“).
3. Es sollen verbindliche Öffnungszeiten über die gesamte Woche hinweg vereinbart und eingehalten werden. Ein „Standplatz-sharing“ soll zu einer zeitlich kontinuierlichen und im Produktangebot breiteren Beschickung führen.

**Datum**

22.06.2010

**AnsprechpartnerIn**

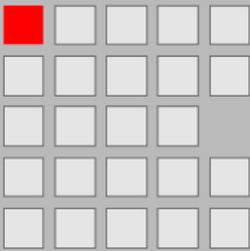
**Saskia Coerlin**

**Durchwahl**

09131 862225

**Seite**

**1 von 2**



4. Das Angebot soll erweitert werden. Dabei sollen auch wochenmarkt-kompatible Angebote aus dem Nonfood-Bereich zum Zuge kommen.
5. Im Rahmen einer (etwa halbjährlichen) Marktversammlung sollten mit den Marktbeschickern, der Verwaltung und VertreterInnen der Einzelhandels aktuelle Aspekte des Wochenmarktes erörtert werden.

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
[www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Citymanagement

Wolfgang Vogel  
Sprecher für Arbeit und  
Wirtschaft

Robert Thaler  
Sprecher für Planen und Bauen

Barbara Pfister  
Stadträtin

Helga Steeger  
Stadträtin

f.d.R. Saskia Coerlin  
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

**Datum**  
22.06.2010

**AnsprechpartnerIn**  
Saskia Coerlin

**Durchwahl**  
09131 862225

**Seite**  
2 von 2

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/31/KJD

Verantwortliche/r:  
Herr Joachim Kaluza

Vorlagennummer:  
**31/049/2010**

### **Luftreinhalteplan, geplanter Abbau der Messstation Pfarrstraße durch das Landesamt für Umwelt Bayern**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Die Stadt Erlangen lehnt den geplanten Abbau der Luftmessstation ab. Das Angebot des LfU für ein Informationsgespräch soll angenommen werden. Die Verwaltung teilt dies dem bayerischen Landesamt für Umwelt mit.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die lokalen Verhältnisse hinsichtlich der Grenzwerte der 39. BImSchV (früher 22. BImSchV) sollen weiterhin gesichert dokumentiert werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Station Pfarrstraße soll die Messwerte insbesondere bei NO<sub>2</sub> weiterhin ermitteln.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Landesamt für Umwelt belässt die Station, bis für NO<sub>2</sub> nach gemeinsamer fachlicher Bewertung durch LfU und Stadt Erlangen keine Überschreitungen der Grenzwerte mehr befürchtet werden müssen.

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

##### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:**

1. Schreiben des LfU zum geplanten Abbau der Messstation Pfarrstraße
2. Sachbericht
3. Schreiben an LfU, Herrn LRD Herrn Roland Fischer, Abt. 2: Luft, Lärm, Anlagensicherheit

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

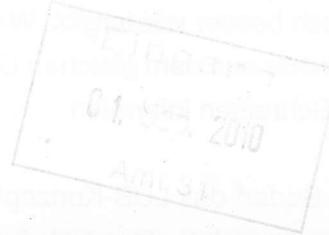
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



LfU Bayerisches Landesamt für Umwelt · 86177 Augsburg

Stadt Erlangen  
Umweltamt  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen



<b>Ihre Nachricht</b>	<b>Unser Zeichen</b> 25-8720.02-38762/2010 Dienststelle Kulmbach	<b>Bearbeiter/-in</b> Karlheinz Munzert Karlheinz.Munzert@lfu.bayern.de	<b>Telefon/Fax</b> +49 (9221) 604-5850 +49 (9221) 604-5900	<b>Datum</b> 26.08.2010
-----------------------	--	---	--	----------------------------

**Luftreinhaltung;  
Umsetzung des LÜB-Konzepts**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Landesamt für Umwelt (LfU) betreibt zur Beurteilung der Luftgüte das „Lufthygienische Landesüberwachungssystem Bayern (LÜB)“ mit zur Zeit 57 Messstationen, davon 2 Messstationen in der Stadt Erlangen. Die Vorgaben der „Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.05.2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa“, die mit der Neun- unddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen – 39. BImSchV) mit Gültigkeit ab 06. August 2010 in nationales Recht überführt wurden, erfordern eine regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung des LÜB.

Die erforderliche Mindestzahl an Probenahmestellen in einem Ballungsraum oder Gebiet richtet sich im Wesentlichen nach der Bevölkerungszahl und ist in Anlage 5 der neuen 39. BImSchV für die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel (PM<sub>10</sub> und PM<sub>2,5</sub>), Blei, Benzol und Kohlenmonoxid sowie in Anlage 9 für Ozon festgelegt. Neben drei Ballungsräumen wurden für Bayern 7 Gebiete entsprechend den Regierungsbezirken (ohne jew. Ballungsraum) bestimmt.



**Hauptsitz LfU**  
Bürgermeister-Ulrich-Str. 160  
86179 Augsburg

**Dienststelle Hof**  
Hans-Högn-Str. 12  
95030 Hof

**Dienststelle Kulmbach**  
Schloss Steinenhausen  
95326 Kulmbach

[www.lfu.bayern.de](http://www.lfu.bayern.de)  
[poststelle@lfu.bayern.de](mailto:poststelle@lfu.bayern.de)

Telefon +49 821/9071-0  
Telefax +49 821/9071-5556

Telefon +49 9281/1800-0  
Telefax +49 9281/1800-4519

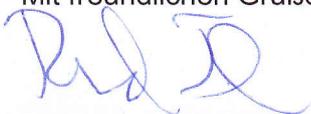
Telefon +49 9221/604-0  
Telefax +49 9221/604-5900

Aufgrund der neuen BImSchV wird im Wesentlichen eine Ergänzung des Messnetzes mit Geräten zur PM<sub>2,5</sub>-Messung erforderlich. Außerdem ist eine Anpassung der flächenmäßigen Verteilung der Ozon- und NO<sub>2</sub>-Probenahmestellen erforderlich.

Für den Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen ist geplant, die Messstation Erlangen-Pfarrstraße abzubauen, wie es bereits im Telefonat vom 21.05.2010 mit Frau Mann angekündigt wurde. Die Daten sind redundant zur Station Nürnberg Von-der-Tann-Straße, die den Einfluss des Verkehrs jedoch besser wiedergibt. Weiterhin ist geplant, im Ballungsraum die Station Nürnberg Ziegelsteinstraße aus dem gleichen Grund abzubauen. Die Stadt Nürnberg wird hierüber mit gesondertem Schreiben informiert.

Wir bieten an, bei Bedarf das LÜB-Konzept in einer Besprechung mit Ihnen zu erläutern. Zu berücksichtigen bitten wir dabei, dass sich Änderungen des LÜB-Konzeptes in einzelnen Städten und Ballungsräumen auf das Gesamtkonzept auswirken und daher nur schwer zu realisieren wären.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Roland Fischer

Ltd. Regierungsdirektor

**Luftreinhalteplan; geplanter Abbau der Meßstation Pfarrstraße durch Landesamt für Umwelt Bayern**

I.

Bei Feinstaub PM<sub>10</sub> werden die Grenzwerte seit Jahren sicher unterschritten. Bei Stickstoffdioxid NO<sub>2</sub> allerdings wird in den letzten 2 Jahren eher wieder ein Anstieg beobachtet, so dass bei einer Fortsetzung des Trends im nächsten Jahr auch in Erlangen mit Überschreitungen gerechnet werden müsste. Da sich die Stadt Erlangen mit UVPA-Beschlüssen vom 15.09.2009 und vom 27.11.2007 im Falle von Überschreitungen verpflichtet hat, Gegenmaßnahmen zu prüfen, ist gerade in dieser Situation die Ermittlung sicherer Messwerte unerlässlich.

Messwerte der letzten Jahre:

**1 Luftbelastung mit Feinstaub PM<sub>10</sub>**

Der geltende **Jahresmittel-Grenzwert** von 40 µg/m<sup>3</sup> wird im Jahr 2009 in Erlangen nicht überschritten.

Der geltende **Tagesmittel-Grenzwert** von 50 µg/m<sup>3</sup> darf nach der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung pro Jahr 35 mal überschritten werden. Diese Anzahl wurde an beiden Erlanger Messstellen nicht überschritten.

Feinstaubmesswerte in Erlangen				
	Kraepelinstraße		Pfarrstraße	
Jahr	Jahresmittelwert	Anzahl der Überschreitungen des Tagesmittel-Grenzwertes von 50 µ/m <sup>3</sup>	Jahresmittelwert	Anzahl der Überschreitungen des Tagesmittel-Grenzwertes von 50 µ/m <sup>3</sup>
2005	23,4	15	28,1	22
2006	22,6	14	27,6	23
2007	18,8	7	24,0	11
2008	17,8	4	21,4	9
2009	20,5	9	22,3	10

## 2 Luftbelastung mit Stickstoffdioxid NO<sub>2</sub>

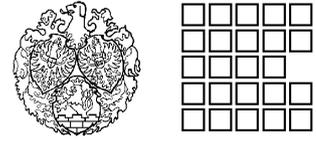
Ab dem Jahr 2010 sind folgende NO<sub>2</sub>-Grenzwerte einzuhalten:

**1-Stunden-Wert von 200 µg/m<sup>3</sup>,**

**Jahresmittelwert von 40 µg/m<sup>3</sup>**

Diese Werte wurden im Jahr 2009 nicht überschritten.

Stickstoffdioxidmesswerte in Erlangen				
	Kraepelinstraße		Pfarrstraße	
Jahr	Jahresmittelwert	Anzahl der Überschreitungen des 1-Stundenmittel-Grenzwertes von 200 µg/m <sup>3</sup>	Jahresmittelwert	Anzahl der Überschreitungen des 1-Stundenmittel-Grenzwertes von 200 µg/m <sup>3</sup>
2005	23	0	41	0
2006	23	0	39	0
2007	20	0	<b>31</b>	0
2008	25	0	<b>35</b>	0
2009	25	0	<b>38</b>	0



I.

Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

## Referat für Recht, Ordnung und Umweltschutz

Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Herrn Dr. Roland Fischer  
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160  
86179 Augsburg

Gebäude: Rathausplatz 1  
Zimmer: 1410  
Kontakt: Frau Wüstner  
Telefon: 0 91 31 / 86-2203  
Telefax: 0 91 31 / 86-2134  
E-Mail: marlene.wuestner@stadt.erlangen.de

**Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:**  
<http://www.erlangen.de>

Unser Zeichen / Schreiben:  
III/WMC

Ihr Schreiben / Zeichen:  
Vom 26.08.2010

Datum:  
20. Oktober 2010

### Luftreinhaltung Umsetzung des LÜB-Konzepts Geplanter Abbau der Messstation Pfarrstraße

Sehr geehrter Herr Dr. Fischer,  
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.08.2010.

Die Stadt Erlangen ist mit dem Abbau der Messstation Erlangen/Pfarrstraße nicht einverstanden. Da die Immissionswerte für NO<sub>2</sub> in den letzten 2 Jahren wieder angestiegen sind und sich dem Jahresmittel-Grenzwert nähern, halten wir es für erforderlich, diese Werte noch so lange zu beobachten, bis wir sicher sein können, daß Erlangen dauerhaft von Grenzwertüberschreitungen verschont bleiben wird.

Wir nehmen Ihr Angebot zu einer Besprechung gerne an und bitten Sie um einen Terminvorschlag.

Mit freundlichen Grüßen

Marlene Wüstner  
Berufsmäßige Stadträtin

Öffnungszeiten: Mo 08.00-12.00 Uhr, 14.00-18.00 Uhr; Di, Mi, Fr 08.00-12.00 Uhr; Do 08.00-14.00 Uhr  
Haltestelle: Neuer Markt Buslinien: 30, 30E, 201, 205, 253, 288, 289, 295  
Konten der Stadtkasse: Sparkasse Erlangen Kto. 31 BLZ 763 500 00

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/31/SHH

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
**31/067/2010**

### Energie- und Klimaschutzbericht 2009 / Erlanger Allianz zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
EStW, Abt. für Statistik

#### I. Antrag

Der Energie- und Klimaschutzbericht 2009 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

Steigerung der Energieeffizienz, Minderung des End- und Primärenergieverbrauchs und Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Umsetzung des **Aktionsprogramms EnergieeffizientER** 2008

##### 3. Prozesse und Strukturen

**Erlanger Allianz zu EnergieeffizientER** / Aktivitäten innerhalb **EnergieeffizientER**  
(Mündlicher Vortrag zur Erlanger Allianz zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz)

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

##### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

### **Anlagen:**

Um die von der Bundesregierung angestrebten Ziele zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz (s. Entwurf des neuen Energiekonzeptes (Sept. 2010) der Bundesregierung) zu erreichen, sind auch in Erlangen weitere Maßnahmen und Schritte mittel- und langfristig erforderlich, wobei alle Akteure in der Stadt ihren Beitrag leisten können und sollen.

Das entsprechende **Aktionsprogramm** wurde am 27. 11. 2008 vom Erlanger Stadtrat verabschiedet. Mit vorliegendem Bericht wird eine 5-jährige Bilanz seit 2004 gezogen. Zum Bereich Wohnen wird Ende 2010 ein gesonderter Bericht vorgelegt.

## **ENDENERGIEVERBRAUCH**

**2009 hat sich der gesamte Endenergieverbrauch (Wärme, Strom und Verkehr) in Erlangen gegenüber 1991 leicht verringert, als Ziel bis 2025 wird gemäß Aktionsprogramm eine Minderung von 11 % angestrebt. Ob sich der von 2004 bis 2009 zu beobachtende leichte Abwärtstrend (vor allem im Wärmebereich) fortsetzen wird, bleibt abzuwarten.**

### **Wärmeversorgung (Anteil am Endenergieverbrauch 47,5 %)**

Bei der **Wärmeversorgung** (ohne Strom, fossile und die regenerativen Energieträger) ist seit 1991 ein leichter Rückgang von etwa 8,5 % festzustellen, obwohl seit 1990 die Wohnflächen (um über 20 %) und die Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich (z. B. seit 2004 über 300.000 m<sup>2</sup> Neubau) angestiegen sind. Der Anteil von **Erdgas liegt über 40 %** und der von **Fernwärme bei 24 %**. Der Anteil der **dezentralen fossilen Kraft-Wärme-Kopplung** liegt jetzt bei rd. **1,5 %**.

Der Anteil der **regenerativen Energien** liegt fast bei **4 %** (vorwiegend Biomasse und Klärgas, die Solarthermie hat einen Anteil von rd. 0,3 %).

Seit 1990 ist ein deutlicher Rückgang des **Heizöleinsatzes** (durch die Umstellung auf Erdgas und durch Gebäudemodernisierungsmaßnahmen) festzustellen. Vor allem im Wohnbereich ist noch ein erheblicher Anteil des mit höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen (als Erdgas) verbundenen Heizöls zu verzeichnen. **Bei den großen Heizungsanlagen mit Heizöl ist vor allem bei bestimmten Nichtwohngebäuden ein Handlungsbedarf.**

Der **Fernwärme-Absatz** ist seit 2001 nahezu konstant, obwohl die mit Fernwärme versorgten Wohn- und Nutzflächen vor allem im Röthelheimpark angestiegen sind. **Eine wesentliche Steigerung der Fernwärme-Anschlussleistung und des Fernwärmeabsatzes kann zukünftig nur durch den Anschluss der gesamten Gebäude im Universitäts-Südgelände erreicht werden.**

Seit Anfang 2000 ist der Anteil der **dezentralen fossilen Kraft-Wärme-Kopplung** deutlich angestiegen (bei rd. 1,5 % des gesamten Endenergieverbrauchs für Wärme). Auf Grund des Ausbaus von Nahwärmenetzen und des dezentralen KWK-Einsatzes wird dieser sich weiter erhöhen.

## **Deutlicher Anstieg des Stromverbrauchs seit 2000**

### **(Anteil am Endenergieverbrauch 27,5 %)**

Im Jahr 2009 wurden in Erlangen rd. 706.263.000 kWh (Transportmenge im Stromnetz in Erlangen) verbraucht. **Der Stromverbrauch** ist seit 2000 um rd. 76.000.000 kWh/a, d. h. **12,1 % (1,34 %/Jahr)** und seit 2004 um **4,3 % (0,85 %/Jahr)** angestiegen. Dabei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen: Anstieg der Einwohnerzahl, Deutlicher Anstieg der Erwerbstätigen um über 13 %, Anstieg der Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich und Zunahme der Geräteausstattung im Wohn- und Nichtwohngebäudebereich.

**Dieser Trend kann nur durch deutliche Effizienzsteigerungen bei der Stromanwendung insbesondere im Gewerbe und bei den öffentlichen Einrichtungen umgekehrt werden.**

Der Anteil der gemäß **EEG eingespeisten Strommengen** am gesamten Erlanger Stromverbrauch lag 2009 bei 1,65 % (Solarstrom: 0,68 %, Wasserkraft 0,67 %, Biomasse 0,3 %). Die CO<sub>2</sub>-Reduktionen aus diesen Anlagen können nicht gutgeschrieben werden, da sie bereits im Rahmen des EEG im bundesdeutschen Strom-Mix enthalten sind.

## **Verkehr (Anteil am Endenergieverbrauch 25 %)**

Obwohl die zurückgelegten Fahrten von 1990 bis 2005 um 12 % zugenommen haben, stieg der Endenergieverbrauch nur um rd. 5 %, da z. B. der spez. Kraftstoffverbrauch bei den Pkw um 10 % gesunken ist. Im Personen-Gesamtverkehr hatte der Umweltverbund 1990 einen Anteil von 40 %, 2005 nur noch einen Anteil von 38%. (Beim Binnenverkehr lag 2005 der Umweltverbundsanteil bei über 60 %, beim Ziel- und Quellverkehr dagegen nur bei 14 %).

## **Abfallentsorgung und Klärschlamm**

Zur externen **energetischen Verwertung des Haus- und Gewerbemülls** liegen keine abgesicherten Daten vor. Dessen **Verbrennung in Müll-Heizkraftwerken** (Bamberg, Coburg) mit Fernwärmeanschluss ist ein Beitrag zur Energieeffizienz.

Durch eine langfristig abgesicherte **energetische Biomüll-Verwertung** (Bioabfallvergärung in Erlangen) kann ein wesentlicher Beitrag zur Energieeffizienz und zur CO<sub>2</sub>-Minderung geleistet werden.

Ebenso führt die **Verwertung von Wertstoffen** wie z. B. Altpapier, Altglas und Altmetalle zu erheblicher Energiesparung in den entsprechenden Industriebereichen.

Zur Verbrennung des **Erlanger Klärschlamm**s in Kohlekraftwerken liegen weiterhin keine abgesicherten Daten vor. Dessen jetzige Verbrennung oder ein in der Vorplanung zu realisierendes Konzept in der Region zur energetischen Verwertung von Klärschlamm ist ebenso ein Beitrag zur Energieeffizienz.

## **KOHLENDIOXID-/CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN**

**Seit 1990 ist ein Rückgang der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen um rd. 13,5 % zu verzeichnen. Gegenüber 1990 wird gemäß Aktionsprogramm eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2025 um über 20 % angestrebt.**

Der Rückgang ist vor allem auf die Substitution von Heizöl durch Erdgas und auf den deutlichen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich der Fernwärme (Substitution des Stroms von fossilen Kohlekraftwerken, Einsatz der GuD-Anlage) zurückzuführen. Seit 2004 ist ein Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Erdgasbereich festzustellen. Weiterhin führt der steigende Anteil der KWK zur bemerkbaren CO<sub>2</sub>-Minderung.

**Die indirekten Strom-CO<sub>2</sub>-Emissionen haben mit 48 % den größten Anteil an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Wärmesektor liegt bei rd. 30%, wobei der Fernwärme-Anteil nur noch 3,5 % beträgt. Der Verkehr hat einen Anteil von über 20 %.**

### **AKTIONSPROGRAMM ZUR ENERGIEEFFIZIENZ 2008**

Gegenüber 1990 wird gemäß Aktionsprogramm eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2025 um über 20 % angestrebt. Hierfür gelten folgende Maßnahmen und Randbedingungen:

- **Deutlich verstärkte Effizienz im Strombereich (Stopp des weiteren Stromanstiegs);** Änderungen beim bundesdeutschen Kraftwerksmix.
- Weitere umfassende **Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich** und Umstellung von Heizöl auf Erdgas oder Fern- bzw. Nahwärme(KWK).
- **Umstellung der Wärmeversorgung Universität-Süd** auf Fernwärme(jetzt Heizwerk mit Erdgas).
- Alternativen bei der **Feuerungsanlage „SIEMENS-Standort Frauenaucher Str.“**
- **Steigerung des Anteils der regenerativen Energien**
- weitere **Minderung des spez. Kfz-Kraftstoffverbrauchs** und **Steigerung des Umweltverbund-Anteils**

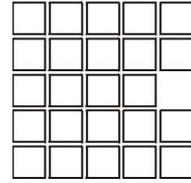
III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



# EnergieeffizientER



## Energie- und Klimaschutzbericht 2009

Entwicklung seit 2004



September 2010

Referat für Recht, Ordnung und Umweltschutz

Amt für Umweltschutz und Energiefragen

Herausgeber: *Stadt Erlangen*  
*Referat für Recht, Ordnung und Umweltschutz*  
*Amt für Umweltschutz und Energiefragen*

In Zusammenarbeit: *Abteilung für Statistik*  
*Erlanger Stadtwerke (ESTW)*

Erlangen im September 2010

# 1 Zusammenfassung, Ziele und Perspektiven

## 1.1 Entwicklung des Endenergieverbrauchs

Entwicklung des Endenergieverbrauchs in Erlangen (in MWh)			
	1991/1992	2004	2009
<b>Wärme</b> (ohne Strom für WP, Heizung und WW-Bereitung)	1.340.000	1.283.000	1.226.000
<b>Strom</b>	632.000	677.500	706.300
<b>Wärme + Strom</b>	1.972.000	1.960.500	1.932.300
<b>Verkehr</b>	621.000	650.000	ca. 650.000
<b>Gesamt</b>	<b>2.593.000</b>	<b>rd. 2.610.500</b>	<b>rd. 2.582.000</b>

Gegenüber 1990 hatte sich 2004 der gesamte Endenergieverbrauch, bedingt durch den erhöhten Stromverbrauch und die Kfz-Verkehrszunahme, leicht erhöht. Ob sich der von 2004 bis 2009 zu beobachtende leichte Abwärtstrend (vor allem im Wärmebereich) fortsetzen wird, bleibt abzuwarten. Im Aktionsprogramm der Stadt Erlangen 2008 wird gegenüber 2004 eine Minderung von über 10 % bis 2025 angestrebt.

## 1.2 Darstellung des Primärenergieverbrauchs

Mittels der EnEV-Primärenergiefaktoren (Multiplikation des Endenergieverbrauchs mit den Primärenergiefaktoren) ist nachfolgend ein Primärenergieverbrauch abgeschätzt.

Primärenergieverbrauch 2009			
	Endenergie (MWh)	Primärenergiefaktor	Primärenergie (MWh)
<b>Strom</b>	706.300	2,6	<b>rd. 1.836.500 (49,9 %)</b>
<b>Fernwärme</b>	298.600	0,56	rd. 167.200 (4,5 %)
<b>Erdgas</b>	497.500	1,1	rd. 539.000 (14,6 %)
<b>Heizöl</b>	365.000	1,1	rd. 407.000 (11,1 %)
<b>Fossile dezent. KWK</b>	17.000	0,42	rd. 7.000 (0,2 %)
<b>Kohle</b>	4.000	1,1	rd. 4.400 (0,1 %)
<b>Regenerative Energien (Wärmebereich)</b>	46.000	0,2 bzw. 0	rd. 7.200 (0,2 %)
<b>Verkehr</b>	650.000	1,1	rd. 715.000 (19,4 %)
<b>Gesamt</b>	rd. 2.585.000	--	rd. 3.683.000 (100 %)

Die prozentualen Anteile der einzelnen Energieträger am gesamten Primärenergieverbrauch liegen in der derselben Größenordnung wie deren Anteile an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen s. (1.6). Der Strom hat beim Primärenergieverbrauch einen Anteil von rd. 50 %.

### 1.3 Wärmeversorgung

Die Wärmeversorgung (ohne Strom) umfasst die fossilen und die regenerativen Energieträger. Seit 1991 ist ein leichter Rückgang von etwa 8,5 % im gesamten Bereich der Wärmeversorgung festzustellen, obwohl seit 1990 die Wohnflächen (um über 20 %) und die Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich (z. B. seit 2004 über 300.000 m<sup>2</sup> Neubau) angestiegen sind.

In nachfolgender Tabelle ist der Beitrag der einzelnen Energieträger (in MWh) dargestellt. Der Anteil von Erdgas liegt über 40 % und der von Fernwärme bei fast 25 %. Der Anteil der dezentralen fossilen Kraft-Wärme-Kopplung liegt jetzt bei rd. 1,5 %. Der Anteil der regenerativen Energien liegt fast bei 4 % (vorwiegend Biomasse und Klärgas).

Entwicklung des Endenergieverbrauchs im Bereich der Wärmeversorgung (in MWh)			
	1991/1992	2004	2009
<b>Erdgas</b> (bez. auf H <sub>u</sub> ) ohne KWK, HKW und Tankstellen	372.700 (28%)	ca. 550.000 (43 %)	490.000 (40 %)
<b>Heizöl</b>	ca. 600.000 (45 %)	ca. 380.000 (29,2 %)	ca. 370.000 (30,1 %)
<b>Fernwärme</b>	316.000 (24 %)	313.000 (24,6 %)	298.600 (24,4 %)
<b>Fossile dezentr. KWK</b>	--	ca. 8.500 (0,67 %)	ca. 17.000 (1,4 %)
<b>Kohle</b>	50.000 (3 %)	ca. 8.000 (0,63 %)	ca. 4.000 (0,3 %)
<b>Regenerative Energien</b>	--	ca. 23.500 (1,9 %)	ca. 46.000 ( <b>3,8%</b> )
<b>Gesamt</b> (ohne Strom für WP, Heizung und WW-Bereitung)	<b>1.340.000</b>	<b>1.283.000 (- 4,3 %)</b>	<b>1.226.000 (- 8,5 %)</b>

#### Rückgang des Erdgasverbrauchs

Im Bereich der Erdgas-Feuerungs- und Heizungsanlagen ist in den letzten Jahren ein Rückgang des Verbrauchs festzustellen, obwohl der Erdgasverbrauch, bedingt durch die Versorgung neuer Wohnflächen, neuer Nichtwohngebäude und durch Heizungsumstellungen auf Erdgas, weiter angestiegen ist. Dieser positive Trend ist vor allem auf die wirksamen Sanierungsmaßnahmen des mit Erdgas versorgten Gebäudebestandes und die Umstellung im Klinikum am Europakanal auf Biomasse zurückzuführen.

#### Weiterer Rückgang des Heizölverbrauchs

In den letzten 20 Jahren ist ein deutlicher Rückgang des Heizöleinsatzes, bedingt durch die Umstellung vor allem auf Erdgas und durch Gebäudemodernisierungsmaßnahmen, zu beobachten. Gleichwohl ist festzustellen, dass vor allem im Wohnungsbereich noch ein erheblicher Anteil des mit höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen (als Erdgas) verbundenen Heizöls zu verzeichnen ist. So werden vor allem im Bereich der Einfamilienhäuser noch rd. 45 % der Feuerungsanlagen auf der Basis von Heizöl betrieben. 60 % der Heizungsanlagen im Leistungsbereich von 25 – 500 kW (vorwiegend bei Mehr- und Zweifamilienhäusern und teilweise in kleineren Nichtwohngebäuden) werden noch mit Heizöl befeuert.

Bei den Heizungsanlagen im größeren Leistungsbereich (> 500 kW-10 MW, 19 Anlagen mit Heizöleinsatz, ein Viertel der großen Feuerungsanlagen) ist vor allem bei bestimmten Nichtwohngebäuden ein Handlungsbedarf.

### **Gleichbleibender Fernwärmeeinsatz**

Der Fernwärme-Absatz (aus dem städtischen Heizkraftwerk, nahezu vollständig in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt) ist seit 2001 nahezu konstant, obwohl die mit Fernwärme versorgten Wohn- und Nutzflächen vor allem im Röthelheimpark angestiegen sind. Eine wesentliche Steigerung der Fernwärme-Anschlussleistung und des Fernwärmeabsatzes kann zukünftig nur durch den Anschluss der gesamten Gebäude im Universitäts-Südgelände erreicht werden.

### **Zunahme der dezentralen fossile Kraft-Wärme-Kopplung(KWK)**

Seit Anfang 2000 ist der Anteil der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung deutlich angestiegen, er liegt jetzt bei rd. 1,5 % des gesamten Endenergieverbrauchs für Wärme. Auf Grund des Ausbaus von Nahwärmenetzen und des dezentralen KWK-Einsatzes wird sich der Anteil weiter erhöhen.

### **Kaum noch Kohle-Einsatz**

Mittlerweile hat sich der Kohle-Einsatz auf etwa 400 Wohnungen (im wesentlichen in Mehrfamilienhäusern) reduziert. Der Anteil des Einsatzes von Kohle/festen Brennstoffen in Mehrfamilienhäusern wird sich in den nächsten zwei Jahren auf Grund der GEWOBAU-Sanierungsmaßnahmen keine Bedeutung mehr haben.

### **Einsatz regenerativer Energien im Wärmesektor**

Der Einsatz regenerativer Energien im Bereich der Wärmeversorgung umfasst :

- Einsatz von Biomasse/Holz: Rd. 3 % des Endenergieverbrauchs im Wärmebereich werden durch den Brennstoff Holz abgedeckt. Eine weitere deutliche Steigerung ist eingeschränkt.
- mit Klär- und Biogas werden etwa 0,5 % des Wärmeverbrauchs abgedeckt.
- Seit 2002 steigt der Einsatz der Solarthermie kontinuierlich. Gegenwärtig sind über 1.500 Solarthermie-Anlagen im Einsatz. Hiernit werden gegenwärtig etwa 0,3 % des gesamten Wärmeverbrauchs abgedeckt.

## **1.4 Elektrizitätsversorgung**

### **Deutlicher Anstieg des Stromverbrauchs seit 2000**

Im Jahr 2009 wurden in Erlangen rd. 706.263.000 kWh (= 723.600 MWh, Transportmenge im Stromnetz in Erlangen) verbraucht.

Der Stromverbrauch ist seit 2000 um rd. 76.000.000 kWh/a, d. h. 12,1 % (1,34 %/Jahr) und seit 2004 um 4,3 % (0,85 %/Jahr) angestiegen. Dabei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Anstieg der Einwohnerzahl
- Deutlicher Anstieg der Erwerbstätigen um über 13 %
- Anstieg der Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich
- Zunahme der Geräteausstattung im Wohn- und Nichtwohngebäudebereich

Dieser Trend kann nur durch deutliche Effizienzsteigerungen bei der Stromanwendung insbesondere im Gewerbe und bei den öffentlichen Einrichtungen umgekehrt werden.

## Stromerzeugung durch erneuerbare Energien in Erlangen

Der Anteil der gemäß EEG in das Netz eingespeisten Strommengen am gesamten Erlanger Stromverbrauch lag 2009 bei 1,65 % (Solarstrom: 0,68 %, Wasserkraft 0,67 %, Biomasse 0,3 %). Die CO<sub>2</sub>-Reduktionen aus diesen Anlagen können nicht gutgeschrieben werden, da sie bereits im Rahmen des EEG im bundesdeutschen Strom-Mix enthalten sind.

2009 wurden 45 % des Klärwerk-Stromverbrauchs (rd. 0,45 % des Erlanger Stromverbrauchs) eigen erzeugt, welcher nahezu vollständig im Klärwerk verbraucht wurde (nicht ins Netz eingespeist). Diese CO<sub>2</sub>-Emissionen können gutgeschrieben werden.

## 1.5 Verkehr

Für 1990 war dem gesamten innerstädtischen Verkehr ein Endenergieverbrauch von rd. 621.000 MWh zuzuordnen. Obwohl die zurückgelegten Fahrten von 1990 bis 2005 um 12 % zugenommen haben, stieg der Endenergieverbrauch nur um rd. 5 %, da z. B. der spez. Kraftstoffverbrauch bei den Pkw um 10 % gesunken ist. Im Personen-Gesamtverkehr hatte der Umweltverbund 1990 einen Anteil von 40 %, 2005 nur noch einen Anteil von 38%. Beim Binnenverkehr lag 2005 der Umweltverbundsanteil bei über 60 %, beim Ziel- und Quellverkehr dagegen nur bei 14 %.

Unter der Annahme einer Gesamtverkehrs-Zunahme um 3 % und einer Steigerung des Umweltverbundanteils von 38 % auf 42 % (Umweltverbundanteil: Binnenverkehr auf 65 %, Ziel und Quellverkehr auf 20 %) wird sich bis 2025 der Endenergieverbrauch auf Grund verbesserter Kraftfahrzeugtechnik gegenüber heute um 17 % reduzieren.

## 1.6 Abfallentsorgung (Haus- und Gewerbemüll, Biomüll-Verwertung, Recycling)

Zur externen energetischen Verwertung des Haus- und Gewerbemülls liegen keine abgesicherten Daten vor. Dessen Verbrennung in Müll-Heizkraftwerken (Bamberg, Coburg) mit Fernwärmeanschluss ist ein Beitrag zur Energieeffizienz.

Durch eine langfristig abgesicherte energetische Biomüll-Verwertung kann ein wesentlicher Beitrag zur Energieeffizienz und zur CO<sub>2</sub>-Minderung geleistet werden.

Ebenso führt die Verwertung von Wertstoffen wie z. B. Altpapier, Altglas und Altmetalle zu erheblicher Energiesparung in den entsprechenden Industriebereichen.

Zur Verbrennung des Erlanger Klärschlammes in Kohlekraftwerken liegen weiterhin keine abgesicherten Daten vor. Dessen jetzige Verbrennung oder ein in der Vorplanung zu realisierendes Konzept in der Region zur energetischen Verwertung von Klärschlamm ist ebenso ein Beitrag zur Energieeffizienz.

## 1.7 Kohlendioxid-/CO<sub>2</sub>-Emissionen

Entwicklung der CO <sub>2</sub> -Emissionen in Erlangen			
	1991/1992	2004	2009
<b>Strom</b>	<b>404.000</b>	<b>405.000</b>	<b>422.300 (48 %)</b>
<b>Klärwerk Stromeigenerzeugung</b>	k. A.	- 3.600	- 3.000
<b>Fernwärme</b>	105.562	86.314	31.682
<b>Erdgas</b>	85.000	125.500	111.700
<b>Heizöl</b>	192.000	121.500	118.500
<b>Kohle</b>	19.000	3.000	1.500
<b>Fossile KWK (dezentral)</b>	rd. 0	- 1.700	- 3.500
<b>Biomasse/Wärme</b>	k. A.	350	700
<b>Wärme gesamt</b>	<b>401.500</b>	<b>335.000</b>	<b>261.000 (29,7 %)</b>
<b>Verkehr</b>	<b>206.100</b>	<b>195.200</b>	<b>195.200 (22,3 %)</b>
<b>Gesamt</b>	<b>rd. 1.012.000</b>	<b>rd. 931.500 (- 8 %)</b>	<b>rd. 875.500 (100%) (- 13,5 %)</b>

Die indirekten Strom-CO<sub>2</sub>-Emissionen haben mit 48 % den größten Anteil an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen (s. a. Primärenergie-Abschätzung). Der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Wärmesektor liegt bei rd. 30%, wobei der Fernwärme-Anteil nur noch bei 3,5 % liegt. Der Verkehr hat einen Anteil von über 20 %. Seit 1990 ist ein Rückgang der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen um rd. 13,5 % zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Substitution von Heizöl durch Erdgas und auf den deutlichen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich der Fernwärme (Substitution des Stroms von fossilen Kohlekraftwerken) zurückzuführen. Seit 2004 ist ein Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Erdgasbereich festzustellen. Weiterhin führt der steigende Anteil der KWK zu bemerkbaren CO<sub>2</sub>-Minderungen.

### Aktionsprogramm zur Energieeffizienz 2008

Gegenüber 1990 wird gemäß Aktionsprogramm eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2025 um über 20 % angestrebt. Hierfür gelten folgende Maßnahmen und Randbedingungen:

- Deutliche Steigerung der Effizienz im Strombereich; Änderungen beim bundesdeutschen Kraftwerksmix.
- Weitere umfassende Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich und Umstellung von Heizöl auf Erdgas bzw. Fernwärme
- Umstellung der Wärmeversorgung Universität-Süd auf Fernwärme(jetzt Heizwerk mit Erdgas)
- Alternativen bei der Feuerungsanlage „SIEMENS-Standort Frauenauracher Str.“
- weitere Minderung des spez. Kfz-Kraftstoffverbrauchs und Steigerung des Umweltverbund-Anteils

## 2 Kommunale Basisdaten

### 2.1 Bevölkerung

1991 umfasste die Erlanger Wohnbevölkerung 102.440 Einwohner. Nachdem die Wohnbevölkerung 1997 auf 100.330 Einwohner gesunken war, ist diese bis Ende 2009 auf über 105.500 Einwohner (**31.12.2009: 105.529 Einwohner**) angestiegen. In einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose wird von der Statistik/Erlangen in einer mittleren Variante von einem Bevölkerungszuwachs bis **2023 auf rd. 110.000 Einwohner** ausgegangen.

### 2.2 Wirtschaft

Erlangen hatte im Sept. 2009 **80.624 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte**, wovon sich rd. 60 % den Dienstleistungen und dem Handel/Verkehr und 40 % dem produzierenden Gewerbe zuzuordnen lassen. 1991 waren es in Erlangen 72.065 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die sich bis 1996 erheblich auf 68.600 verringerten und dann seit 2000 deutlich anstiegen. Insgesamt waren es 1991 in Erlangen 83.800 **Erwerbstätige**, die nach einer Verringerung auf 79.100 (1996) bis **2009 auf 95.500** angestiegen sind. Allein seit 2000 (Stand 83.700 wie 1991) stieg die Erwerbstätigenzahl um über 13 % an.

### 2.3 Verkehr

Zum Personenverkehr liegen Basisdaten zu Verkehrsentwicklungsplanung von 1990 – 2005 vor. Demnach stieg der **Gesamtverkehr 1990 – 2005 von 527.316 auf 590.395 Fahrten und Wege pro Tag um 12 % an**. Insbesondere der Durchgangsverkehr zeigt die höchsten Zuwachsraten auf, während der grenzüberschreitende Verkehr (Ziel- und Quellverkehr) und der Verkehr innerhalb des Stadtgebiets (Binnen-Verkehr) nur leicht wächst. Gegenüber 1990 hat der Anteil des **Umweltverbands im Gesamtverkehr leicht von 40 % auf 38 % abgenommen**. Der Umweltverbundanteil im Ziel- und Quellverkehr hält sich seit 1990 auf einem niedrigen Niveau von 15 % (2005). Der Umweltverbundanteil blieb im Binnenverkehr seit 1990 auf einem hohen Niveau von über 60 % (2005: 60,7 %). Bemerkenswert ist die **Zunahme des Radverkehrsanteils von 27 % (1990) auf 30,1 % im Binnenverkehr**.



## 2.4 Gebäudebestand und Entwicklung der Nutzflächen

### 2.4.1 Wohngebäude

Auf Grund der Gebäude- und Wohnungszählung betrug 1987 die gesamte Wohnfläche (in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden ohne Wohnheime) rd. 3.540.900 m<sup>2</sup> (Bayer. Landesamt für Statistik). 31.12.2009 hatte der gesamte Wohnungsbestand (in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden ohne Wohnheime) eine Wohnfläche von 4.304.200 m<sup>2</sup> (davon sind rd. 66.000 m<sup>2</sup> Wohnfläche den Wohnungen in Nichtwohngebäuden zuzurechnen, Hinzu kommen noch 208.500 m<sup>2</sup> Wohnfläche von Wohneinheiten in Wohnheimen). Dies hatte von 1990 bis 2009 einen Wohnflächenzuwachs (Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden ohne Wohnheime) von rd. 685.000 m<sup>2</sup> (+ 19,4 %) zur Folge. Seit 2000 stieg die Wohnfläche um 0,73 %/Jahr an. 42 % der Wohnfläche entfallen auf rd. 13.000 (Stand 2009) Ein- und Zweifamilienhäuser (Wohngebäude), von denen 81 % vor 1987 erbaut wurden. Bei einer Zunahme der Einwohner auf 110.000 Einwohner bis 2023 würde sich die Wohnfläche nochmals um rd. 200.000 m<sup>2</sup> erhöhen.



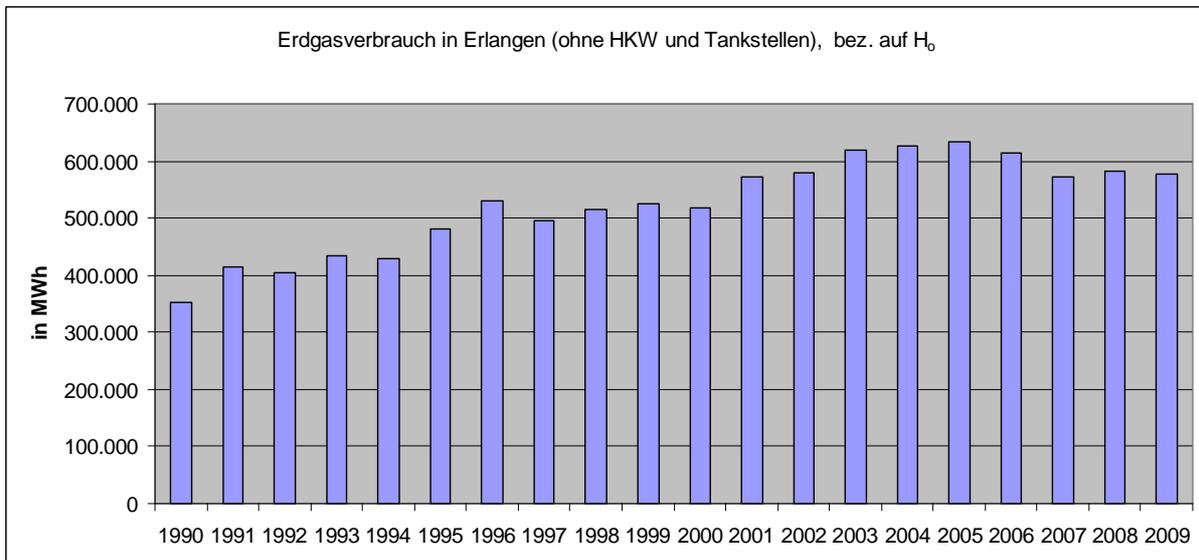
### 2.4.2 Nichtwohngebäude

1991 betrug die gesamte Nutzfläche im Nichtwohngebäudebereich etwa 2.400.000 m<sup>2</sup>. im Bereich der Nichtwohngebäude sind von 1992 – 2003 Gebäude mit Flächen von etwa 450.000 m<sup>2</sup> erstellt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gleichzeitig eine wesentliche Flächenverringerung im Bestand erfolgte. Von 2004 bis 2009 ergab sich ein weiterer Flächenzuwachs durch Neubauten von rd. 323.000 m<sup>2</sup> (46.000 m<sup>2</sup>/a).



### 3 Heizenergie-/Wärmeversorgung

#### 3.1 Erdgas



**Abb.1:** gesamtes Erdgasnetz (Endverbraucher incl. dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärme-Heizzentralen, ohne städtisches Heizkraftwerk und Erdgastankstellen), bezogen auf den oberen Heizwert (Endverbrauch ab 2005 = vom Netz ausgespeiste Abgabe minus HKW-Abgabe minus Tankstellenabgabe).

Der gesamte Erdgasverbrauch hat sich seit 1991 um über 50 % erhöht, bedingt durch den Verbrauch in Neubaugebieten und auf der anderen Seite durch die Umstellung bestehender Heizungen. Seit 2005 ist ein leichter Rückgang des Erdgaseinsatzes festzustellen.

Das Erdgasnetz umfasst alle Stadtteile außer Sieglitzhof (Fernwärme), Röthelheimpark (Fernwärme), Eltersdorf, Hüttendorf, Neuses, Häusling, Steudach und Kosbach.



Nahwärmezentrale der Erlanger Stadtwerke (EStW)

	<b>Erdgasverbrauch,</b> bez. auf H <sub>o</sub> incl. KWK und Nahwärme	<b>Erdgasverbrauch</b> incl. EStW-Heizzentralen und KWK, bez. auf H <sub>u</sub>	<b>Erdgasverbrauch</b> incl. Nahw. ohne KWK, bez. auf H <sub>u</sub>
<b>1991/92</b>	413.377	372.700	372.700
<b>1997</b>	496.579	447.608	447.608
<b>2004</b>	626.600	565.000	550.000
<b>2009</b>	576.048	518.500	490.000

**Tab. 1 :** Erdgasverbrauch für vier Bezugsjahre

Beim Gesamtverbrauch für 2004 und 2009 wird der abgeschätzte Verbrauch für die dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen herausgerechnet, um eine Doppelzählung zu vermeiden.

### 3.2 Heizöl

Die Heizung mit Heizöl stellt grundsätzlich einen auf kommunaler Ebene datenmäßig schwer zu erfassenden Teil des Wärmemarktes dar. Die Angaben beruhen auf Abschätzungen. Diese nicht zu vermeidende Ungenauigkeiten bei den Abschätzungen sind zu beachten.

#### Deutliche Abnahme des Heizölverbrauchs

	<b>1991 - 1997</b>	<b>1991 - 2004</b>	<b>1991 - 2009</b>
<b>1991/92</b>	<b>rd. 600.000</b>	<b>rd. 600.000</b>	<b>rd. 600.000</b>
Zunahme durch Flächenzuwachs	rd. 15.000	rd. 20.000	rd. 21.000
Abnahme durch Heizungsumstellung	- rd. 40.000	- rd. 140.000.	- rd. 145.000
Reduzierung durch Verringerung des spez. Verbrauchs im Bereich Wohnen	- 50.000	- 75.000	- 75.000
Reduzierung im Bereich Nichtwohngebäude	- rd. 5.000	- rd. 25.000	- rd. 30.000
<b>1997</b>	<b>rd. 520.000</b>		
<b>2004</b>		<b>rd. 380.000</b>	
<b>2009</b>			<b>rd. 370.000</b>

**Tab. 2:** Entwicklung des Heizölverbrauchs (in MWh)

Der Heizöleinsatz ist in Erlangen deutlich um etwa 40 % seit 1991/1992 deutlich zurückgegangen.

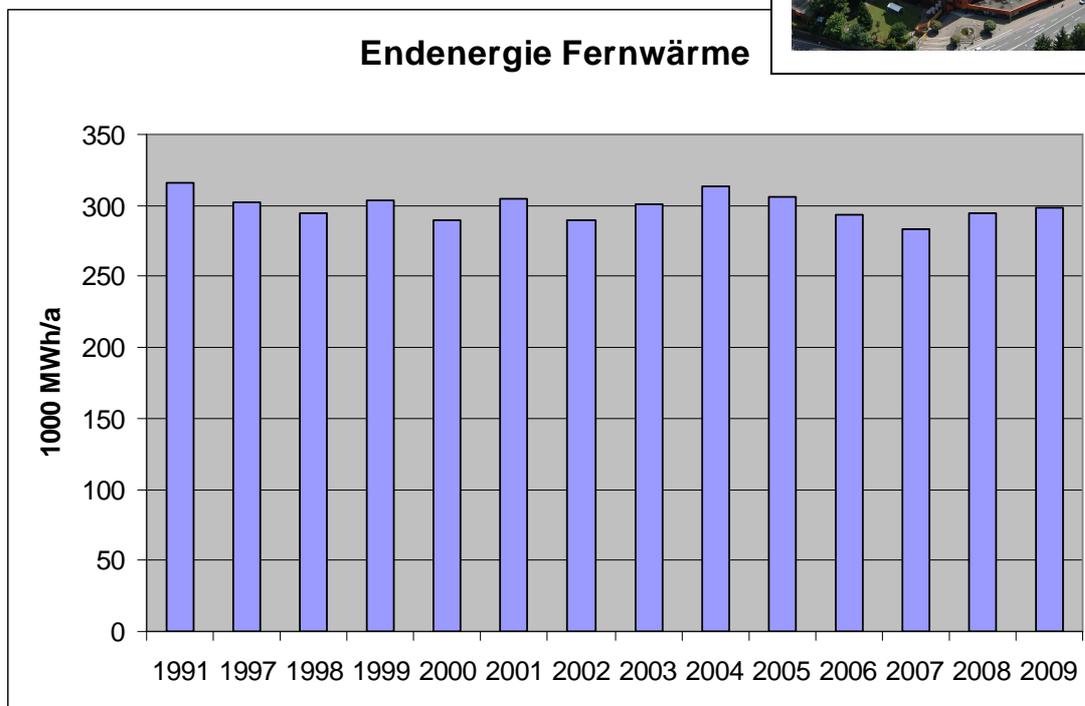
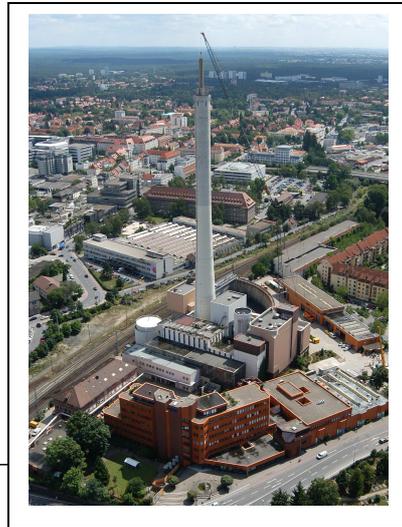
Der größte Teil des Heizöleinsatzes ist in Erlangen dem Wohnbereich zuzurechnen. So werden im Heizungs-Leistungsbereich von 4 - 25 kW (vorwiegend Einfamilienhäuser) noch rd. 45 % der Feuerungsanlagen auf der Basis von Heizöl betrieben. Fast 6.200 Heizungsanlagen werden im Leistungsbereich von 15/25 – 500 kW (vorwiegend bei Mehr- und Zweifamilienhäusern und teilweise in kleineren Nichtwohngebäuden) betrieben, wobei über 60 % der Anlagen mit Heizöl befeuert werden. Im größeren Leistungsbereich von >500 kW -10 MW sind nur noch 19 Heizöl-Feuerungsanlagen (ein Viertel der großen Feuerungsanlagen) in unterschiedlicher Weise vorwiegend im Nichtwohngebäudebereich im Einsatz.

### 3.3 Fernwärme

In nachfolgender Abbildung ist die Entwicklung des Fernwärmeverbrauchs (direkte Abgabe an die Endabnehmer) in Erlangen dargestellt. Die Fernwärme wird nahezu vollständig im Heizkraftwerk (Kraft-Wärme-Kopplung) der Erlanger Stadtwerke erzeugt. Die Netzverluste liegen für die Fernwärmeverteilung bei 6 – 7 %.

Das Fernwärmenetz umfasst die Stadtteile

- Sieglitzhof und Röthelheimpark
- Bruck/Schönfeld, teilw. Bachfeld
- Forschungszentrum
- Rathenau
- Altstadt, Markgrafentadt und Rathausplatz
- und Sebaldu.



**Abb. 2 :** Jährliche Fernwärmeabgabe der *EStW* an die Endabnehmer  
(1.000 MWh = 1.000.000 kWh)

1991 wurden rd. 315.000 MWh Fernwärme direkt an die Endkunden zur Heizenergieversorgung abgegeben. Mitte der 90er Jahre reduzierte sich dieser Wert, der jedoch nur noch in geringem Maß auf rd. **fast 300.000 MWh** angestiegen ist. **Der Fernwärme-Absatz ist seit 2001 nahezu konstant**, obwohl die mit Fernwärme versorgten Wohn- und Nutzflächen vor allem im Röthelheimpark angestiegen sind. So stieg allein im Nichtwohngebäudebereich die Nutzfläche der mit Fernwärme versorgten Nichtwohngebäude seit 2003 um über 200.000 m<sup>2</sup> an. Im Wohnbereich

**Die Nettostromerzeugung im HKW hat sich seit 2006 gegenüber 2004 durch die GuD-Anlage verdoppelt. Der Anteil der Nettostromerzeugung am gesamten Erlanger Stromverbrauch lag 2009 bei 22 %.** Eine wesentliche Steigerung der Fernwärme-Anschlussleistung und des Fernwärmeabsatzes kann nur durch den Anschluss der gesamten Gebäude des Universitäts-Südgeländes erreicht werden.

### 3.4 Nahwärme aus dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung

#### 3.4.1 Dezentrale fossile Kraft-Wärme-Kopplung

In Erlangen existiert eine Vielzahl von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, welche primär mit Erdgas betrieben werden. Ende 2009 lag die gesamte thermische Leistung bei rd. 3.900 kW

	Erdgas	Flüssiggas	Heizöl	Gesamt
<b>1997</b>	167,5	--	--	<b>167,5</b>
<b>2004</b>	1.627	12,5	58	<b>1.697,5</b>
<b>2007</b>	2.539,1	12,5	104,5	<b>2.656</b>
<b>2009</b>	rd. 3.886	41,5	117	<b>4.045</b>

Tab. 3: Wärmeleistung in kW der dezentralen fossilen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Erlangen

Unter der Annahme von 5.000 Betriebsstunden werden somit an Wärme **20.200 MWh/Jahr** erzeugt. Dies entspricht rd. 1,65 % des gesamten Wärmeverbrauchs.



#### 3.4.2 Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis regenerativer Energien

##### 3.4.2.1 Klärgas-Einsatz im Klärwerk

Zum Verbrauch thermischer Energie auf der Basis von Klärgas liegen keine abgesicherten Daten vor. Im Klärwerk wurden 2009 rd. 1.480.000 m<sup>3</sup> an Klärgas für die Kraft-Wärme-Kopplungsanlage eingesetzt. Bei einem Heizwert von 6,5 kWh/m<sup>3</sup> sind dies rd. 9.620.000 kWh/Jahr. Unter Berücksichtigung des 2009 dabei erzeugten Stroms von 3.320.000 kWh/Jahr ergibt sich bei einem Verhältnis von Wärme zu Strom von 1,64 eine Wärmeerzeugung von etwa **5.400 MWh/Jahr**.

##### 3.4.2.2 Biogas-Anlagen und Pflanzenöle

Es werden gegenwärtig in dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis regenerativer Energien rd. **700 MWh** im Jahr erzeugt.

	Pflanzenöl	Biogas
<b>1997</b>	29,0	--
<b>2004</b>	29,0	--
<b>2009</b>	41,5	101

Tab. 4: Wärmeleistung in kW der dezentralen Kraft-Wärmekopplungsanlagen auf der Basis regenerativer Energien in Erlangen

### 3.5 Feste Brennstoffe: Kohle- und Holznutzung

In Tab. 5 ist der Endenergieeinsatz für die festen Brennstoffe dargestellt.

	Wohngebäude/ Kohle	Wohn- gebäude/ Holz	Wohngebäude Gesamte feste Brennstoffe	Nichtwohn- gebäude/ Kohle	Nichtwohn- gebäude/ Holz
<b>1990/1991</b>	43.000	k. A.	43.000	10.300	k. A.
<b>1997</b>	k. A.	k. A.	k. A.	0	k. A.
<b>2004</b>	ca. 8.000	ca.	k. A.	0	k. A.
<b>2009</b>	ca.4.000	ca. 16.000	20.000	0	ca. 20.000

Tab. 5: Endenergieverbrauch für die festen Brennstoffe in MWh/a

#### 3.5.1 Kohlenutzung

Im Jahr 1987 waren rd. 6 % der Wohnungen mit festen Brennstoffen beheizt, davon primär mit Kohle. Mittlerweile hat sich der Anteil auf etwa 400 Wohnungen (im wesentlichen in Mehrfamilienhäusern) verringert. **Hierfür werden etwa 4.000 MWh an Endenergie benötigt.** Der Anteil des Einsatzes von Kohle/festen Brennstoffen in Mehrfamilienhäusern wird sich in den nächsten Jahren auf Grund der GEWOBAU-Sanierungs-Maßnahmen weiter verringern.

#### 3.5.2 Energetische Nutzung von Holz

Für das Jahr 2009 wurde im Auftrag des Amtes für Umweltschutz und Energiefragen eine Erhebung zu den Feuerungsanlagen gemacht. In diesem Zusammenhang liegen auch Ergebnisse für feste Brennstoffe, bzw. Holzfeuerungsanlagen vor, die in Tab. dargestellt sind

	Leistung	Anzahl	Geschätzter End- energieverbrauch kWh/a
<b>Kamin- und Kachel- öfen</b> (Einzelraumfeuerungen, Zusatzfeuerungen primär in Ein- und Zweifamilien- häusern)	Leistung < 15 kW	rd. <b>3.200</b>	8.000.000
<b>Pelletöfen</b> (Einzelraumfeuerung)	Leistung < 15 kW	17	200.000
<b>Feststoffheizkessel</b> (Stückholz, Pellet)	Leistung < 15 kW	124	2.800.000
<b>Feststoffheizkessel</b> (Stückholz, Pellet)	>15-50 kW	172	6.500.000
<b>Feststoffheizkessel</b> (Stückholz, Pellet)	>50-150 kW	10	1.000.000
<b>Feststoffheizkessel</b> (Stückholz, Pellet)	>150-500 kW	5	1.500.000
<b>Summe</b>	--	--	rd. <b>20.000.000</b>
<b>Biomasseheizwerk Klinikum am Europa- kanal</b>	4 MW	1	16.000.000
<b>Gesamt</b>	--	--	<b>36.000.000</b>

Tab. 6: Holzfeuerungsanlagen in Erlangen mit abgeschätztem Endenergieverbrauch 2009

**Rd. 3 % des Endenergieverbrauchs im Wärmebereich werden durch den Brennstoff Holz abgedeckt.**

### 3.6 Solarthermie

Im Stadtgebiet waren Ende 2009 etwa 1.500 Solarthermie-Anlagen mit einer Brutto-Kollektorfläche von nahezu 9.000 m<sup>2</sup> vorwiegend zur Warm-Wasserbereitung bei Ein- und Zweifamilienhäusern installiert. Rd. 11, 5 % aller Ein- und Zweifamilienhäuser sind in Erlangen mit Solarthermie-Anlagen ausgestattet.

Damit werden jährlich ca. 3.800.000 kWh an Wärme (pro Anlage durchschnittlich 2.500 kWh/a) erzeugt (entspricht 0,5 % des Wärmeverbrauchs im Wohnungsbestand in Erlangen und 0,3 % im gesamten Gebäudebestand). Gegenwärtig werden rd. 150 Kollektoren im Jahr installiert.

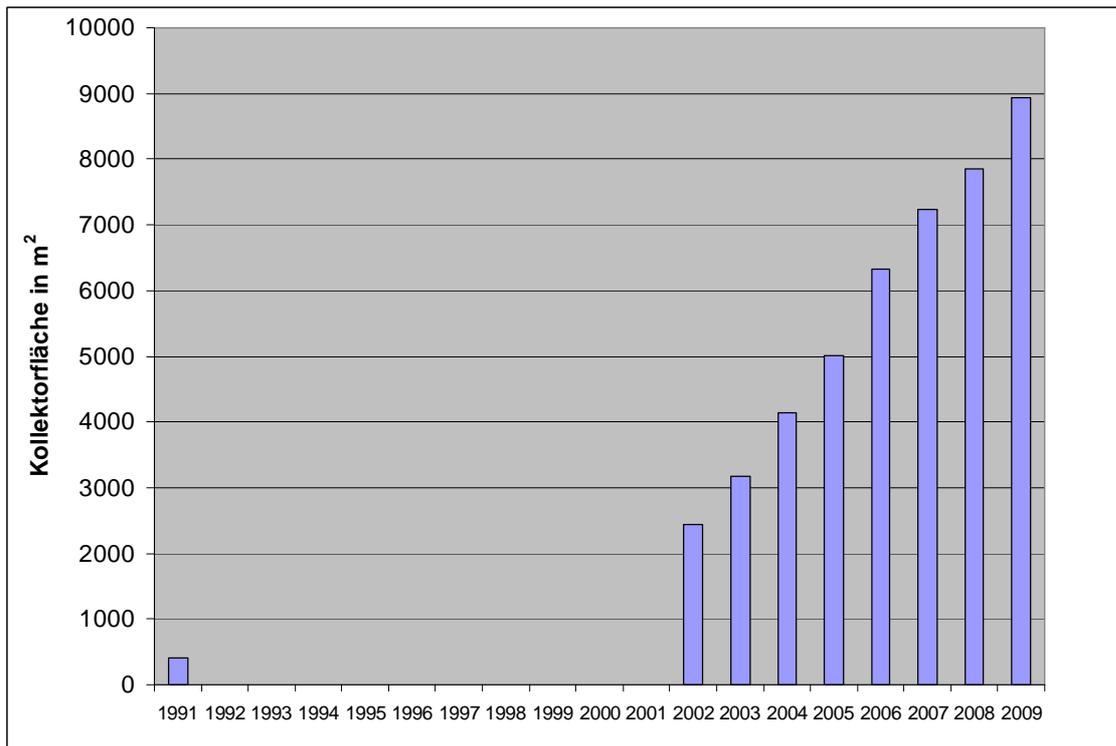


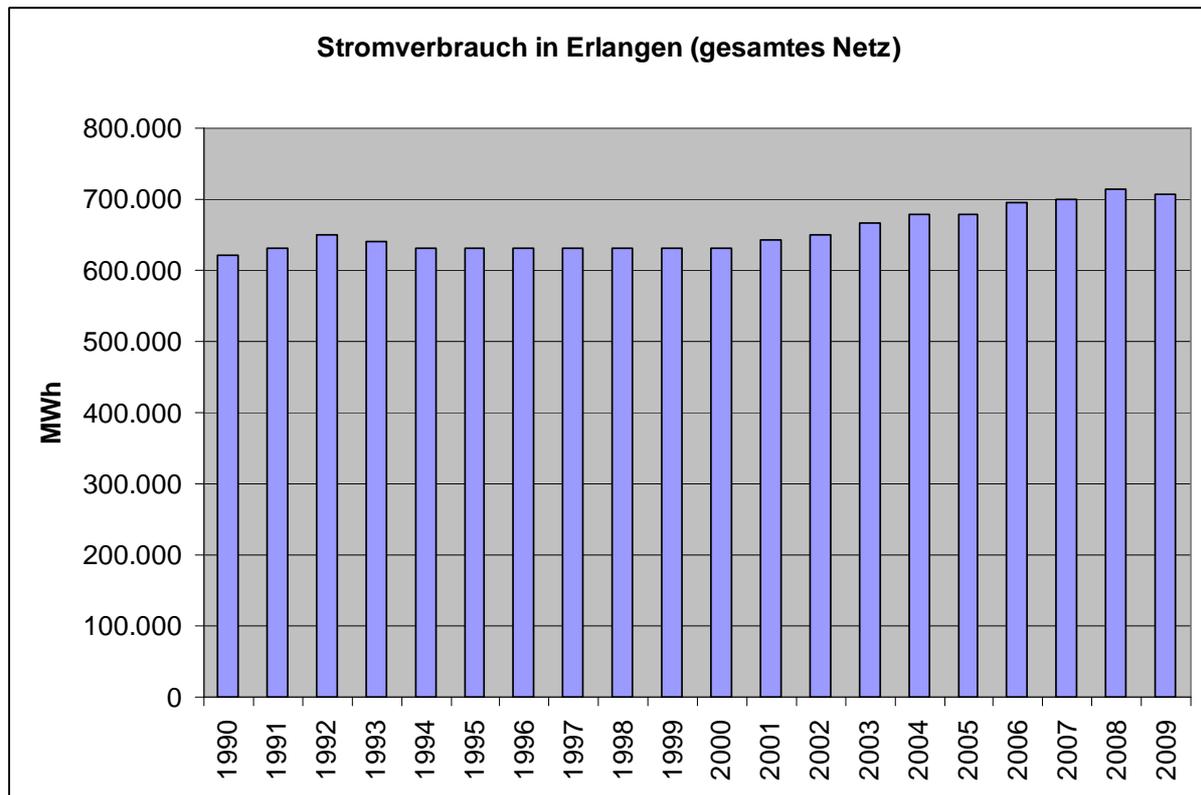
Abb. 3: Entwicklung der (Brutto-)Solarkollektorfläche in Erlangen



## 4 Elektrizität

### 4.1 Elektrizität - Netz

Im Jahr 2009 wurden in Erlangen rd. **706.263.000 kWh** (= 723.600 MWh, Transportmenge im Stromnetz in Erlangen) verbraucht. Die Erlanger Stadtwerke setzten dabei 2009 594.172.000 kWh ab. Darin ist nicht der Strom (etwa 10.000 MWh) enthalten, der von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugt und direkt vom Betreiber genutzt wird.



**Abb. 4:** Entwicklung des Stromverbrauchs (Netztransport in Erlangen) in Erlangen (Angaben der EStW, und für Jahre vor 2000 Angaben früherer Versorger) incl. Strom für Heizung, elektrische Warmwasserbereitung und Wärmepumpen.

Der Stromverbrauch ist seit 2000 um rd. 76.000.000 kWh/a, d. h. 12,1 % (1,34 %/Jahr) und seit 2004 um 4,3 % (0,85 %/Jahr) angestiegen. Dabei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Anstieg der Einwohnerzahl
- Deutlicher Anstieg der Erwerbstätigen um über 13 %
- Anstieg der Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich
- Zunahme der Geräteausstattung im Wohn- und Nichtwohngebäudebereich

Die Erlanger Stadtwerke vertreiben 594.172.000 kWh/a (2009). Die Tarifkunden der Erlanger Stadtwerke haben dabei einen Anteil mit 224.387.000 kWh von rd. einem Drittel am Gesamt-Stromverbrauch. Für Raumwärme im Wohnungsbereich werden bei fast 2.473 Anschlüssen zusätzlich 20,2 Mio kWh/a verbraucht. Für die 263 Wärmepumpen (Strom der EStW) ergibt sich ein Stromverbrauch von 2,16 Mio. kWh. Zum Stromverbrauch für die Warmwasserbereitung liegen keine Daten vor.

Den größten Anteil mit etwa 65 % am gesamten Stromverbrauch haben die Sonderkunden, wie z. B. SIEMENS, Universität und Kliniken.

## 4.2 Stromerzeugung durch erneuerbare Energien in Erlangen

### 4.2.1 Stromeinspeisung in das Netz gemäß EEG

In nachfolgender Tabelle sind die Strommengen dargestellt, welche aus erneuerbaren Energien (gemäß EEG) in das öffentliche Netz in den letzten Jahren in Erlangen eingespeist wurden.

Energieträger	2006	2007	2008	2009
<b>Wasserkraft</b>	4.975.541	4.733.082	5.203.832	4.696.759
<b>Klärgas (Kläranlage Erlangen)</b>	4.294.125	1.083.319	29.470	13.380
<b>Biomasse (landwirtschaftl. Biomasse/Biogas)</b>	167.840	470.603	686.133	2.106.986
<b>Solare Strahlungs- energie (PV-Anlagen)</b>	1.916.841	2.478.912	3.944.253	4.803.578
<b>Summe</b>	<b>11.354.347</b>	<b>8.765.916</b>	<b>9.863.688</b>	<b>11.620.703</b>

**Tab. 7:** Eingespeiste Strommengen (Endenergie) aus erneuerbaren Energien in Erlangen, in kWh/Jahr

Der Anteil der gemäß EEG eingespeisten Strommengen am gesamten Erlanger Stromverbrauch lag 2009 bei 1,65 % (Solarstrom: 0,68 %, Wasserkraft 0,67 %, Biomasse 0,3 %). Die CO<sub>2</sub>-Reduktionen aus diesen Anlagen können nicht gutgeschrieben werden, da sie bereits im Rahmen des EEG im bundesdeutschen Strom-Mix enthalten sind.

### 4.2.2 Stromerzeugung und -nutzung im Klärwerk der Stadt Erlangen

Im Klärwerk der Stadt Erlangen wird auf der Basis von Klärgas Strom erzeugt:

- 2002 bis 2009: 3.074.000 kWh/a bis 4.357.000 kWh/a
- Im Jahr 2009 wurden 45 % des Stromverbrauchs (**rd. 3.320.047 kWh/Jahr, rd. 0,45 % des Erlanger Stromverbrauchs**) im Klärwerk eigen erzeugt, welcher nahezu vollständig im Klärwerk verbraucht wurde (nicht mehr ins Netz eingespeist).

Auf Grund der Verwendung des eigen erzeugten Stroms im Klärwerk kann hierfür mit einer Stromgutschrift gerechnet werden (Substitution von Mittellast-Kraftwerken für den sonst benötigten Strom).

Zur externen energetischen Nutzung des Klärschlammes (Klärschlamm-Verbrennung in Kohlekraftwerken) liegen keine detaillierten Daten vor.

### 4.2.3 Anteil der Stromerzeugung in Erlangen durch erneuerbare Energien

Unter Hinzunahme des im Klärwerk eigen erzeugten Stroms ergibt sich ein Anteil des durch erneuerbare Energien erzeugten Stroms in Erlangen am Gesamtverbrauch von fast 2 %.

#### 4.2.4 Stromerzeugung durch Photovoltaik-Anlagen in Erlangen (Solarstrom)

Nahezu der gesamte in Erlangen erzeugte Solarstrom wird in das öffentliche Netz eingespeist. 2009 lag die Gesamt-Anschlussleistung der PV-Anlagen bei rd. **5.772,40 kW<sub>peak</sub>** und Mitte 2010 bei rd. **8 MW<sub>peak</sub> (8.019 kW<sub>peak</sub>)**. Im Jahr **2009 wurden 4.803.578 kWh** in das Netz eingespeist (rd. **0,67 % des in Erlangen verbrauchten Stroms**).

In nachfolgender Abbildung ist die Entwicklung der Photovoltaik-Leistung in Erlangen dargestellt.

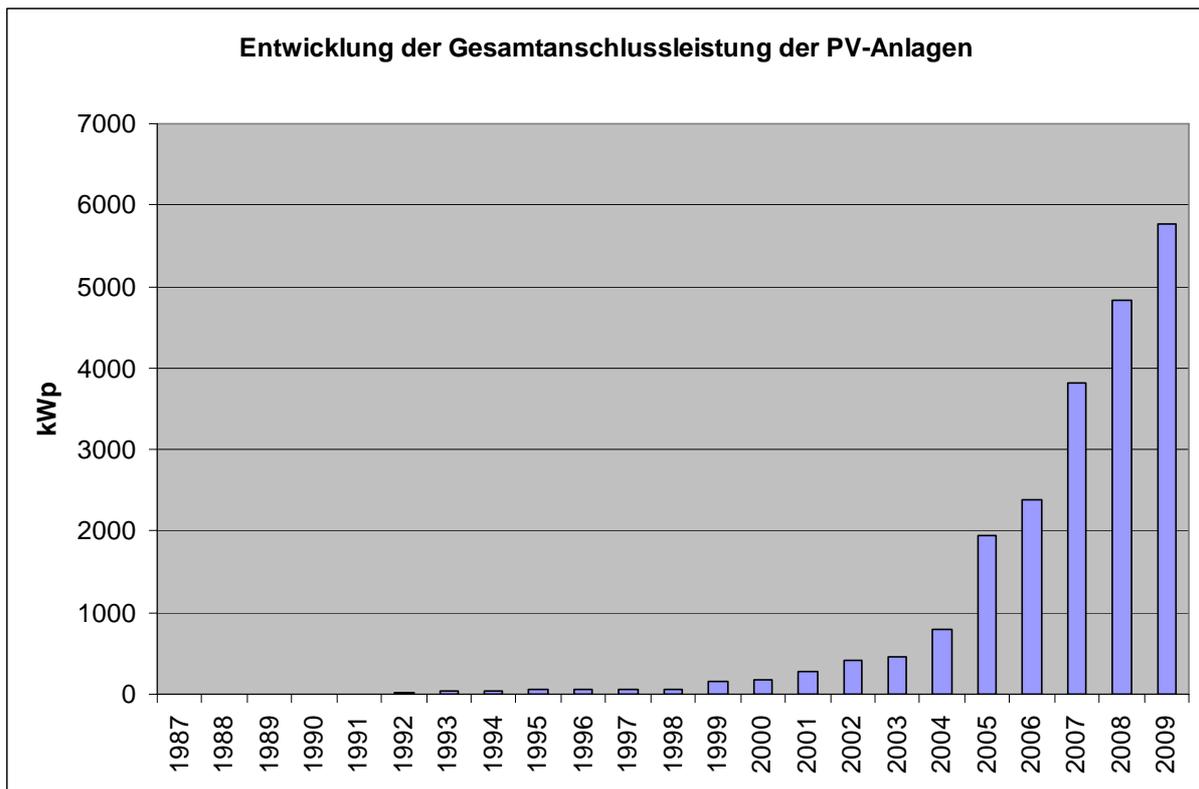


Abb. 5: Entwicklung der Photovoltaik-Leistung in Erlangen



## 4.3 Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung aus fossilen Energieträgern

### 4.3.1 Stromerzeugung durch das Heizkraftwerk der Erlanger Stadtwerke

Seit dem Jahr 2005 hat sich die Stromerzeugung im Heizkraftwerk der Erlanger Stadtwerke durch den Einsatz der GuD-Anlage verdoppelt. Im Jahr 2009 lag die Netto-Stromerzeugung bei rd. 153.000.000 kWh, rd. 21,5 % des Erlanger Stromverbrauchs.

Der im Heizkraftwerk erzeugte Strom wird der Fernwärme über eine Strom-Gutschrift zugerechnet.

### 4.3.2 Stromerzeugung aus dezentraler fossiler Kraft-Wärme-Kopplung

Die installierte Leistung hat sich in den letzten Jahren deutlich gesteigert. Gegenwärtig liegt deren elektrische Leistung bei rd. 2.400 kW.

	Erdgas	Flüssiggas	Heizöl	Gesamt
<b>1997</b>	95,5	--	--	95,5
<b>2004</b>	1.027,5	5,5	80,6	1.113,1
<b>2007</b>	1.387,9	5,5	104,1	1.497,5
<b>2009</b>	2.277,5	18,5	109,6	<b>2.405,6</b>

Tab. 8: Elektrische Leistung dezentraler KWK-Anlagen (in kW)

Damit wird jährlich unter Annahme einer durchschnittlichen Laufzeit von 5.000 h eine Strommenge von 12.000.000 kWh erzeugt, welcher größtenteils beim Eigenerzeuger verwendet wird.

Für diesen Strom werden keine CO<sub>2</sub>-Emissionen angerechnet, da eine Stromgutschrift der verwendeten Wärme zugerechnet wird.



## 5 Gesamt-Endenergie-Bilanz für den Energiebereich

Die **Wärmeversorgung (ohne Strom)** umfasst die fossilen und die regenerativen Energieträger. Seit 1991 ist ein leichter Rückgang von etwa 6,5 % im gesamten Bereich der Wärmeversorgung festzustellen, obwohl seit 1990 die Wohnflächen (um über 20 %) und die Nutzflächen im Nichtwohngebäudebereich (z. B. seit 2004 über 300.000 m<sup>2</sup> Neubau) angestiegen sind.

In nachfolgender Tabelle ist der Beitrag der einzelnen Energieträger (in MWh) dargestellt. Der Anteil von Erdgas liegt über 40 % und der von Fernwärme bei fast 25 %. Der Anteil der dezentralen fossilen Kraft-Wärme-Kopplung liegt jetzt bei rd. 1,5 %. Der Anteil der regenerativen Energien liegt jetzt bei fast 4 % (vorwiegend Biomasse und Klärgas).

<b>Endenergie-Bilanz für den Energie-Sektor</b>				
	<b>1991/92</b>	<b>1996/97</b>	<b>2004</b>	<b>2009</b>
<b>Strom</b> (incl. Heizstrom und Strom für WP) Bezug vom Netz	<b>632.000</b>	<b>630.000</b>	<b>677.454</b>	<b>706.263</b>
<b>Erdgas</b> (ohne Erdgas für KWK und HKW und Erdgastankstelle), bez. auf H <sub>u</sub>	372.700	447.608	550.000	490.000
<b>Fernwärme</b>	316.000	302.000	313.000	298.643
<b>Wärme aus fossiler dezentraler KWK</b>	0	850	8.500	17.000
<b>Heizöl</b>	600.000	520.000	380.000	370.000
<b>Kohle</b>	rd. 50.000	ca. 30.000	ca. 8.000	ca. 4.000
<b>Solarthermie</b>	k. A.	k. A.	ca. 2.000	ca. 3.800
<b>Biomasse (Holz)</b>	k. A.	k. A.	ca. 17.000	ca. 36.000
<b>Wärme aus regenerativer KWK</b>	--	--	--	ca. 700
<b>Wärmeerzeugung aus Klärgas</b>	k. A.	k. A.	4.000 – 5.000	ca. 5.400
<b>Regenerative Wärme, gesamt</b>	k. A.	k. A.	ca. 23.500	rd. 46.000
<b>Endenergie für Wärme (ohne Heizstrom)</b>	<b>rd. 1.340.000</b>	<b>rd. 1.300.000</b>	<b>rd. 1.283.000</b>	<b>rd. 1.226.000</b>

Tab. 9: Endenergie-Bilanz für den gesamten Energiebereich (in MWh)

## 6 Verkehr

Grundlage für die Berechnungen sind die Angaben zu Fahrten und Wegen aus der Verkehrsentwicklungsplanung der Stadt Erlangen, Fortschreibung Jahr 2005. Nicht einbezogen in die Berechnungen wird der gesamte Durchgangsverkehr. Weiterhin werden CO<sub>2</sub>-Emissionsfaktoren und spez. Energiekennwerte für den innerstädtischen Verkehr des IFEU (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH), April 2008, für die Berechnungen verwendet.

Für 1990 war dem gesamten innerstädtischen Verkehr ein Endenergieverbrauch von rd. 621.000 MWh zuzuordnen. Dieser Verkehr umfasst die gesamten innerstädtischen Personenfahrten (Pkw, Bus und Regionalbahn), sowohl Binnenverkehr als auch Ziel- und Quellverkehr, und den innerstädtischen LkW-Verkehr.

Obwohl die zurückgelegten Fahrten von 1990 bis 2005 um 12 % zugenommen haben, stieg der Endenergieverbrauch nur um

rd. 5 %, da z. B. der spez. Kraftstoffverbrauch bei den Pkws um 10 % gesunken ist. Im Personen-Gesamtverkehr hatte der Umweltverbund 1990 einen Anteil von 40 %, 2005 nur noch einen Anteil von 38%. **Beim Binnenverkehr lag 2005 der Umweltverbundsanteil bei über 60 %, beim Ziel- und Quellverkehr dagegen nur bei 14 %.**

**Unter der Annahme einer Gesamtverkehrs-Zunahme um 3 % bis 2025 und einer Steigerung des Umweltverbundanteils von 38 % auf 42 % (Umweltverbundanteil: Binnenverkehr auf 65 %, Ziel und Quellverkehr auf 20 %) wird sich der Endenergieverbrauch auf Grund verbesserter Kraftfahrzeugtechnik gegenüber heute um nochmals 17 % reduzieren.**

	1990	2005	2025
	MWh	MWh	MWh
<b>Pkw</b>	469.147	488.498	379.979
<b>Lkw</b>	120.102	125.504	120.035
<b>Bus</b>	16.739	20.600	22.055
<b>Bahn</b>	14.863	15.350	15.756
<b>Gesamt</b>	<b>621.000</b>	<b>650.000</b>	<b>538.000</b>

Tab. 10: Endenergieverbrauch im Verkehr in Erlangen (in MWh)



## 7 Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Bilanz

### 7.1 Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Energiebereich

	1991/1992	1997	2004	2009
Stromverbrauch	404.000	408.000	405.000	422.300
Stromerzeugung im Klärwerk (keine Netzeinspeisung)	k. A.	k. A.	- 3.600	- 3.000
Fernwärme	105.562	90.385	86.314	31.682
Erdgas	85.000	102.000	125.500	111.700
Heizöl	192.000	166.500	121.500	118.500
Kohle	19.000	11.500	3.000	1.500
Fossile KWK (dezentral)	0	- 200	- 1.700	- 3.500
Biomasse	k. A.	k. A.	350	700
<b>Gesamt</b>	<b>805.600</b>	<b>778.200</b> (- 3,5 %)	<b>736.400</b> (- 9 %)	<b>680.000</b> (- 15,5 %)

Tab. 11: Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in t/a im Energiebereich

Die Stromgutschrift für die Fernwärme, fossile KWK und Klärgas-KWK beträgt 0,900 kg/kWh.

Bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen im Energiebereich zeigt sich ein deutlicher Rückgang.

Dies ist vor allem bedingt durch:

- Maßnahmen im Heizkraftwerk, wie der Einsatz der GuD-Anlage
- Rückgang des Erdgaseinsatzes
- Einsatz dezentraler KWK-Anlagen
- Substitution von Heizöl- durch Erdgas-Heizungsanlagen
- Einsatz von Biomasse

Seit 2004 sind erste Effekte durch den zunehmenden Einsatz von KWK-Anlagen zu erkennen und im Erdgas-Bereich sind die Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich wirksam.

Gegenüber 1990 wird gemäß Aktionsprogramm eine Minderung bis 2025 um über 20 % angestrebt. Hierfür gelten folgende Maßnahmen und Randbedingungen:

- **Effizienz im Strombereich**, Änderungen beim bundesdeutschen Kraftwerksmix
- weitere umfassende **Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich** und **Heizungsumstellung von Heizöl auf Erdgas bzw. Fernwärme**
- **Umstellung Uni-Süd auf Fernwärme**: Jetzt Heizwerk mit Erdgas
- Alternativen bei der **Feuerungsanlage SIEMENS/F 80 (Frauenauracher Str.)**
- weitere Minderung des spez. Kfz-Kraftstoffverbrauchs und **Steigerung des Umweltverbunds**

## 7.2 Verkehr

1990 lagen die CO<sub>2</sub>-Emissionen für den Gesamtverkehr bei rd. 206.600 t/a und sanken bis 2005 um rd. 5 % auf rd. 195.200 t/a, bedingt vor allem durch die gegenüber 1990 um 20 % niedrigeren spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Pkw-Verkehr. Dieser Trend wird sich auch bis 2025 fortsetzen; gegenüber heute werden sich die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen nochmals um 19 % reduzieren, bedingt vor allem durch die gegenüber heute um 25 % niedrigeren spez. CO<sub>2</sub>-Emissionen des Pkw-Verkehrs.

	1990	2005	2025
<b>Pkw</b>	154.349	143.293	143.293
<b>Lkw</b>	38.312	37.741	37.741
<b>Bus</b>	5.265	6.109	6.109
<b>Bahn</b>	8.680	8.048	8.048
<b>Gesamt</b>	<b>206.100</b>	<b>195.200</b>	<b>195.200</b>

Tab. 12: Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr in t/a



## 8 ANHANG

### 8.1 Erdgas

	Endkunden	EStW-Heiz-zentralen	Gesamt bez. auf H <sub>o</sub>	Gesamt bez. auf H <sub>u</sub>
1990	350.661	1.837	352.498	317.812
1991	408.307	5.070	413.377	372.701
1992	399.655	3.484	403.139	363.470
1993	430.530	3.715	434.245	391.515
1994	424.646	3.972	428.618	386.442
1995	475.301	4.975	480.276	433.017
1996	523.418	6.722	530.140	477.974
1997	489.567	7.012	496.579	447.716
1998	504.716	10.639	515.355	464.644
1999	512.228	11.894	524.122	472.548
2000	498.887	17.813	516.700	465.857
2001	544.443	28.280	572.723	516.367
2002	544.046	34.645	578.691	521.748
2003	578.067	40.974	619.041	558.127
2004	582.103	44.500	626.603	564.945
2005	584.911	49.201	634.112	571.715
2006	562.565	50.343	612.908	552.598
2007	524.713	46.048	570.761	514.598
2008	530.091	50.607	580.698	522.628
2009	524.742	51.306	576.048	518.443

**Tab. 8.1:** Entwicklung des Erdgasverbrauchs in Erlangen, in MWh (Quelle: EStW)  
Endkundenverbrauch ab 2005: Aus dem Netz ausgespeiste Erdgasabgabe – HKW-Erdgasabgabe – Tankstellenabgabe

### 8.2 Fernwärme

	1991	1997	2004	2009
<b>Brennstoffeinsatz HKW</b>				
Steinkohle	300.581	293.506	341.740	271.652
Erdgas	47.474	34.779	131.084	313.110
HEL	116.058	99.977	9.473	3.516
<b>Gesamt</b>	<b>464.113</b>	<b>428.262</b>	<b>482.297</b>	<b>588.278</b>
Nettostromerzeugung	<b>57.889</b>	<b>66.123</b>	<b>75.846</b>	<b>152.872</b>
FW-Netzeinspeisung				
HKW	<b>321.181</b>	<b>289.240</b>	<b>335.674</b>	<b>326.694</b>
Franken II	22.634	39.281	222	234
Abgabe an FW-Kd. aus HKW	<b>295.000</b>	<b>266.000</b>	<b>313.000</b>	<b>298.432</b>
Abgabe an FW-Kd. Gesamt	<b>316.000</b>	<b>302.000</b>	<b>313.000</b>	<b>298.643</b>

**Tab. 8.2:** Energiebilanz bei der Fernwärmebereitstellung, in MWh (Quelle: EStW)

### 8.3 Elektrizitätsversorgung

Jahr	Tarifikunden in Erlangen-EStW	Sonderkunden in Erlangen EStW	Erlangen gesamt EStW	Erlangen gesamt
1990	159.062	386.096	545.158	<b>622.000</b>
1991	165.468	387.891	553.359	<b>632.000</b>
1992	167.465	400.174	567.639	<b>649.000</b>
1993	166.458	391.854	558.312	<b>640.000</b>
1994	166.471	381.277	547.748	<b>632.000</b>
1995	176.416	385.624	562.040	<b>630.000</b>
1996	188.192	397.336	585.528	<b>630.000</b>
1997	194.625	405.515	600.140	<b>630.000</b>
1998	202.730	422.686	625.416	<b>630.000</b>
1999	201.090	428.751	629.841	<b>629.841</b>
2000	202.228	427.973	630.201	<b>630.201</b>
2001	207.023	434.974	641.997	<b>641.997</b>
2002	209.337	440.897	650.234	<b>650.234</b>
2003*)	210.573	456.331	666.904	<b>666.904</b>
2004	214.933	462.521	677.454	<b>677.454</b>
2005	240.483	398.113	638.596	<b>679.365</b>
2006	241.377	410.498	651.875	<b>694.879</b>
2007	230.225	379.401	609.626	<b>699.495</b>
2008	229.818	370.344	600.162	<b>714.272</b>
2009	224.387	369.785	594.172	<b>706.263</b>
*) Wert korrigiert um Kunden außerhalb Erlangens				

**Tab. 8.3:** Stromverbrauchsentwicklung in Erlangen, in 1.000 kWh

Die Angaben für den Stromverbrauch bis zum Jahr 1994 beruhen auf Angaben der Erlanger Stadtwerke, und der damaligen Versorger der Stadtteile Tennenlohe, Kriegenbrunn, Hüttendorf, Frauenausrach und Dechsendorf. Seit Mitte der 90er Jahre wurde die Versorgung dieser Stadtteile schrittweise durch die EStW übernommen und 1999 wird das gesamte Stadtgebiet durch die Erlanger Stadtwerke versorgt.

## 8.4 CO<sub>2</sub>-Emissionen

Endenergieträger	1991/92	1996/97	2004	2009
Braunkohle für Raumheizung	0,385	0,385	0,385	0,385
Heizöl leicht Raumheizung	0,320	0,320	0,320	0,320
Erdgas	0,228	0,228	0,228	0,228
KWK Stromgutschrift	0,900	0,900	0,900	0,900
Steinkohle für das Heizkraftwerk in Erlangen	0,356	0,356	0,356	0,356
Erdgas für das Heizkraftwerk	0,228	0,228	0,228	0,228
Heizöl leicht für das Heizkraftwerk	0,312	0,312	0,312	0,312
Fernwärme mit Stromgutschrift	<b>0,334</b>	<b>0,299</b>	<b>0,276</b>	<b>0,106</b>
Dezentrale KWK (bez. auf Wärme) (Erdgas mit Stromgutschrift)	<b>-0,200</b>	<b>-0,200</b>	<b>-0,200</b>	<b>-0,200</b>
Biomasse	<b>0,020</b>	<b>0,020</b>	<b>0,020</b>	<b>0,020</b>
Strom aus dem deutschen Netz	0,639	0,648	0,598	0,598

Tab. 8.4: CO<sub>2</sub>-Emissionsfaktoren in kg/kWh inklusive vorgelagerte Prozesskette (Herstellung und Transport) bezogen auf H<sub>u</sub>

## 8.5 CO<sub>2</sub>-Emissionen für den Energieträger Fernwärme

	1991		1997		2004		2009	
	Energie MWh	CO <sub>2</sub> – Em. t/a	Energie MWh	CO <sub>2</sub> – Em. t/a	Energie MWh	CO <sub>2</sub> – Em. t/a	Energie MWh	CO <sub>2</sub> – Em. t/a
Steinkohle	300.581	107.007	293.506	104.488	341.740	121.659	271.652	96.708
Erdgas	47.474	10.824	34.779	7.930	131.084	29.887	313.110	71.389
Heizöl	116.058	36.210	99.977	31.193	9.473	2.956	3.516	1.097
<b>Summe</b>	<b>464.113</b>	<b>154.041</b>	<b>428.262</b>	<b>143,611</b>	<b>482.567</b>	<b>154.502</b>	<b>588.278</b>	<b>169.194</b>
Nettostrom	57.889	-52.100	66.123	-59.511	75.841	-68.257	<b>152.872</b>	- 137.585
FW-Einspeisung								
HKW	321.181	101.941	289.240	84.100	335.674	86.245	326.694	31.609
Franken II	22.634	3.621	39.281	6.285	222	69	234	73
<b>Summe</b>	<b>343.815</b>	<b>105.562</b>	<b>328.521</b>	<b>90.385</b>	<b>336.122</b>	<b>86.314</b>		<b>31.682</b>
FW-Abgabe an Kunden HKW	295.000		266.000		312.915		298.432	
FW-Abgabe an Kunden Gesamt	<b>316.000</b>	<b>105.562</b>	<b>302.000</b>	<b>90.385</b>	<b>313.122</b>	<b>86.314</b>	<b>298.643</b>	<b>31.682</b>
Spez. CO <sub>2</sub> -Em.-Faktor in kg/kWh		<b>0,334</b>		<b>0,299</b>		<b>0,276</b>		<b>0,106</b>

Tab. 8.5: CO<sub>2</sub>-Emissionen für die Fernwärme

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/24EU/DTB-2831

Verantwortliche/r:  
Herr Drechsler

Vorlagennummer:  
**24/017/2010**

### Energiebericht für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	21.09.2010	Ö	Gutachten	vertagt
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	28.09.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	Ö	Gutachten	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Energiebericht für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009 wird zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Schaffung von Transparenz über den Energie- und Wasserverbrauch in den städtischen Gebäuden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Energiecontrolling in Form von Berichten.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Erfassung und Auswertung der Energie- und Wasserverbräuche.

#### Anlage:

Zusammenfassung des Energieberichts für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009. Der ausführliche Bericht wurde den Fraktionen vorab zugesandt.

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77  
am 21.09.2010

#### **Protokollvermerk:**

OBM Dr. Balleis schlägt vor, diesen Bericht in der nächsten Sitzung des UVPA am 19.10.2010 zu behandeln.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Bruse  
Berichtersteller/in

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am  
28.09.2010

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Der Energiebericht für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009 wird zur Kenntnis genommen.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Bruse  
Berichtersteller

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Zusammenfassung des Energieberichts

Seit 2001 veröffentlicht das Amt für Gebäudemanagement der Stadt Erlangen jährlich einen Energiebericht. Er stellt die Entwicklung des Energie- und Wasserverbrauchs, der zugehörigen Kosten und der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den städtischen Gebäuden dar. Dem vorliegenden Bericht liegen die vom Gebäudemanagement erfassten Daten des Jahres 2009 zugrunde. Der Bericht bilanziert die Verbrauchsentwicklung in Bezug auf das Referenzjahr 1999. Darüber hinaus werden beispielhaft aktuelle Sanierungs- und Neubauprojekte vorgestellt und es wird ein Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte des städtischen Energiemanagements gegeben

### ➤ **Wärme**

Gegenüber dem Bezugsjahr 1999 ist der bereinigte Wärmeverbrauch in den städtischen Gebäuden um 15 % zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr ist 2009 wieder ein leichter Anstieg zu beobachten. Der Gesamtverbrauch stieg um 0,9 % von 31,11 Mio. kWh auf 31,38 Mio. kWh. Der Verbrauchskennwert erhöhte sich von 117 kWh auf 119 kWh/m<sup>2</sup>a.

### ➤ **Strom**

Beim Stromverbrauch setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Seit 1999 hat sich der Stromverbrauch deutlich erhöht. Flächenbereinigt stieg er um 12,9 %. Ein Grund hierfür ist die vermehrte Technikausstattung in den Gebäuden sowie die Erweiterung von Nutzungszeiten (beispielsweise im Schulbereich). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Stromverbrauch geringfügig um 0,9 % von 6,79 Mio. kWh auf 6,85 Mio. kWh. Flächenbereinigt beträgt der Anstieg 0,5 %.

### ➤ **Wasser**

Die Verbrauchsentwicklung ist insgesamt seit 1999 sehr positiv verlaufen. Der jährliche Gesamtverbrauch sank in dem Zeitraum von 94.970 auf 78.360 m<sup>3</sup>, der spezifische von 300 auf 249 l pro m<sup>2</sup>, was einem Rückgang von 17 % entspricht. 2009 bewegte sich der Wasserverbrauch auf dem Niveau des Vorjahres.

### ➤ **Umwelteinfluss**

Mit dem Energieverbrauch in den städtischen Gebäuden ist auch der Verbrauch an Primärenergie und die Emission des klimaverändernden CO<sub>2</sub> verbunden. Seit 1999 konnte beides deutlich reduziert werden. Der Verbrauch an Primärenergie sank um 22 %, die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 37 %.

### ➤ **Verbrauchskosten**

Die Preissteigerungen im Energiebereich setzen sich auch 2009 fort. Die Gesamtausgaben für Energie und Wasser betragen 2009 3.934 Tsd. €. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 9,4 %.

### ➤ **Energieeffizientes Bauen**

Bei allen Sanierungs- als auch bei Neubaumaßnahmen ist das Gebäudemanagement bestrebt, die gesetzlich vorgegebenen Energiestandards deutlich zu unterschreiten. Beispielhaft werden eine Sanierung (Turnhalle der Hermann-Hedenusschule) sowie ein Neubau im Passivhausstandard (Familienstützpunkt Büchenbach Süd) vorgestellt.

### ➤ **Arbeitsschwerpunkte des Energiemanagements**

Zu den Aufgaben des Energiemanagements gehören folgende Aktivitäten:

- Energiecontrolling - monatliche Erfassung und Auswertung der Verbrauchsdaten
- Information und Schulung der Gebäudenutzer und -betreiber
- Betreuung von Energieeinsparprojekten
- Erschließung von Fördermitteln
- Energiewirtschaftliche Planung und Beratung bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen
- Öffentlichkeitsarbeit

## Energie- und Wasserverbrauch in den städtischen Gebäuden und Einrichtungen

### Verbrauch

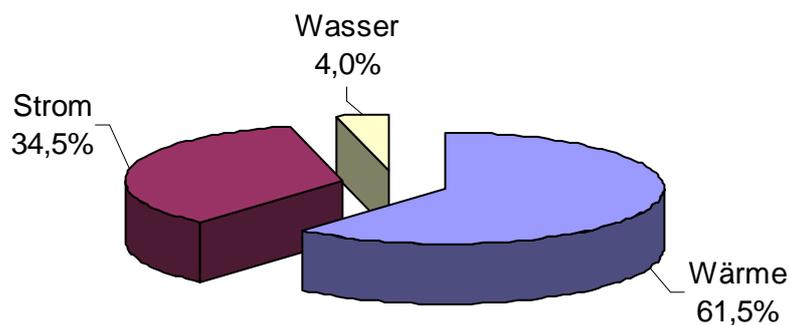
	2008	2009	Veränderung in %	
			absolut	<sup>1)</sup> bereinigt
Wärme	31,11 Mio. kWh	<b>31,38 Mio. kWh</b>	+ 0,9 %	+ 2,1 %
Strom	6,79 Mio. kWh	<b>6,85 Mio. kWh</b>	+ 0,9 %	+ 0,5 %
Wasser	78,32 Tsd. m <sup>3</sup>	<b>78,36 Tsd. m<sup>3</sup></b>	+ 0,1 %	- 0,4 %

### Kosten

	2007	2009	Veränderung in %
Wärme	2.258 Tsd. €	<b>2.418 Tsd. €</b>	+ 7,1 %
Strom	1.187 Tsd. €	<b>1.359 Tsd. €</b>	+ 14,5 %
Wasser	151 Tsd. €	<b>157 Tsd. €</b>	+ 3,3 %
gesamt	3.596 Tsd. €	<b>3.934 Tsd. €</b>	+ 9,4 %

1) Strom- und Wasserverbrauch flächenbereinigt, Wärmeverbrauch flächen- und witterungsbereinigt

### Aufteilung der Verbrauchskosten 2009



**Gesamtkosten: 3,93 Mio. €**

Energie- und Wasserkosten der städtischen Gebäude und Einrichtungen für das Jahr 2009. Bei den Wasserkosten sind die Kanalgebühren für Abwasser nicht enthalten.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/61/613 T. 1327

Verantwortliche/r:  
Abt. Verkehrsplanung

Vorlagennummer:  
**613/031/2010**

### Fortschreibung der Prioritätenliste "Radverkehrsverbesserungen"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**  
Amt 20, Amt 31, Amt 66, AG Radverkehr

#### I. Antrag

Die vorgelegte Prioritätenliste wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
 Amt 66 wird beauftragt, für das Jahr 2011 für den Haushalt (Nachmeldeliste) einen Radwegeetat von **50.000 Euro** anzumelden.  
 Die Verwaltung wird beauftragt, die Prioritätenliste jährlich zu aktualisieren und bei Bedarf fortzuschreiben.  
 Die Verwaltung wird beauftragt, für die Punkte 1 - 12 die erforderlichen Detailplanungen zu erstellen und damit die Voraussetzungen für eine Realisierung der Maßnahmen zu schaffen.  
 Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2011 unter Berücksichtigung der novellierten StVO bzw. ERA eine Bestandsaufnahme durchzuführen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit der „AG Radverkehr“ im Jahr 2001 erstmalig die Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“ erarbeitet. Diese wurde im Jahr 2005 fortgeschrieben. Da die aktuelle Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“ zum Teil abgearbeitet ist (8 von 11 Maßnahmen) und seit 5 Jahren nicht mehr aktualisiert wurde, ist eine Fortschreibung notwendig. Durch die Novellierung der „Straßenverkehrsordnung (StVO)“ sowie der „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA)“ haben sich die Anforderungen an Radverkehrsanlagen teilweise erheblich verändert. Die Verwaltung sieht daher die Notwendigkeit gegeben, eine umfassende Bestandsanalyse durchzuführen und darauf basierend die Prioritätenliste ggf. nochmals grundlegend zu überarbeiten.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ziel der Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“ ist es, im Rahmen des beschränkten Radwegeetats Verbesserungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit und der Qualität des Radverkehrsnetzes herbeizuführen. Bei den Maßnahmen handelt es sich hauptsächlich um kleinere Projekte, die aber von der „AG Radverkehr“ als wichtig erachtet werden. In der Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“ nicht enthalten sind Neubaumaßnahmen von längeren Radwegeabschnitten oder Radwege, die im Rahmen von anderen geplanten Maß-

nahmen mit eigener Haushaltsstelle abgewickelt werden können. Ebenso wenig sind Planungen enthalten, die innerhalb der Prioritätenlisten „Überquerungshilfen“ und „Lichtsignalanlagen“ bearbeitet werden können. Die Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“ berücksichtigt also Maßnahmen für den Radverkehr, die

- punktuelle bauliche Verbesserungen,
- kleinere Lückenschlüsse,
- Unterhalts- bzw. Verkehrssicherungsmaßnahmen und
- gezielte bauliche Radverkehrsförderungsmaßnahmen wie Park&Bike oder Bike&Ride-Anlagen

beinhalten.

Im Folgenden werden die aktuell wichtigsten Punkte (inkl. Kostenschätzungen) aufgeführt. Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen befindet sich in Anlage 1. Die Reihenfolge stellt hierbei keine Dringlichkeit bzw. Gewichtung der Maßnahmen dar. Die Gliederung erfolgt aufsteigend nach den Kosten. Bei den Maßnahmen 1, 4 und 5 handelt es sich um Punkte, die bereits Bestandteil der Prioritätenliste von 2005 bzw. 2001 waren. Alle anderen Maßnahmen sind neu aufgenommen worden:

- |  |                 |
|--|-----------------|
| 1. Radweg Weinstraße; Bereich Einmündung Saidelsteig<br>(Bestandteil der Prioritätenliste 2005)<br>Aufwand für Verlegung der vorhandenen Querung:  | 14.000,- Euro   |
| 2. Bestandsaufnahme des Radverkehrsnetzes<br>(externe Vergabe oder Zuarbeit):  | 20.000,- Euro   |
| 3. Radweg Lange Zeile<br>Aufwand zur Belagsverbesserung zw. Lange Zeile und Rennesstr.   | 22.000,- Euro   |
| 4. P&B-Anlage Parkplatz Baiersdorfer Str.<br>(Bestandteil der Prioritätenliste 2001 und 2005)<br>Aufwand für Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage:                                      | 25.000,- Euro   |
| 5. Radweg Bayreuther Str. an der Schwabach zu den Werkern<br>(Bestandteil der Prioritätenliste 2005)<br>Aufwand zur Belagsverbesserung des vorhandenen, unebenen<br>Pflasterbelages mittels Asphalt: | 25.000,- Euro   |
| 6. Radwegverbindung Kriegenbrunn - Frauenaarach<br>(Bierweg zwischen Unterführung Pappenheimer Straße und Brauhofgasse)<br>Aufwand für Asphaltierung des landwirtschaftlichen Weges:                 | 30.000 Euro,-   |
| 7. Radweg Wiesengrund „Wiesenweg“<br>Aufwand für Höherlegung und Deckenerneuerung:   | 70.000,- Euro   |
| 8. Radweg Nägelsbachstraße/Karl-Zucker-Str. in Richtung Süden<br>Aufwand zur beidseitigen Belagsverbesserung:  | 75.000,- Euro   |
| 9. Anpassungsmaßnahmen LSA<br>Aufwand für Markierungen, Rampen etc.:   | 100.000,- Euro  |
| 10. Radweg Wiesengrund „An den Seelöchern“<br>Aufwand für Höherlegung und Deckenerneuerung:  | 100.000,- Euro  |
| 11. Radweg-Unterführung Main-Donau-Kanal/Aurach<br>Aufwand für teilweise Höherlegung:  | 150.000,- Euro  |
| 12. Neubau Radweg Regnitzgrund östlich der Kraftwerkstraße<br>Aufwand für die Neuerstellung zwischen der Bahnlinie und der<br>Aurachunterführung durch die Kleingartenanlage:                        | 220.000,- Euro. |

Anm.: Angesichts der hohen Kosten der Maßnahme 12 sieht die Verwaltung keine Finanzierungsmöglichkeit im Rahmen des Ragwegeetats. Für die beschriebene Maßnahme müssten daher anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

Für die Punkte 1 - 12 der Prioritätenliste ergibt sich ein Gesamtaufwand von **851.000,- Euro**. Für das Jahr 2010 standen für die vorgesehenen Maßnahmen der Prioritätenliste **46.000,- Euro** zur Verfügung. Im Haushalt 2011 werden nach gegenwärtigem Stand des Kämmererentwurfs im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt und anderer Radwegeprojekte bei IP-Nr. 541.841 nur 15.000 EUR zur Verfügung stehen.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Aufgrund der hohen Kosten, die sich aus der Prioritätenliste in der Summe ergeben, müssen für die Abarbeitung der Maßnahmen mehrere Jahre veranschlagt werden. Es bietet sich an, die jeweiligen Maßnahmen - wenn möglich - in Zusammenhang mit weiteren baulichen Maßnahmen (z.B. Straßensanierungen) durchzuführen. Daher stellt die in der Prioritätenliste dargestellte Reihenfolge der Maßnahmen keine Gewichtung bzw. Bewertung dar.

Die Grundlagen für die Bewertung / Konzeption von Radverkehrsanlagen haben sich aufgrund der (noch nicht rechtskräftigen) Novellierung der StVO sowie der 12/2010 vorgesehenen Veröffentlichung der neuen "Empfehlungen für Radverkehrsanlagen" (ERA 2010) erheblich verändert. Aus Sicht der Verwaltung ist es daher sinnvoll, im Jahr 2011 eine Bestandsaufnahme des Radverkehrsnetzes (Pkt. 2) unter Berücksichtigung der neuen Vorgaben durchzuführen. Basierend auf dieser kann sich unter Umständen eine grundlegende Überarbeitung der nächsten Prioritätenliste bei der nächsten Fortschreibung ergeben. Diese Bestandsaufnahmen kann außerdem zur Aktualisierung des Erlanger Fahrradstadtplanes genutzt werden, dessen 5. Auflage noch aus dem Jahr 2007 stammt.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ 851.000 (stehen nicht zur Verfügung)	bei IPNr.: 541.841 (Radwegenetzausbau)
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

Für die Punkte 1 bis 12 der Prioritätenliste ergibt sich ein Gesamtaufwand von 851.000,- Euro. Für das Jahr 2010 standen für die vorgesehenen Maßnahmen der Prioritätenliste 46.000,- Euro zur Verfügung. Im Haushalt 2011 werden nach gegenwärtigem Stand des Kämmererentwurfs im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt und anderer Radwegeprojekte bei IP-Nr. 541.841 nur 15.000 EUR zur Verfügung stehen.

#### Anlagen:

Anlage 1: Ausführliche Beschreibung der aktuell wichtigsten Punkte inkl. Kosten

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## **Fortschreibung der Prioritätenliste „Radverkehrsverbesserungen“**

### **Ausführliche Beschreibung der aktuell wichtigsten Punkte inkl. Kosten**

#### **1. Radweg Weinstraße; Bereich Einmündung Saidelsteig Verlegung der vorhandenen Querung (Bestandteil der Prioritätenliste 2005)**

Nach Schilderung des Ortsbeirates Tennenlohe kommt es an der Weinstraße im Bereich der Einmündung Saidelsteig immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen rechtsabbiegenden Kfz und den entlang der Weinstraße geradeaus fahrenden Radfahrern. Die Radfahrerpfur ist an dieser Stelle schräg abgesetzt über den Einmündungssast der Straße Saidelsteig markiert. Diese Ausführung bzw. Querungssituation des Radweges entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik, wonach der Radverkehr im Knotenpunktsbereich in der Regel im Nahbereich bzw. direkt parallel an der Straße geführt werden soll. Eine Entschärfung der Situation kann nach Ansicht der AG Radverkehr nur durch eine Verlegung des Radweges an die Weinstraße geschafft werden. Die Kosten werden hierfür auf ca. **14.000,- Euro** geschätzt.

#### **2. Bestandsaufnahme des Radverkehrsnetzes**

Die Grundlagen für die Bewertung / Konzeption von Radverkehrsanlagen haben sich aufgrund der (noch nicht rechtskräftigen) Novellierung der StVO sowie der 12/2010 vorgesehenen Veröffentlichung der neuen "Empfehlungen für Radverkehrsanlagen" (ERA 2010), auf die in den bereits geltenden novellierten Verwaltungsvorschriften zur StVO (VwV-StVO) explizit verwiesen wird, erheblich verändert. Aus Sicht der Verwaltung ist es daher sinnvoll, im Jahr 2011 eine Bestandsaufnahme des Radverkehrsnetzes unter Berücksichtigung der neuen Vorgaben durchzuführen. Basierend auf dieser kann sich unter Umständen eine grundlegende Überarbeitung der nächsten Prioritätenliste bei der nächsten Fortschreibung ergeben. Die Bestandsaufnahme kann außerdem zur Aktualisierung des Erlanger Fahrradstadtplanes dienen, dessen 5. Auflage noch aus dem Jahr 2007 stammt. Die Kosten werden auf **20.000,- Euro** geschätzt.

#### **3. Radweg Lange Zeile Belagsverbesserung zwischen Lange Zeile und Rennesstraße**

Diese wichtige Radwegebeziehung befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Kosten für die Belagsverbesserung werden auf ca. **22.000,- Euro** geschätzt

#### **4. P&B-Anlage Parkplatz Baiersdorfer Str. (Bestandteil der Prioritätenliste 2001 und 2005) Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage:**

An der Verbindungstangente zwischen Martinsbühler Str. und der Anschlußstelle A73 Erlangen-Nord (Baiersdorfer Str.) werden im Bereich des Parkplatzes die Bäume inkl. den Baumscheiben regelmäßig von Fahrrädern beparkt bzw. zugestellt. Diese eigentlich freizuhaltenen Bereiche werden durch die hier parkenden Autofahrer bereits heute als Park&Bike-Anlage benutzt. Um ein geregeltes Abstellen der Fahrräder zu erreichen, weitere Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen und hinsichtlich einer positiven Radverkehrsförderung wird seitens der AG Radverkehr die Errichtung einer Park&Bike-Anlage an diesem Parkplatz vorgeschlagen. Die Kosten für die Errichtung einer P&B-Anlage für ca. 50 überdachte Fahrradabstellplätze werden auf ca. **25.000,- Euro** geschätzt. Die erforderliche Baugenehmigung nach BayBO wurde mittlerweile nach Abstimmung mit der ABDN Nordbayern erteilt.

#### **5. Radweg Bayreuther Str. an der Schwabach zu den Werkern (Bestandteil der Prioritätenliste 2005) Belagsverbesserung des vorhandenen, unebenen Pflasterbelages mittels Asphalt:**

Die RW-Verbindung entlang der Schwabach zwischen Bayreuther Str. und Werker ist Teil der Hauptradachse von der Innenstadt über den Schwabach- und Regnitzgrund in Richtung

Baiersdorf. Der Abschnitt entlang der Schwabach zwischen Bayreuther Str. und Werker befindet sich in einem baulich schlechten Zustand und ist mit dem Fahrrad nur noch schwer befahrbar. Nach Ansicht der AG Radverkehr sollte diese Hauptradachse unbedingt in einem befahrbaren Zustand gehalten werden. Es wird deshalb dringend empfohlen, zeitnah den Fahrbahnbelag zu erneuern. Um eine langfristige Erneuerung des Radweges zu erreichen wird eine Asphaltierung für sinnvoll erachtet. Die Kosten werden hierfür auf ca. **25.000,- Euro** geschätzt. Der Ausführungszeitpunkt erfolgt in Abhängigkeit vom ICE-/S-Bahn-Ausbau der Bahn, die einen Teil der Wegstrecke als Baustraße benötigt

**6. Radwegverbindung Kriegenbrunn-Frauenaurach - Bierweg zwischen Unterführung Pappenheimer Straße und Brauhofgasse  
Asphaltierung des landwirtschaftlichen Weges**

Laut der Bürgerversammlung Frauenaurach befindet sich der Radweg zwischen der Brauhofgasse in Frauenaurach und der Pappenheimer Straße in einem sehr schlechten Zustand. Es wird gefordert, diesen im Rahmen eines ganzjährig befahrbaren, asphaltierten Radweges von Herzogenaurach über Frauenaurach nach Bruck zu erneuern. Als Bestandteil der städtischen Grünroute 2 ist dieser Weg von besonderer Bedeutung für den Radverkehr. Die Kosten für die Asphaltierung des landwirtschaftlichen Weges werden auf **30.000 Euro,-** geschätzt.

**7. Radweg Wiesengrund „Wiesenweg“  
Höherlegung und Deckenerneuerung**

Die Wege durch den Wiesengrund stellen wichtige Radwegeachsen in Ost-West-Richtung dar. Aufgrund der periodisch auftretenden Hochwasserereignisse im Wiesengrund sind die dortigen Radwege mehrmals im Jahr gesperrt. Stellenweise liegen die Radwege unter Wieseniveau, so dass Wasser von Regenfällen oder Überschwemmungen dort zuletzt abläuft. Hinzu kommt, dass in Folge des Hochwassers Schäden in der Asphaltdecke auftreten, die ein sicheres Überfahren des Radweges „Wiesenweg“ erschweren. Die Kosten für die Höherlegung und Deckenerneuerung des Radweges an den Seelöchern zwischen dem Alterlanger See und dem Wöhrmühlsteg werden auf **70.000,- Euro** geschätzt.

**8. Radweg Nägelsbachstraße/Karl-Zucker-Str. in Richtung Süden  
Beidseitige Belagsverbesserung**

Diese wichtige Radwegebeziehung befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Kosten werden auf ca. **75.000,- Euro** geschätzt.

**9. Anpassungsmaßnahmen LSA  
Markierungen, Rampen etc.**

Durch die Änderung der StVO muss an Signalanlagen die Führung des Radverkehrs im Detail untersucht und angepasst werden. Diese Änderungen betreffen Markierungslösungen, Lage von Signalmasten und der Bau von Rampen und Bordsteinabsenkungen. Ziel ist es, die Führung des Radverkehrs im signalisierten Bereich möglichst eindeutig zu gestalten.

Die Kosten werden auf **100.000,- Euro** geschätzt.

**10. Radweg Wiesengrund „An den Seelöchern“  
Höherlegung und Deckenerneuerung**

Die Wege durch den Wiesengrund stellen wichtige Radwegeachsen in Ost-West-Richtung dar. Aufgrund der periodisch auftretenden Hochwasserereignisse im Wiesengrund sind die dortigen Radwege mehrmals im Jahr gesperrt. Stellenweise liegen die Radwege unter Wieseniveau, so dass Wasser von Regenfällen oder Überschwemmungen dort zuletzt abläuft. Hinzu kommt, dass in Folge des Hochwassers Schäden in der Asphaltdecke auftreten, die ein sicheres Überfahren des Radweges „An den Seelöchern“ erschweren. Die Kosten für die Höherlegung und Deckenerneuerung des Radweges „An den Seelöchern“ zwischen der Barthelmeßstraße und dem Wöhrmühlsteg werden auf **100.000,- Euro** geschätzt.

### **11. Radweg-Unterführung Main-Donau-Kanal/Aurach Teilweise Höherlegung**

Der Radweg von Frauenaurach durch den Wiesengrund unter dem Kanal hindurch ist aufgrund von Überschwemmungen immer wieder gesperrt. Laut der Bürgerversammlung Frauenaurach handelt es sich bei dem Radweg unter dem MD-Kanal bei Feuchtigkeit um eine „glitschige Schlammplaste“. Eine ganzjährige Nutzung des Radweges unter der Unterführung könnte durch eine Höherlegung des nördlichen Teils der Unterführung garantiert werden. Bei einer Höherlegung des 3,5 m breiten Bereichs um 0,7 m verbliebe eine Durchfahrtshöhe von 2,5 m. Die Kosten werden auf ca. **150.000,- Euro** geschätzt.

### **12. Neubau Radweg Regnitzgrund östlich der Kraftwerkstraße Neuerstellung zwischen der Bahnlinie und der Aurachunterführung durch die Kleingartenanlage**

Aufgrund der ausbleibenden Instandsetzung des Aurachsteges bei Bruck unmittelbar westlich der Regnitz fehlt es aktuell an einer offiziellen Querung der Aurach im Wiesengrund. Der geplante Radweg östlich der Kraftwerkstraße von der Radwegunterführung Main-Donau-Kanal/Aurach in Richtung Süden zu den Bahngleisen, der einen Brückenneubau über die Aurach beinhaltet, würde dieses Problem beheben und darüber hinaus einen wichtigen Lückenschluss der Nord-Süd-Radachse durch den Wiesengrund darstellen. Angesichts der hohen Kosten von **220.000,- Euro** erachtet die Verwaltung eine Finanzierung im Rahmen des Radwegeetats für nicht möglich. Für die beschriebene Maßnahme müssten daher anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/66

Verantwortliche/r:  
Herr Roland Glassl

Vorlagennummer:  
66/072/2010

**Leiteinrichtung Drausnick-/Wilhelminenstraße;  
Anfrage von Herrn StR Jarosch in der 8. Sitzung des HFPA vom 28.07.2010  
hier: Beschlussfassung zum Protokollvermerk aus der Sitzung des HFPA vom  
22.09.2010**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

**Beteiligte Dienststellen**  
Amt 32, PI-Stadt, EB 772

### I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Leiteinrichtung an der Einmündung Drausnick- / Wilhelminenstraße nach der Winterperiode 2010/11, vorzugsweise als dauerhafte Einrichtung zu installieren.

Die Anfrage von Herrn Stadtrat Jarosch gilt hiermit als bearbeitet.

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Rahmen der stadtinternen Sicherheitsrunde im Dezember 2006 wurde seitens der Polizei die Anregung zur Errichtung einer Absperr- bzw. Leiteinrichtung an der Einmündung Drausnick-/Wilhelminenstraße vorgebracht. Hintergrund waren vermehrt zu beobachtende Abkürzungen über die Wilhelminen- und Elisabethstraße trotz eindeutiger Verbotsschilderung und Markierung. Abhilfe in Form von kontinuierlichen oder auch nurmehr vorübergehenden Überwachungen mussten und müssen weiterhin von der Polizei aus personellen Gründen abgelehnt werden.

#### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zur Vermeidung der Abkürzungsvorgänge wurden erstmals im Jahr 2007 und darüber hinaus in den Jahren 2008 und 2009 eine geeignete Leiteinrichtung (s. Anlage 1) montiert. Die Installation konnte jedoch jeweils nur temporär für den Zeitraum von Mitte April bis Mitte November erfolgen, da die Belange des Winterdienstes für den übrigen Zeitraum einen Abbau des verwendeten Absperrsystems erforderten. Wegen des nurmehr zeitlich begrenzten Nutzens, rückgängiger Beschwerden und zur Kosteneinsparung (Montage- und Vorhaltekosten = ca. 2.500,- €/Jahr) wurde in 2010 auf die Errichtung verzichtet. Gegenwärtig wiederum zunehmende Beschwerden machen jedoch eine Wiederanbringung aus Verkehrssicherheitsgründen notwendig, wobei diese mit bevorstehender Winterperiode erst im Frühjahr 2011 erfolgen kann.

#### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Wegen des nurmehr temporären Nutzens des bisher verwendeten Leitsystems strebt

Amt 66 die Montage einer dauerhaften Einrichtung an. Die Abstimmungen und Abklärungen im Hinblick auf eine Realisierung auf Grund der vorhandenen Örtlichkeit sind noch im Gange. Sollte sich diese als unwirtschaftlich erweisen, wird die bisherige Lösung praktiziert.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	ca. 2.500,- €	bei Ergebnishaushalt (Budget)/Jahr
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 660290 / 5412 5266 / 522102
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Leiteinrichtung (Anlage 1)  
Anfrage Hr. StR Jarosch (Anlage 2)  
Protokollvermerk HFPa vom 22.09.10 (Anlage 3)

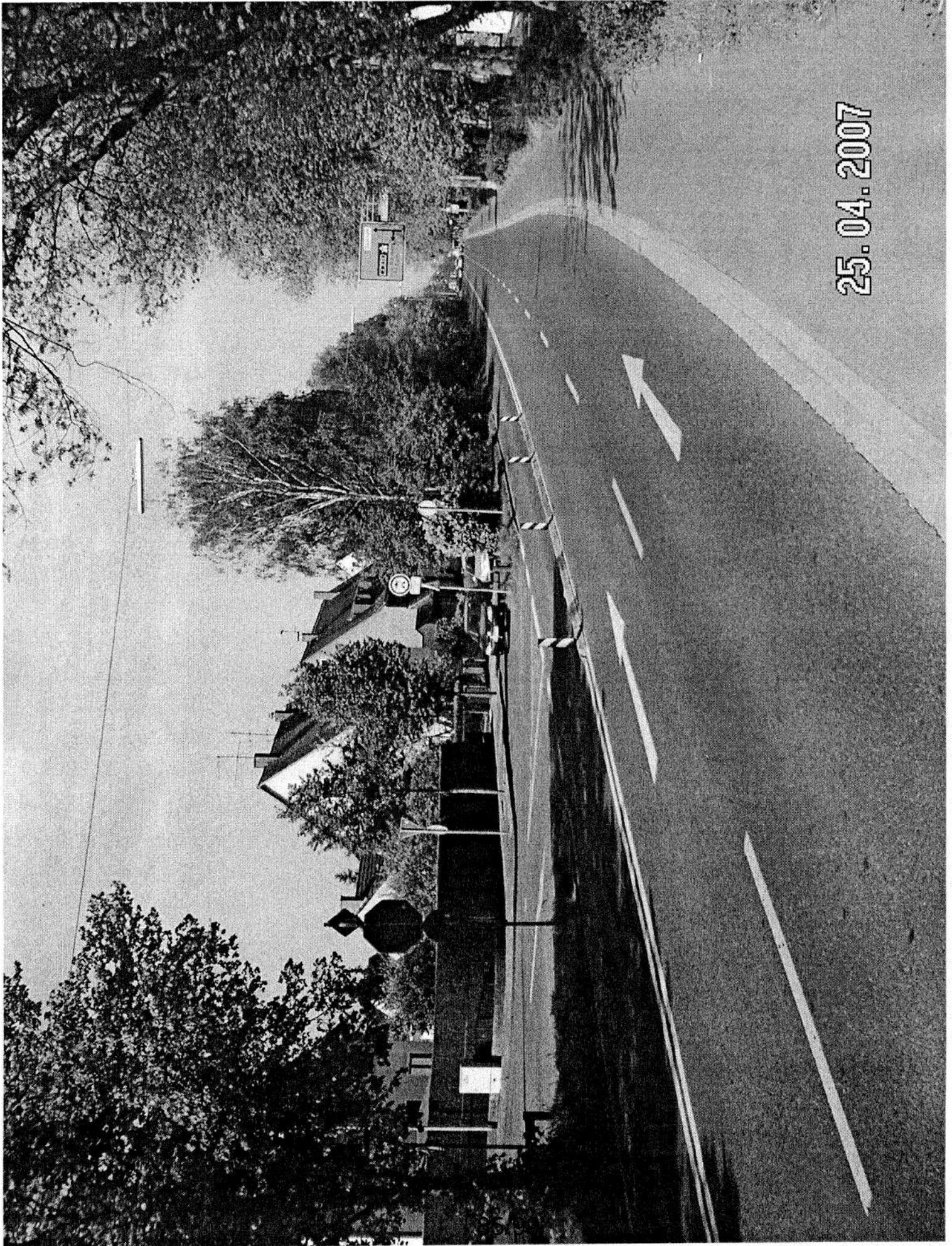
III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Protokollvermerk

OBM/13-2/FLB-T. 2306

Erlangen, 28.07.2010

Anfragen

I. **Protokollvermerk aus der 8. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses  
Tagesordnungspunkt 27 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

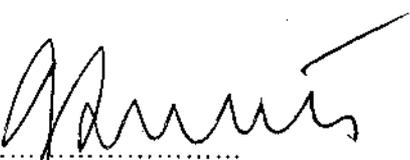
- 1. Frau StRin Pfister fragt an, wie verfahren wird, dass es beim Ganztagsbetrieb in der Pestalozzischule und in der Werner-von-Siemens-Realschule zu Beginn des neuen Schuljahres im September keine Probleme gibt. Sie bittet um Beantwortung in der morgigen Stadtratssitzung.
- 2. Herr StR Jarosch fragt an, ob die Absperrlemente in der Mitte der Fahrbahn der Drausnickstraße wieder installiert werden könnten, um zu verhindern, dass die Wilhelminenstraße und die Elisabethstraße als Abkürzung durch das Wohngebiet genutzt werden.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 40 und Abt. 321** zum Weiteren.
- IV. **Amt 66** zum Weiteren.

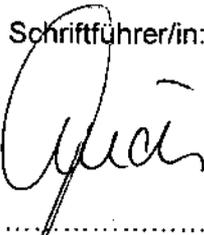
Amt 66 Eingang

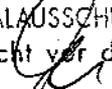
17. AUG. 2010

Vorsitzende/r:

  
 .....  
 Stadträtin  
 Aßmus

Schriftführer/in:

  
 .....  
 Friedel

In die Sitzungsniederschrift für den  
 HAUPT-, FINANZ- u. PERSONALAUSSCHUSS  
 aufgenommen. Auslauf nicht vor dem  
 ..... Unterschr: 

OBM/13-2/FLB-T. 2306  
66/065/2010

Erlangen, 22.09.2010

**Leiteinrichtung Drausnick-/Wilhelminenstraße**  
**Anfrage von Herrn StR Jarosch in der 8. Sitzung des HFPA vom 28.07.2010**

- I. **Protokollvermerk aus der 9. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses**  
**Tagesordnungspunkt 8.6 - öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

Die Mitteilung zur Kenntnis wird zum Tagesordnungspunkt erhoben. Die Angelegenheit soll im nächsten Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss behandelt werden.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Referat VI/66** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Oberbürgermeister  
Dr. Balleis

Schriftführer/in:

gez.

.....

Friedel

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/61/612

Verantwortliche/r:  
612 - Vermessung und Bodenordnung

Vorlagennummer:  
**612/010/2010**

### Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen

**hier: Leitfaden zur Aufnahme von Benennungsvorschlägen in die Vorschlagsliste und zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Ältestenrat (-ausschuss)	13.10.2010	nicht öffentlich	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Abt. 451, Abt. 662

### I. Antrag

Der in der Anlage „**Leitfaden zur Aufnahme von Benennungsvorschlägen in die Vorschlagsliste und zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen**“ festgelegte Verfahrensablauf ist künftig anzuwenden.

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Gemeinden haben gemäß Art. 56 Abs. 2 GO für eine zuverlässige Orientierung im Gemeindegebiet zu sorgen. Dazu tragen Straßen- und Platznamen, Straßennamensschilder und auch Hausnummern wesentlich bei. Dadurch wird insbesondere bei Notfällen ein effektiver Einsatz der Rettungsdienste und der Polizei gewährleistet, sowie Zustellungen und der private Besuchsverkehr erleichtert.

Für die Erteilung der Namen ist gemäß Art. 53 Abs. 1 BayStrWG die Gemeinde zuständig.

#### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Verwaltung führt zu diesem Zweck eine Vorschlagsliste über geeignete Namen und Benennungen. Anschließend werden hieraus für anstehende Straßen-, Wege- und Platzneubenennungen bevorzugt Vorschläge herangezogen.

#### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zur Erleichterung des Verwaltungshandelns und der Beschlussfindung in den politischen Gremien soll der Verfahrensablauf gemäß dem Leitfaden künftig eingehalten werden. In den Leitfaden sind die bisherigen Erlanger Erfahrungen sowie Ergebnisse einer Abfrage bei anderen bayerischen Städten zum Verfahrensablauf eingeflossen.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** 1. Leitfaden zur Aufnahme von Benennungsvorschlägen in die Vorschlagsliste und zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Leitfaden zur Aufnahme von Benennungsvorschlägen in die Vorschlagsliste und zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen

*Die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen ist gemäß AGA -Aufgabengliederungsplan (Aufgabenhauptgruppe 6 -Bauwesen, Aufgabengruppe 62 –Vermessung und Kataster, Ziffer 6.) Aufgabe des Amtes 61.*

### A. Aufnahme eines Benennungsvorschlags in die Vorschlagsliste

1. Vorschlag geht als Fraktionsantrag bei Amt 61 ein  
oder  
Vorschlag wird von anderer Stelle (Bürger, Vereine, OBM, Ämter, Institutionen, etc.) eingebracht
2. Durch die Verwaltung werden Grundsätze zur Straßenbenennung vorgeprüft:
  - \* möglichst kurz und phonetisch leicht verständlich, keine für Schreibfehler anfällige Vorschläge und nicht diskriminierend
  - \* Namensvorschläge ohne Titel und Vornamen
  - \* keine Verwechslungsgefahr mit bestehenden Benennungen
  - \* keine Aufnahme/Benennung von noch lebenden Personen
  - \* Persönlichkeiten der neueren Geschichte nur aufnehmen, wenn Geschichtsbild abgeklärt ist
  - \* der Vorschlag soll tatsächlich eine Ehrung darstellen
3. Beteiligung Abt. 451 - Stadtarchiv (insbesondere bei Personen aus der NS-Zeit)
4. Beschlussvorlage mit Beratungsfolge:
  - a) Vorlage für **ÄR** als Empfehlung (NICHT ÖFFENTLICH)
  - b) Beschlussvorlage für **UVPA** (NICHT ÖFFENTLICH)
    - \* Anhänge: ggf. Fraktionsantrag, ggf. Vita der Person, ggf. andere Erläuterungen zum Vorschlag
    - \* die nicht öffentliche Beschlussfassung ist darin begründet, dass Inhalte der Diskussion, die zu einer Ablehnung von Namensvorschlägen führen, mit Rücksicht auf Angehörige nicht öffentlich werden sollen.
5. Namen nach Beschlussfassung des UVPA in der Vorschlagsliste ergänzen

### B. Überarbeitung der Vorschlagsliste

Zu Beginn einer neuen Stadtratsperiode nach erfolgten Kommunalwahlen **kann** eine Überarbeitung der Vorschlagsliste erfolgen, da die Zusammensetzung des Stadtrats neu ist und alte Fraktionsanträge gemäß Geschäftsordnung ihre Gültigkeit verlieren.

Hierbei werden die Fraktionen gebeten die Vorschlagsliste zu priorisieren und ggf. Vorschläge für den Wegfall von Vorschlägen zu machen.

1. Beschlussvorlage mit Beratungsfolge:
  - a) Vorlage für **ÄR** als Empfehlung (NICHT ÖFFENTLICH)
  - b) Beschlussvorlage für **UVPA** (NICHT ÖFFENTLICH)
2. Namen nach Beschlussfassung des UVPA in der Vorschlagsliste priorisieren bzw. streichen

## **C. Straßen-, Wege- und Platzbenennung**

1. Benennungsvorschlag auswählen:
  - a) Vorschlag aus der Vorschlagsliste,  
oder
  - b) Vorschläge außerhalb der Vorschlagsliste suchen  
(entsprechend örtlicher Gegebenheiten und vorhandener Straßennamen, anderer thematischer Zusammenhänge, öffentlicher Meinungen, externen bzw. internen Anregungen)
2. Durch die Verwaltung werden weitere Grundsätze zur Straßenbenennung vorgeprüft:
  - \* bei Personen: noch lebende Verwandte bzw. Angehörige anhören und einbinden
  - \* in Baugebieten mit örtlichem Zusammenhang sind Themenbereiche zu bilden bzw. fortzusetzen
  - \* historische Flurbezeichnungen sollen nach Möglichkeit durch Straßennamen erhalten bleiben
  - \* je nach Bedeutung und Charakter können neben den allgemeinen Bezeichnungen „Straße“ oder „Platz“ auch die Bezeichnungen „Ring“, „Damm“, „Allee“, „Weg“, „Markt“, „Gasse“, „Anlage“ usw. verwendet werden; Zusätze wie „Am“, „Zum“ etc. sind möglich
  - \* **Straßenumbenennungen** sollen nur dann erfolgen, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist (Stellungnahmen der Anlieger sollen eingeholt werden)
3. Beschlussvorlage mit Beratungsfolge:
  - a) ***nur in besonderen Einzelfällen nach 1b)***:  
Vorlage **ÄR** als Empfehlung (NICHT ÖFFENTLICH)
  - b) Beschlussvorlage für **UVPA** (ÖFFENTLICH)  
Anhänge: Planskizze, ggf. Fraktionsantrag, ggf. andere Erläuterungen zum Vorschlag
4. Veröffentlichung in den Amtlichen Seiten mit Planausschnitt
5. Mitteilung an Behörden, Ämter und andere Interessierte (z.B. Rettungsdienste)

## **D. Ablauf der Straßenbeschilderung**

1. Amt 61/612 gibt nach Beschluss Mitteilung über neue Straßenbenennung an Amt 66
2. Insbesondere bei Benennungen nach Personen sollen kleine Hinweisschilder mit kurzen Erläuterungen/Informationen zur Person unter dem eigentlichen Straßennamenschild angebracht werden.
3. Amt 66 erteilt Auftrag zur Bestellung Straßennamenschild + ggf. Hinweisschild, Textvorgabe für Hinweisschild erfolgt durch Amt 61/612
4. Übersichtliche Aufstellung/Anbringung in orientierungssicherer Anzahl gem. Art 52 BayStrWG durch Amt 66
5. Aufstellung zu besonderen Anlässen/Ehrungen als offizieller Termin in Abstimmung mit OBM/13

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/61/611 T. 1335

Verantwortliche/r:  
Abt. Stadtplanung

Vorlagennummer:  
611/048/2010

**Bebauungsplan Nr. D 463 der Stadt Erlangen  
- Geh- und Radweg Dechsendorf-Röttenbach (Teilstrecke Süd) -  
mit integriertem Grünordnungsplan  
hier: Aufstellungsbeschluss**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	
---	------------	------------	-----------	--

**Beteiligte Dienststellen**  
613, 66, 23, 31, StBA Nbg.

### I. Antrag

Für den geplanten Geh- und Radweg ist einschließlich der erforderlichen Randflächen entlang der Staatsstraße St 2259 ein Bebauungsplan nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) aufzustellen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden ist durchzuführen..

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

##### a) Anlass und Ziel der Planung

Ein durchgehender Radweg von Dechsendorf und Röttenbach entlang der Staatsstraße 2259 würde einen Lückenschluss im überregionalen Radverkehr darstellen. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung mit ca. 9.000 Kfz/24h und der hohen Geschwindigkeiten auf der St 2259 wird die Notwendigkeit eines Neubaus einer direkten asphaltierten Fußgänger- und Radfahrer Verbindung von Dechsendorf nach Röttenbach entlang der Staatsstraße gesehen.

Ein nicht asphaltierter Radweg von Röttenbach nach Dechsendorf, der entlang des Dechsendorfer Weihers führt, ist zwar vorhanden, kann aber witterungsbedingt nicht ganzjährig genutzt werden. Aufgrund dieses Umstandes und vor dem Hintergrund, dass der aktuelle Radweg entlang des Dechsendorfer Weihers einen Umweg darstellt, nutzen viele Radfahrer aktuell die Staatsstraße.

Diese Wegeführung brächte im Vergleich mit dem Radweg am Dechsendorfer Weiher auch im Hinblick auf die soziale Sicherheit, insbesondere für allein fahrende Frauen und Kinder während der Abend- und Nachtstunden Vorteile mit sich.

Die erste Hälfte des Geh- und Radweges zwischen Röttenbach und Röhrach westlich der Staatsstraße 2259 ist bereits im Bau. Dieser vom Freistaat Bayern und der Gemeinde Röttenbach finanzierte Weg wird in Röhrach an der Abzweigung der Kreisstraße nach Großenseebach enden. Der Bau des Radweges entlang der St 2259 auf Erlanger Stadtgebiet verbunden mit dem Ausbau auf Heßdorfer Gemeindegebiet bis Röhrach würde somit den Lückenschluss zwischen Röttenbach und Dechsendorf darstellen.

Auch dem Umweltgedanken wäre Rechnung getragen, da ein attraktiver Radweg als Anreiz für den Umstieg vom Auto aufs Fahrrad dienen würde.

Im Vorfeld dieses Aufstellungsbeschlusses wurden bereits unterschiedliche Trassenführungen untersucht und im Hinblick auf Sicherheitsaspekte und den umweltrechtlichen Eingriff bewertet. Hierbei stellte sich eine abgetrennt geführte Trassenlage westlich der St 2259 als die geeignetste Variante heraus, die zudem auch die kostengünstige Alternative darstellt.

#### **b) Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke mit den Fl.-Nrn. 197/2, 199/6, 199/9, 199/14 und 199/23 sowie Teilflächen aus den Fl.-Nrn. 179/7, 179/8, 180, 180/2, 181, 197/37, 199/8, 201/1, 202, 202/4, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209/6, 210, 210/2, 211, 212, 214, 215, 216, 231, 231/2, 232, 239, 239/2, 241 und 247/2 der Gemarkung Großdechsendorf.

#### **c) Planungsrechtliche Grundlage**

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) von 2003 ist die vorgesehene Trasse entlang der Staatsstraße St 2259 als überörtlicher Hauptradweg dargestellt. Der Bebauungsplan Nr. D 463 wird somit aus dem FNP entwickelt und soll als verbindlicher Bauleitplan auch die genaue Trassenführung des Radweges festlegen.

Eine separates Änderungsverfahren des FNP ist hierfür nicht erforderlich.

#### **d) Rahmenbedingungen**

Im Landschaftsschutzgebiet nördlich des Kreisverkehrs Dechsendorf soll westlich der Staatsstraße St 2259 bis zur Stadtgrenze ein 2,50 m breiter asphaltierter Geh- und Radweg auf einer Gesamtlänge von ca. 1,2 km Länge entstehen. Wegbegleitend ist beidseitig ein Bankett von jeweils 0,50 m Breite vorgesehen; ein Sicherheitsabstand (inkl. Entwässerungsmulde) zur Staatsstraße St 2259 wird einzuhalten sein.

Der endgültige Lückenschluss von der Stadtgrenze zum Anschlusspunkt an den – derzeit im Bau befindlichen – Streckenabschnitt von Röttenbach bis Röhrach muss auf dem angrenzenden Heßdorfer Gemeindegebiet erfolgen.

Bereits im Vorfeld dieses Aufstellungsbeschlusses wurden von Amt 23 Gespräche zum erforderlichen Grunderwerb mit verschiedenen Eigentümern geführt. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass der Grunderwerb an verschiedenen Stellen nicht unproblematisch abzuwickeln sein wird.

Mithilfe des zu entwickelnden Bebauungsplans böte sich auch die Möglichkeit, den erforderlichen Grunderwerb ggf. durch ein Enteignungsverfahren sicherzustellen.

#### **e) Städtebauliche Ziele**

Die Schaffung einer sicheren Wegeverbindung für Pendler und Freizeitsuchende zwischen Dechsendorf und dem nördlich angrenzenden Umland.

### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. D 463 – Geh- und Radweg Dechsendorf - Röttenbach (Teilstrecke Süd) – der Stadt Erlangen mit integriertem Grünordnungsplan.

### **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### **a) Aufstellung**

Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss (UVPA) beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans für die Ergänzung der Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Röttenbach und Dechsendorf auf Erlanger Stadtgebiet nach den Vorschriften des BauGB.

### b) Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB soll in der Form durchgeführt werden, dass der Planentwurf mit Begründung einen Monat im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Einsicht bereitgehalten wird.

### c) Frühzeitige Behördenbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange soll gleichzeitig mit der Unterrichtung der Öffentlichkeit durchgeführt werden.

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: **Grunderwerb** Amt 23 ca. 12.000 € bei HHSt.

Sachkosten: **Radwegneubau (inkl. Planungskosten)** Amt 66 ca. 250.000 € bei HHSt.

Personalkosten (brutto): € bei HHSt.

Folgekosten: **Üblicher Aufwand für den Wegeunterhalt** € bei HHSt.

Korrespondierende Einnahmen € bei HHSt.

Weitere Ressourcen

Umweltrechtlich bedingte Kosten (Ausgleichsflächen, Ersatzaufforstung usw.) können erst im Verfahren genauer beziffert werden. Eine grobe Kostenannahme beziffert sich überschlägig auf 50.000 €.

Haushaltsmittel sind im Budget nicht vorhanden.

#### Hinweis:

Bei dem Bauvorhaben „Geh- und Radweg Dechsendorf – Röttenbach“ handelt es sich um eine neue investive Maßnahme, welche gem. den Auflagen der Rechtsaufsichtsbehörde und den Vollzugshinweisen der Kämmerei im Haushaltsjahr 2010 keine zusätzlichen Kosten verursachen darf.

**Anlagen:** Übersichtslageplan mit Geltungsbereich

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

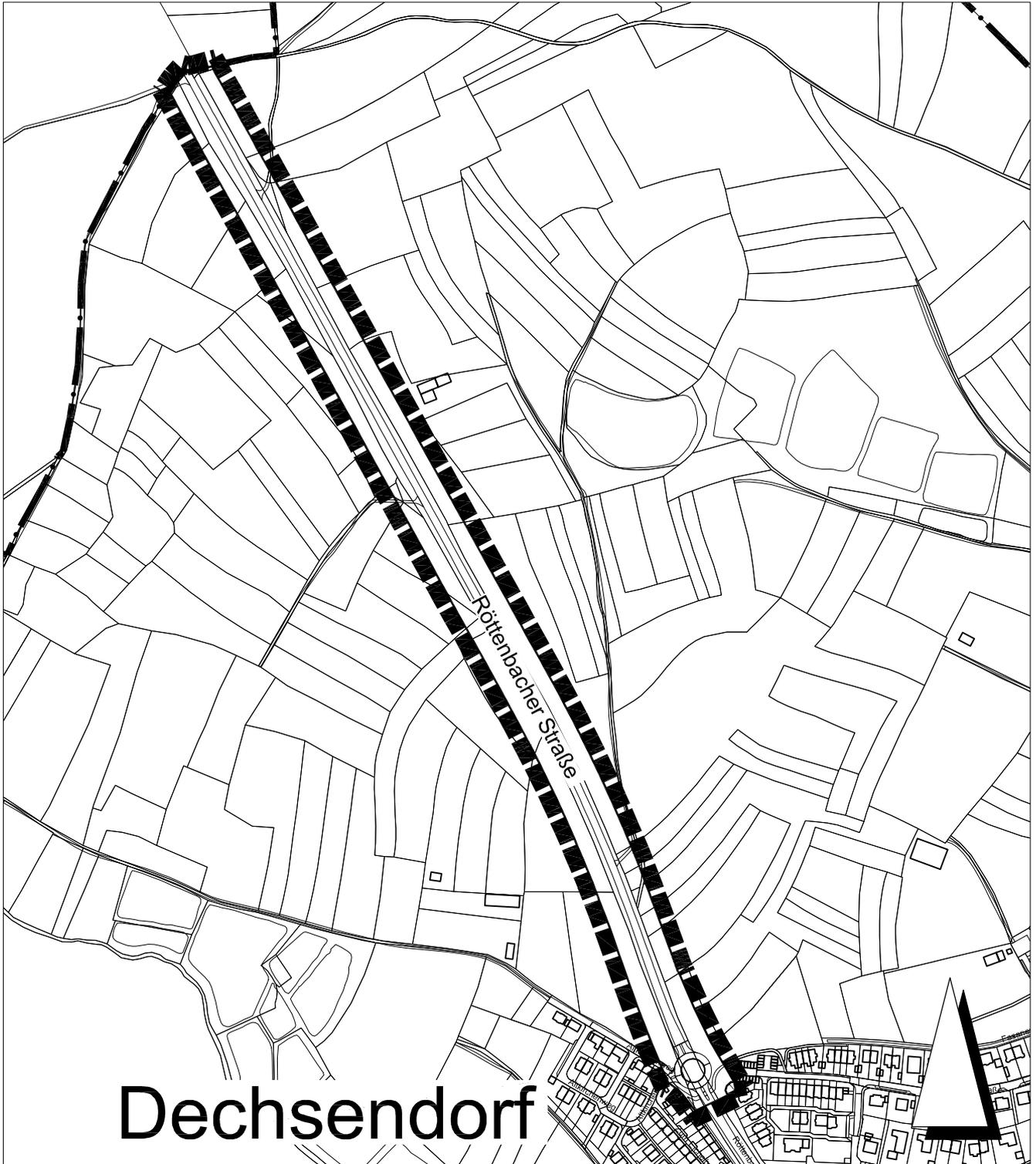
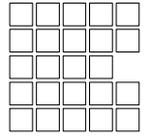
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

# Bebauungsplan Nr. D 463

- Geh- und Radweg Dechsendorf - Röttenbach (Teilstrecke Süd) -

Stadt Erlangen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

Kartengrundlage: Ausschnitt aus dem Liegenschaftskataster

Stadt Erlangen

Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Oktober 2010

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/61/611 T. 1335

Verantwortliche/r:  
Abt. Stadtplanung

Vorlagennummer:  
**611/050/2010**

### 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 339 der Stadt Erlangen - Am Brucker Bahnhof - mit integriertem Grünordnungsplan hier: Zustimmung Bebauungsvorschlag

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	19.10.2010	öffentlich	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Dem Bebauungsvorschlag (siehe Anlage 2) für das 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 339 der Stadt Erlangen – Am Brucker Bahnhof – mit integriertem Grünordnungsplan wird zugestimmt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB ist durchzuführen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der UVPA hat in seiner Sitzung am 25.07.2006 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 339 durch ein 1. Deckblatt zu ändern, um die städtebauliche Neuordnung der ehemals durch die Fa. Frieseke & Höpfner gewerblich genutzten Flächen entsprechend den heutigen Bedürfnissen und Anforderungen abzuschließen.

In der Folge sind auch der Ausbau und die Modifizierung vorhandener bzw. bisher geplanter und die Herstellung neuer verkehrlicher und abwassertechnischer Erschließungsanlagen unumgänglich. Gleichermaßen ist die soziale Infrastruktur als Folge dieses städtebaulichen Vorhabens dem heutigen bzw. absehbaren Bedarf anzupassen.

Städtebauliches Ziel ist grundsätzlich die zeitgemäße Weiterentwicklung des ursprünglichen städtebaulichen Konzeptes; im Einzelnen erfolgt dies

- im nördlichen Bereich durch die Auflockerung des Geschosswohnungsbaus in einzelne Baukörper;
- im südöstlichen Bereich durch eine verdichtete Einfamilienhausbebauung. Im Einzelnen werden zwei- bzw. dreigeschossige Reihen- und Doppelhäuser angestrebt, die verkehrlich im Wesentlichen über einen Erschließungsring und im Weiteren über befahrbare Wohnwege erschlossen werden;
- im südwestlichen Bereich durch eine Anpassung der gewerblichen Gebäudestruktur an die heutigen Anforderungen;
- durch die Berücksichtigung der veränderten ÖPNV-Erschließung im Bereich des künftigen S-Bahnhaltepunktes Bruck.

Diese liegen dem Bebauungsvorschlag (siehe Anlage 2), der von der Vorhabenträgerin – einer Investorengemeinschaft der Grundstückseigentümer – vorgelegt wurde, zugrunde.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufstellung des 1. Deckblatts zum Bebauungsplan Nr. 339 der Stadt Erlangen – Am Brucker Bahnhof – mit integriertem Grünordnungsplan.

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### ▪ Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB soll in der Form durchgeführt werden, dass der Planentwurf 2 Wochen im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung dargelegt wird. Darüber hinaus sollen Zweck und Ziele der Planung in einer öffentlichen Veranstaltung interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden.

### ▪ Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB soll gleichzeitig mit der Unterrichtung der Öffentlichkeit durchgeführt werden.

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** 1. Übersichtlageplan mit Geltungsbereich  
2. Bebauungsvorschlag

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

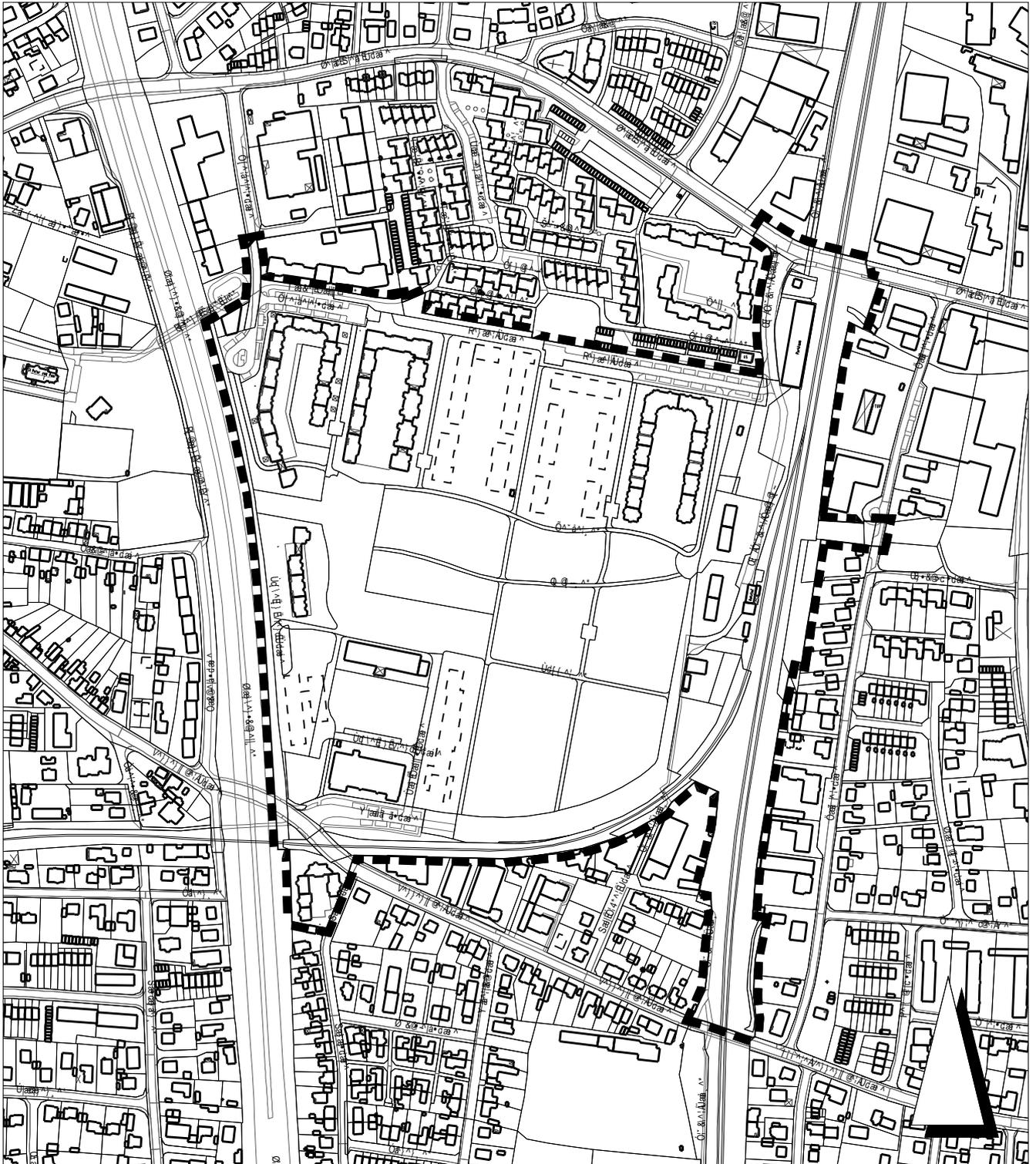
IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



FZÖ^ & \ à | æ æ Á ~ { Á Ó ^ à æ ~ } \* • ] | æ Ä | Æ Ä H U  
Ë Ä Ö Æ Á Ó ! ~ & \ ^ ! Á Ó æ @ @ Æ



----- Ö ! ^ : ^ Á ^ • Á e ~ { | æ @ } Á Ó ^ | c ~ } \* • à ^ ! ^ æ @

Sæ c ~ } \* ! ~ } à | æ ^ Ä Ö Æ • • & @ æ æ • Á ^ { Á Ó ^ \* ^ } • & @ æ \ æ æ c !

Ù ç æ æ Ö ! | æ ~ ^ }

Ö Æ c ^ ! Á Ó ç æ c ~ } c æ \ ! ~ } \* Á } à Á Ó ç æ d | æ ~ } \*

Ù ç æ à Á Ó \ d à ^ ! Á Ö Æ Æ

# 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 339 - Am Brucker Bahnhof -



— Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 3.1.1 EB77: Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2010	
Mitteilung zur Kenntnis 771/001/2010	4
TOP Ö 3.1.2 EB77: Kurzbericht zum Jahresabschluss 2009	
Mitteilung zur Kenntnis 771/002/2010	6
TOP Ö 3.1.3 Entnahme von Birken an der Hartmannstraße	
Mitteilung zur Kenntnis 773/017/2010	7
TOP Ö 4.1 Verleihung der Bayerischen Umweltmedaille an Prof. Dr. Werner Nezadal	
Mitteilung zur Kenntnis 31/066/2010	8
TOP Ö 4.2 Dechsendorfer Weiher Sachstand	
Mitteilung zur Kenntnis 31/071/2010	9
TOP Ö 4.3 Verkehrsrechtliche Anordnungen in der Zeit vom 25.08.2010 bis 01.10.2	
Mitteilung zur Kenntnis 321/022/2010	11
TOP Ö 4.4 Niederschrift über die 5. Sitzung des Baukunstbeirates am 16.09.2010	
Mitteilung zur Kenntnis 611/047/2010	14
TOP Ö 4.5 Innenstadtentwicklung Erlangen - Vorstellung des Jahresberichts 2008/	
Mitteilung zur Kenntnis 610.3/006/2010	19
TOP Ö 4.6 Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 096/2010 vom 28.09.2010	
Beschlussvorlage EBE-2/012/2010	20
Fraktionsantrag Energieeffizienz Anlage1 EBE-2/012/2010	22
TOP Ö 5 Änderung der Satzung über die Hausnummerierung; Erlass einer Gebührens	
Beschlussvorlage 30-R/011/2010	23
Hausnummerierung_Gebühren 30-R/011/2010	25
Satzung zur Änderung der Satzung über die Benennung der öffentl 30-R/	26
TOP Ö 6 Erlanger Wochenmarkt; hier: Neuregelung durch Marktfestsetzung und -sat	
Beschlussvorlage 322/004/2010	27
Antrag 144 322/004/2010	32
SPD_Antrag 061 322/004/2010	34
TOP Ö 7 Luftreinhalteplan, geplanter Abbau der Messstation Pfarrstraße durch da	
Beschlussvorlage 31/049/2010	36
Anlage 1 Schreiben LfU zur Messtation 31/049/2010	38
Anlage 2 Sachbericht Messtation Pfarrstraße 31/049/2010	40
Anlage 3 Schreiben an LfU 31/049/2010	42
TOP Ö 8 Energie- und Klimaschutzbericht 2009 / Erlanger Allianz zur Energieeffi	
Beschlussvorlage 31/067/2010	43
e-Berichtco2bil09280910 31/067/2010	47
TOP Ö 9 Energiebericht für städtische Gebäude und Einrichtungen 2009	
Beschluss Stand: 28.09.2010 24/017/2010	73
Zusammenfassung des Energieberichts 2009 - pdf 24/017/2010	75
TOP Ö 11 Fortschreibung der Prioritätenliste "Radverkehrsverbesserungen"	
Beschlussvorlage 613/031/2010	77
Anlage1: Ausführliche Beschreibung der aktuell wichtigsten Punkte inkl	80
TOP Ö 12 Leiteinrichtung Drausnick-/Wilhelminenstraße;	
Beschlussvorlage 66/072/2010	83
Anlage 1_Leiteinrichtung 66/072/2010	85
Anlage 2_Anfrage StR Jarosch 66/072/2010	86

Anlage3_Protokollvermerk 66/072/2010	87
TOP Ö 13 Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen - Leitfaden zum Verfahrensabl	
Beschlussvorlage 612/010/2010	88
Anlage 1: Leitfaden_Vorschlagsliste_Straßenbenennungen_102010 612/010	90
TOP Ö 14 Bebauungsplan Nr. D 463 der Stadt Erlangen - Geh- und Radweg Dechsendo	
Beschlussvorlage 611/048/2010	92
Anlage 1: Übersichtslageplan mit Geltungsbereich 611/048/2010	95
TOP Ö 15 1. Deckblatt zum Bebauungsplan Nr. 339 der Stadt Erlangen - Am Brucker	
Beschlussvorlage 611/050/2010	96
Anlage 1: Übersichtsplan mit Geltungsbereich 611/050/2010	98
Anlage 2: Bebauungsvorschlag 611/050/2010	99
Inhaltsverzeichnis	100